Deutsche Rundschau

in Polen

Przegląd Niemiecki w Polsce

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt
Pommereller Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zł, mit Zustellgeld 3.80 zł. Bei Postbezug monatl. 3.89 zł, vierteljährlich 11.66 zł., unter Streifband monatl. 7.50 zł. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 99 Bydgoszcz, Sonntag, 30. April 1939 Bromberg **63. Jahrg.**

Vorläufiges Ende des Zehnjahrespaktes zwischen Polen und Deutschland.

Deutsches Memorandum an Polen.

Berlin, 29. April. (DNB.)

Die Deutsche Reichsregierung hat am Freitag mittag durch ihre Geschäftsträger in London und Warschau Memoranden überreichen lassen, in denen der Polnischen Regierung mitgeteilt wird, daß das deutsch-polnische Freundschaftsabkommen vom Jahre 1934 als gelöst zu betrachten ist, während Großbritannien die Antwort auf die Einkreisungsversuche seiner Regierung erhält.

Der Wortlaut des Memorandums an Polen.

Der Polnischen Regierung wurde das nachstehende Memorandum überreicht:

Die Deutsche Regierung hat durch die von polnischer und britischer Seite öffentlich bekanntgegebenen Erklärungen Kenntnis von dem bisherigen Ergebnis und dem Endziel der neuerdings zwischen Polen und Großbritannien geführten Verhandlungen erhalten. Danach haben die Polnische und die Britische Regierung eine vorläufige, demnächst durch ein Daueradkommen zu ersetzende Vereinbarung getroffen, die Polen und Großbritannien den gegenseitigen Beistand für den Fall gewährleisten soll, daß die Unabhängigkeit eines der beiden Staaten direkt oder indirekt bedroht wird.

Die Deutsche Regierung sieht sich gezwungen, der Polnischen Regierung hierzu folgendes mitzuteilen:

Als sich die Nationalsozialistische Regierung im Jahre 1933 der Aufgabe einer Neugestaltung der deutschen Außenpolitik zuwandte, war es nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund ihr erstes Ziel, die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen auf eine neue Grundlage zu stellen.

Der Führer des Deutschen Reiches und der verewigte Marschall Pilsudski begegneten sich damals in dem Entschluß, mit den politischen Methoden der Vergangenheit zu brechen und für die Behandlung aller die Beziehungen der beiden Länder betreffenden Fragen den Weg einer unmittelbaren freundschaftlichen Verständigung von Staat zu Staat zu eröffnen.

Durch den unbedingten Verzicht auf jede Anwendung von Gewalt gegeneinander sollte eine Friedensgarantie geschaffen werden, um den beiden Regierungen die große Aufgabe zu erleichtern, für alle Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art Lösungen zu finden, die auf einem gerechten und billigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen beruhten. Diese Grundsätze, die in der deutsch-polnischen Friedenserklärung vom 26. Januar 1934 in vertraglich bindender Form festgelegt wurden, waren dazu bestimmt und haben in der Tat den Erfolg gehabt, in der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen eine völlig neue Phase einzuleiten. Daß sie sich zum Nutzen beider Völker in der Praxis bewährt haben, beweist die politische Geschichte der letzten fünf Jahre und ist noch am 26. Januar d. J., dem fünften Jahrestag der Unterzeichnung der Erklärung, von beiden Seiten öffentlich ausgesprochen worden, unter Betonung des übereinstimmenden Willens, den im Jahre 1934 festgelegten Grundsätzen auch in Zukunft treu zu bleiben.

Mit diesen vor wenigen Monaten abgegebenen feierlichen Erklärungen steht die jetzt von der Polnischen Regierung mit der Britischen Regierung abgeschlossene Vereinbarung in einem

so offenbarer Widerspruch,

daß die Deutsche Regierung von einer so plötzlichen und radikalen Schwenkung der polnischen Politik nur mit Erstaunen und Befremden Kenntnis nehmen kann.

Die neue polnisch-britische Vereinbarung ist, wie ihre endgültige Formulierung auch gestaltet werden mag, von beiden Partnern als regelrechter Bündnispakt gedacht, und zwar als ein Bündnispakt, der sich nach seiner allgemein bekannten Vorgeschichte und nach der ganzen Lage der politischen Verhältnisse ausschließlich gegen Deutschland richtet. Aus der von der Polnischen Regierung jetzt übernommenen Verpflichtung ergibt sich, daß Polen in einen etwaigen deutsch-englischen Konflikt durch einen gegen Deutschland gerichteten Angriff gegebenenfalls auch dann einzugreifen beabsichtigt, wenn dieser Konflikt Polen und seine Interessen überhaupt nicht berührt. Das ist ein direkter und und flagranter Verstoß gegen den in der Erklärung von 1934 vereinbarten Verzicht auf jede Anwendung von Gewalt.

Der Gegensatz zwischen der deutsch-polnischen Erklärung und der polnisch-britischen Vereinbarung greift aber in seiner Tragweite noch wesentlich über diesen Punkt hinaus. Die Erklärung von 1934 sollte das Fundament dafür sein, unter dem Schutz der vereinbarten Friedensgarantie alle zwischen den beiden Länden auftauchenden Fragen frei von internationalen Verflechtungen und Kombinationen in direkter, von außen nicht beeinflußter Auseinandersetzung zwischen Berlin und Warschau zu regeln. Ein solches Fundament setzt selbstverständlich das volle gegenseitige Vertrauen der beiden Partner sowie auch die Loyalität der politischen Absichten jedes Partners gegenüber dem anderen Partner voraus.

Dagegen hat die Polnische Regierung durch den jetzt von ihr gefaßten Beschluß, in ein gegen Deutschland gerichtetes Bündnisverhältnis einzutreten, zu erkennen gegeben, daß sie der ihr von der Deutschen Regierung unmittelbar zugesicherten Friedensgarantie das Beistandsversprechen einer dritten Macht vorzieht. Zugleich muß die Deutsche Regierung daraus entnehmen, daß die Polnische Regierung zur Zeit keinen Wert mehr darauf legt, für deutsch-polnische Fragen die Lösung in direkter freundschaftlicher Auseinandersetzung mit der Deutschen Regierung zu suchen. Damit hat die Polnische Regierung den Weg verlassen, der im Jahre 1934 für die Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen vereinbart worden ist.

Die Polnische Regierung kann sich nicht darauf berufen, daß die Erklärung von 1934 die von Polen oder Deutschland schon vorher nach anderer Seite hin übernommenen Verpflichtungen unberührt lassen sollte und daß mithin neben ihr auch die Bündnisvereinbarungen zwischen Polen und Frankreich in Geltung geblieben sind. Das polnisch-französische Bündnis war im Jahre 1934, als Polen und Deutschland an die Neugestaltung ihrer Beziehungen herantraten, eine gegebene Tatsache. Die Deutsche Regierung konnte sich mit dieser Tatsache abfinden, weil sie erwarten durfte, daß die etwaigen Gefahren des aus einer Zeit schärfsten deutsch-polnischen Gegensatzes stammenden polnisch-französischen Bündnisses durch die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Polen von selbst immer mehr an Bedeutung verlieren würden. Der Eintritt Polens in ein Bündnisverhältnis mit Großbritannien, der jetzt fünf Jahre nach Vereinbarung der Erklärung von 1934 erfolgt ist, kann deshalb politisch mit dem Inkraftbleiben des polnisch-französischen Bündnisses in keiner Weise verglichen werden.

> Im Innern der vorliegenden Ausgabe der „Deutschen Rundschau" finden unsere Leser den
>
> **Wortlaut der großen Führer-Rede,**
>
> die nicht nur von Deutschen und Polen, sondern von der ganzen Welt mit Spannung erwartet und mit größter Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen wurde.

Mit diesem neuen Bündnis hat sich die Polnische Regierung einer von anderer Seite inaugurierten Politik dienstbar gemacht, die das Ziel der Einkreisung Deutschlands verfolgt.

Die Deutsche Regierung hat ihrerseits zu einer derartigen Änderung der polnischen Politik nicht den geringsten Anlaß gegeben. Sie hat der Polnischen Regierung bei jeder sich bietenden Gelegenheit sowohl öffentlich als auch in vertraulichen Besprechungen die bündigsten Versicherungen dafür gegeben, daß die freundschaftliche Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses ein wesentliches Ziel ihrer Außenpolitik sei, und daß sie in ihren politischen Entschlüssen jederzeit auf die Achtung berechtigter polnischer Interessen Bedacht nehmen werde. So hat auch die Durchführung der von Deutschland im März d. J. zur Befriedung Mitteleuropas eingeleiteten Aktion die polnischen Interessen nach Ansicht der Deutschen Regierung in keiner Weise beeinträchtigt. Im Zusammenhang mit dieser Aktion ist es zur Herstellung einer polnisch-ungarischen Grenze gekommen, die von polnischer Seite stets als ein wichtiges politisches Ziel bezeichnet worden ist. Überdies hat die Deutsche Regierung aber unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß sie bereit sei, sich mit der Polnischen Regierung freundschaftlich auseinanderzusetzen, falls diese etwa ihrerseits der Ansicht sein sollte, daß sich für sie aus der Neugestaltung der Verhältnisse in Mitteleuropa neue Probleme ergeben hätten.

Im gleichen freundschaftlichen Geiste hat die Deutsche Regierung versucht, eine Regelung der einzigen noch zwischen Deutschland und Polen stehenden Frage, der Danziger Frage, in Gang zu bringen. Daß diese Frage einer Neuregelung bedarf, ist von deutscher Seite Polen gegenüber seit Jahr und Tag betont und von polnischer Seite auch nicht bestritten worden.

Seit längerer Zeit hat die Deutsche Regierung immer wieder versucht, die Polnische Regierung davon zu überzeugen, daß durchaus die Möglichkeit einer den Interessen beider Teile gerecht werdenden Lösung gegeben sei, und daß mit der Beseitigung dieses letzten Hemmnisses der Weg für eine aussichtsreiche politische Zusammenarbeit Deutschlands und Polens freigemacht werden würde.

Deutschlands abgelehnter Vorschlag.

Die Deutsche Regierung hat sich hierbei nicht auf allgemeine Andeutungen beschränkt, sondern der Polnischen Regierung, und zwar zuletzt Ende März d. J., in freundschaftlichster Form eine Regelung auf folgender Grundlage vorgeschlagen:

Rückkehr Danzigs zum Reich;

exterritoriale Eisenbahn- und Autoverbindung zwischen Ostpreußen und dem Reich;

dafür Anerkennung des ganzen polnischen Korridors und der gesamten polnischen Westgrenze;

Abschluß eines Nichtangriffspakts für 25 Jahre;

Sicherstellung der wirtschaftlichen Interessen Polens in Danzig sowie

großzügige Regelung der übrigen sich aus der Wiedervereinigung Danzigs mit dem Reich für Polen ergebenden wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Fragen.

Gleichzeitig hat die Deutsche Regierung sich bereit erklärt, bei der Sicherstellung der Unabhängigkeit der Slowakei auch den polnischen Interessen Rechnung zu tragen.

Niemand, der die Verhältnisse in Danzig und im Korridor sowie die damit zusammenhängenden Probleme kennt, kann bei unvoreingenommener Beurteilung bestreiten, daß dieser Vorschlag das Minimum dessen enthielt, was vom Standpunkt unverzichtbarer deutscher Interessen gefordert werden muß, und daß er allen für Polen irgendwie wesentlichen Interessen Rechnung trug. Die Polnische Regierung hat hierauf jedoch eine Antwort gegeben, die zwar in die Form von Gegenvorschlägen gekleidet war, die aber der Sache nach jedes Verständnis für den deutschen Standpunkt vermissen ließ und auf eine glatte Ablehnung des deutschen Angebots hinauslief.

Polens Antwort.

Daß die Polnische Regierung selbst ihre Antwort nicht als geeignet ansah, eine freundschaftliche Verständigung anzubahnen, hat sie in ebenso überraschender wie drastischer Weise dadurch bewiesen, daß sie gleichzeitig mit der Antwort zu einer umfangreichen Teilmobilisierung ihrer Armee schritt. Mit dieser durch nichts gerechtfertigten Maßnahme hat sie zugleich im voraus Sinn und Ziel der Verhandlungen gekennzeichnet, in die sie unmittelbar darauf mit der Britischen Regierung eingetreten ist.

Die Deutsche Regierung hat es nicht für notwendig gehalten, auf die polnische Teilmobilisierung mit militärischen Gegenmaßnahmen zu antworten. Dagegen kann sie über die anderen von der Polnischen Regierung in der letzten Zeit gefaßten Entschlüsse nicht einfach stillschweigend hinweggehen.

Sie sieht sich vielmehr zu ihrem Bedauern genötigt, hiermit folgendes festzustellen:

1. Die Polnische Regierung hat die ihr von der Deutschen Regierung gebotene Gelegenheit zu einer gerechten Regelung der Danziger Frage, zu einer endgültigen Sicherung ihrer Grenze gegenüber dem Deutschen Reich und damit zu einer dauernden Festigung eines freundnachbarlichen Verhältnisses beider Länder nicht ergriffen. Sie hat vielmehr die dahin zielenden deutschen Vorschläge verworfen.

2. Gleichzeitig hat sich die Polnische Regierung gegenüber einem anderen Staate auf politische Verpflichtungen eingelassen, die sowohl mit dem Sinn als auch dem Wortlaut der deutsch-polnischen Erklärung vom 26. Januar 1934 unvereinbar sind. Die Polnische Regierung hat damit diese Erklärung willkürlich und einseitig außer Kraft gesetzt.

Trotz dieser notwendig gewordenen Feststellung beabsichtigt die Deutsche Regierung nicht, ihre grundsätzliche Einstellung zu der Frage der künftigen Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen zu ändern. Sollte die Polnische Regierung Wert darauf legen, daß es zu einer neuen vertraglichen Regelung dieser Beziehungen kommt, so ist die Deutsche Regierung dazu bereit und stellt dafür nur die eine Voraussetzung auf, daß eine derartige Regelung auf einer klaren, beide Teile bindenden Verpflichtung beruhen müßte.

*

Das Memorandum wird in Warschau geprüft!

Die Polnische Presse-Agentur verbreitet folgende Meldung:

Die Reichsregierung hat durch Vermittlung ihres Geschäftsträgers in Warschau am Freitag vor dem Zusammentritt des Reichstages ein Memorandum über den Gesamtkomplex der polnisch-deutschen Beziehungen überreichen lassen. Dieses Memorandum wird von der Polnischen Regierung geprüft werden.

Was sagt Polen zu Führerrede und Memorandum.

(Sonderbericht der „Deutschen Rundschau in Polen")

Warschau, 29. April.

Die Aufnahme der Ausführungen des Führers über die deutsch-polnischen Beziehungen und das deutsche Memorandum durch die Warschauer Regierungsstellen ist sehr ruhig und bei aller Bestimmtheit des eigenen Standpunktes nicht unversöhnlich. Es wird hervorgehoben, daß Polen in dem Verhältnis zu seinen Nachbarn immer die wesentliche Grundlage seiner internationalen Beziehungen gesehen hat. Daher wird das deutsche Memorandum mit voller Aufmerksamkeit und mit Verständnis geprüft werden.

Nach amtlich noch nicht bestätigten Ankündigungen einiger Blätter wird Außenminister Beck schon in der nächsten Woche in einer Rede vor dem Sejm oder Senat zu dem deutschen Memorandum Stellung nehmen.

In der **polnischen Öffentlichkeit** hat die Rede des Führers, die auch in Warschau in allen Häusern in der direkten Übertragung von Berlin mitangehört worden ist, so daß man beim Gang durch die Stadt in der Mittagsstunde sehr oft die Stimme des Führers aus den Fenstern hören konnte, natürlich große Bewegung hervorgerufen. Die Warschauer Zeitungen brachten den Polen betreffenden Teil der Führer-Rede durch Extrablätter heraus. Die Tatsache der Überreichung des deutschen Memorandums wurde dagegen erst in den späten Abendstunden in Warschau bekannt. Die Sonnabend-Zeitungen veröffentlichen die Ausführungen des Führers und des deutschen Memorandums sämtlich im Wortlaut. Die Kommentare der Warschauer Blätter beschränken sich vorläufig im wesentlichen auf die von maßgeblicher Seite noch am Freitag gegebenen Bemerkungen, **nur bei der Opposition ist das Bestreben deutlich, nunmehr unter die ganze Verständigungspolitik mit Deutschland einen endgültigen Schlußstrich zu ziehen und damit die Fehlerhaftigkeit der amtlichen Außenpolitik der letzten Jahre augenfällig zu machen.**

Die dem Außenministerium besonders nahestehende **„Gazeta Polska"** hält ihre erste Stellungnahme in einem sehr vorsichtigen Ton. Sie bemerkt u. a. **daß die Vorschläge, die der Führer der Polnischen Regierung unterbreitet hat, zum Teil der polnischen Öffentlichkeit nicht bekannt gewesen seien.**

Höchst eigenartig klingt dann die zweite Behauptung: Man wisse auch nicht, ob sie den polnischen verantwortlichen Stellen bekannt waren. Seit Anfang März sei Botschafter von Moltke nicht in Warschau gewesen und Botschafter Lipski habe in Berlin keinen Kontakt mit dem Reichsaußenminister von Ribbentrop gehabt. (Beides ist nicht richtig, wie verschiedene polnische Meldungen besagen. D. R.) Es erscheine jedoch sicher, so schreibt die „Gazeta Polska", daß die Polnische Regierung im Verständnis der Bedeutung der guten Nachbarschaft die Frage des Durchgangsverkehrs der deutschen Staatsbürger durch Pommerellen immer wohlwollend behandelt habe. **Daher besitze auch die Frage des Durchgangsverkehrs durch Pommerellen durchaus die Möglichkeit der Behandlung, allerdings unter einer grundsätzlichen Bedingung: Alle Suggestionen über irgend eine Exterritorialität müßten von vornherein ausgeschlossen bleiben. Damit würde die polnische öffentliche Meinung sich niemals einverstanden erklären.**

Dann geht das Blatt auf die Forderung einer Autostraße durch Pommerellen ein, die man lediglich zur „Vorbereitung einer Desorganisierung" betrachten müsse. Danzig könne als Mündung der polnischen Weichsel nicht an Deutschland gegeben werden. Die „Polska Zbrojna" schließt ihre Stellungnahme mit folgendem Satz: **So hat Reichskanzler Hitler durch den Bruch des Nichtangriffspaktes mit Polen die internationale Situation Deutschlands bedeutend verschlechtert. Man könnte hier in abgemilderter Form die Vorhersage des Marschalls Pilsudski erwähnen, die voraussagt, daß der fallen muß, der anfängt mit der ganzen Welt zu streiten. So oder so, vorläufig muß festgestellt werden, daß die Entspannung nur von dem Rückzug Deutschlands aus der gestern eingenommenen Stellung abhängt. Dann werden auch Verhandlungen möglich sein, wenigstens zur Erschöpfung aller vorhandenen friedlichen Mittel."**

Ebenso wie die anderen polnischen Blätter nimmt die „Gazeta Polska" dann noch einmal den schon seit längerer Zeit mehrfachen Gedankengang auf, nach dem die polnisch-britischen Abmachungen **nicht im Widerspruch zu dem Zehnjahres-Pakt** mit dem Reich ständen. Polen sollte ausdrücklich die Möglichkeit der Verständigung mit dem Westen behalten.

Am schärfsten unter den Regierungsblättern formuliert das Blatt der Wehrmacht **„Polska Zbrojna"** die ersten polnischen Gegenbemerkungen zu den Ausführungen des Führers und den Inhalt des Memorandums. Sie formuliert folgende Punkte:

1. Nicht Reichskanzler Hitler, sondern Marschall Pilsudski sei der Initiator des polnisch-deutschen Nichtangriffspaktes. Es habe keine deutschen Vorschläge gegeben, die eine gemeinsame Garantie für die Slowakei oder die Garantierung der polnischen Interessen im Zusammenhang mit dem deutschen Schutz über die Slowakei betrafen. Es habe keine deutschen Vorschläge gegeben, die die erwähnte Garantie für 25 Jahre betrafen, es habe daher auch keine Zurückweisung der Gesamtheit der vom Reichskanzler aufgestellten Bedingungen gegeben, denn sie seien nicht in diesem Zusammenhang gestellt worden. „Nicht die Einkreisung Deutschlands, sondern die Einkreisung Polens von Süden und Norden ohne die geringste Verständigung mit uns mit Hilfe der Methode der vollendeten Tatsachen hat das Gleichgewicht der polnisch-deutschen Beziehungen gestört. Nicht die polnisch-englische gegenseitige Garantie, sondern die „Protektion" Deutschlands für die Slowakei hat den Grund zu Mißtrauen in die polnisch-deutschen Beziehungen gelegt."

Der rechtsoppositionelle **„Warszawski Dziennik Narodowy"** greift im Hinblick auf die Erklärung des Führers die polnische Außenpolitik der letzten Jahre in schärfsten Worten an. Er faßt seine Stellungnahme in folgendem Satz zusammen: **„Die Aufkündigung des Nichtangriffspaktes durch Deutschland trägt nur zur Beseitigung der Täuschungen bei, die man in gewissen, übrigens nicht zahlreichen polnischen Kreisen über die Möglichkeit der Führung einer polnisch-deutschen Verständigungspolitik gehegt hat. Die „Versuche einer deutschen Politik in Polen" haben nach der gestrigen Rede des Reichskanzlers Hitler endgültig Bankerott gemacht.**

Die im Regierungslager stehende **„Gazeta Pomorska"**, die für den Bezirk Pommerellen in Thorn erscheint, ist der Auffassung, daß im Vergleich zur bisherigen Berliner Haltung die Rede, was Polen anbelangt, doch schon „wesentlich gemäßigter" sei. Diese Mäßigung sei darauf zurückzuführen, daß man im Reich Polen als Wehrmacht respektiere. Das Entgegenkommen Hitlers könne trotzdem die polnische Haltung nicht im geringsten beeinflussen. Denn alle Forderungen von deutscher Seite werden an der geeinten Front des polnischen Volkes zerschellen. Deutschland werde von Polen auch nicht einen Knopf erhalten.

Keine Meinungsverschiedenheiten in Polen.

In dem Kommentar des **„Ilustrowany Kurjer Codzienny"** über die Hitler-Rede heißt es u. a.:

„Polen wird weder Danzig an das Reich abtreten, noch sich mit einem „Korridor" durch Pommerellen einverstanden erklären, noch andere Forderungen annehmen, die seine Souveränität, seine Berechtigungen und die Freiheit seiner internationalen Politik einschränken würden. Die Unabhängigkeit der polnischen Außenpolitik ist das grundsätzliche Gebot unseres Staatslebens. Polen hat es verstanden sich seinen uralten historischen Freunden entgegenzustellen, als diese indirekt seinerzeit versucht hatten, diesem Grundsatz untreu zu werden. Es wird sich hundertfach stärker der brutalen Versuchung durch einen Staat entgegenstellen, mit dem sich die nachbarlichen Verhältnisse im Laufe der Jahrhunderte schlecht gestaltet haben. Dies bedeute durchaus nicht, daß man die Kriegsfanfare bläst.

„Polen hat nicht die Absicht, eine aggressive Politik zu führen. Wenn es wahr ist, was Hitler sagt, daß er, indem er die Forderungen an die Adresse Polens aufstellte, nicht an einen Krieg gedacht hat, so wird es eben keinen Krieg geben. **Polen wird jedenfalls den Krieg nicht anfangen. Hitler soll sich aber nicht der Täuschung hingeben, daß sich Polen nach der Kündigung des Nichtangriffspaktes durch Versicherungen und Versprechungen einschläfern und seine physische und moralische Bereitschaft verringern wird.** Polen hat seine Sicherheit stets auf seine Armee gestützt, und diese bewaffnete Kraft wird auch weiterhin seine beste Garantie sein. Zum Schluß hebt das Blatt hervor, daß Polen durch die Schuld Deutschlands aus der Zeit des Friedens in eine Zeit der bewaffneten Bereitschaft eingetreten sei. Von der Haltung Deutschlands werde es abhängen, ob mit der Zeit wieder eine normale Gestaltung der Beziehungen eintreten wird.

Der „deutsche Wolf" und das „polnische Lamm".

Einen weit schärferen Ton schlägt der nationaldemokratische **„Kurjer Poznański"** an. Das Blatt meint, Polen eigne sich nach den Erfahrungen, die die polnische Politik mit Deutschland gemacht habe, nicht zu der Rolle eines naiven Lamms, das auf den Wolf wartet. Aus diesem Grunde habe sich Polen der deutschen Politik, die darin beruhe, „durch Bluff und Erpressung zu siegen", widersetzt. Daher die Wut Berlins. **Polen werde um keinen Preis seine Stellung an der Weichselmündung und an der Ostsee schwächen lassen.**

In Berlin könne man Reden halten und diese oder jene Memoranden formulieren, man müsse aber begreifen, **daß sich in Polen keine Regierung finden werde, die sich damit einverstanden erklären würde, Danzig dem Reich einzuverleiben und einen Schnitt durch das uralte polnische Pommerellen zu machen, das der Kanzler einen „exterritorialen Korridor Polens" zu nennen beliebe.** Eine solche Regierung würde das Merkmal einer Regierung des Volksverrats tragen. Werde man in Deutschland dies begreifen, so könnten die deutsch-polnischen nachbarlichen Beziehungen auf normale Bahnen unter gegenseitiger Berücksichtigunge der Belange der Bevölkerung des einen und des anderen Landes geleitet werden.

Das Ende des deutsch-englischen Flottenabkommens.

Der Wortlaut des Memorandums an England.

Das Deutsche Memorandum an die Königlich Britische Regierung trägt folgenden Wortlaut:

Als die Deutsche Regierung im Jahre 1935 der Königlich Britischen Regierung das Angebot machte, durch einen Vertrag die Stärke der deutschen Flotte in ein bestimmtes Verhältnis zu der Stärke der Seestreitkräfte des Britischen Reiches zu bringen, tat sie dies auf Grund der festen Überzeugung, daß für alle Zeiten die Wiederkehr eines kriegerischen Konfliktes zwischen Deutschland und Großbritannien ausgeschlossen sei.

Indem sie durch das Angebot des Verhältnisses 100 : 35 freiwillig den Vorrang der britischen Seeinteressen anerkannte, glaubte sie mit diesem in der Geschichte der Großmächte wohl einzig dastehenden Entschluß einen Schritt zu tun, der dazu führen würde, für alle Zukunft ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden Nationen zu begründen. Selbstverständlich setzte dieser Schritt der Deutschen Regierung voraus, daß die Königlich Britische Regierung auch ihrerseits zu einer politischen Haltung entschlossen sei, die eine freundschaftliche Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen sicherstellte.

Auf dieser Grundlage und unter diesen Voraussetzungen ist das deutsch-englische Flottenkommen vom 18. Juni 1935 zustandegekommen. Das ist von beiden Seiten beim Abschluß des Abkommens übereinstimmend zum Ausdruck gebracht worden. Ebenso haben noch im vorigen Herbst, nach der Konferenz von München, der Deutsche Reichskanzler und der Britische Ministerpräsident in der von ihnen unterzeichneten Erklärung feierlich bestätigt, daß sie das Abkommen als symbolisch für den **Wunsch beider Völker** ansähen, niemals wieder Krieg gegeneinander zu führen.

Die Deutsche Regierung hat an diesem Wunsche stets festgehalten und ist auch heute noch von ihm erfüllt. Sie ist sich bewußt, in ihrer Politik dementsprechend gehandelt und in keinem Falle in die Sphäre englischer Interessen eingegriffen oder diese Interessen sonstwie beeinträchtigt zu haben. Dagegen muß sie zu ihrem Bedauern feststellen, daß sich die Königlich Britische Regierung neuerdings von der Linie einer entsprechenden Politik gegenüber Deutschland immer weiter entfernt.

Wie die von ihr in den letzten Wochen bekanntgegebenen politischen Entschließungen und ebenso die von ihr veranlaßte deutschfeindliche Haltung der englischen Presse deutlich zeigen, ist für sie jetzt die Auffassung maßgebend, daß England, gleichviel in welchem Teil Europas Deutschland in kriegerische Konflikte verwickelt werden könnte, stets gegen Deutschland Stellung nehmen müsse, und zwar auch dann, wenn englische Interessen durch einen solchen Konflikt überhaupt nicht berührt werden. Die Königlich Britische Regierung sieht mithin einen Krieg England gegen Deutschland nicht mehr als eine Unmöglichkeit, sondern im Gegenteil als ein Hauptproblem der englischen Außenpolitik an.

Mit dieser Einkreisungspolitik hat die Königlich Britische Regierung einseitig dem Flottenabkommen vom 18. Juni 1935 die Grundlage entzogen und dadurch dieses Abkommen sowie die zu seiner Ergänzung vereinbarte „Erklärung" vom 17. Juli 1937 außer Kraft gesetzt.

Das gleiche gilt auch für den Teil III des deutsch-englischen Flottenabkommens vom 17. Juli 1937, in dem die Verpflichtung zu einem zweiseitigen deutsch-englischen Nachrichtenaustausch festgelegt worden ist. Die Durchführung dieser Verpflichtung setzt naturgemäß voraus, daß zwischen beiden Partnern ein offenes Vertrauensverhältnis besteht. Da die Deutsche Regierung ein solches Verhältnis zu ihrem Bedauern nicht mehr als gegeben ansehen kann, muß sie auch die Bestimmungen des erwähnten Teiles III als hinfällig geworden bezeichnen.

Von diesen der Deutschen Regierung gegen ihren Willen aufgezwungenen Feststellungen bleiben die qualitativen Bestimmungen des deutsch-englischen Abkommens vom 17. Juli 1937 unberührt. Die Deutsche Regierung wird diese Bestimmungen auch in Zukunft beachten und so ihren Teil dazu beitragen, daß ein allgemeiner unbeschränkter Wettlauf in den Seerüstungen der Nationen vermieden wird.

Darüber hinaus wird die Deutsche Regierung, falls die Königlich Britische Regierung Wert darauf legt, mit Deutschland über die hier in Betracht kommenden Probleme erneut in Verhandlungen einzutreten, dazu gern bereit sein. Sie würde es begrüßen, wenn es sich dann als möglich erwiese, auf sicherer Grundlage zu einer klaren und eindeutigen Verständigung zu gelangen.

Aufforderung zur Vorratsbildung.

im Militärblatt „Polska Zbrojna".

Eine bemerkenswerte Aufforderung zu häuslicher Vorratsbildung bringt das Militärblatt „Polska Zbrojna". Danach sollte sich jeder Haushalt mit Lebensmitteln versorgen, um im Ernstfalle nicht dem Staat zur Last zu fallen. Das Blatt bringt eine Aufstellung von Vorräten für einen Haushalt von fünf Personen, die für zwei Wochen berechnet ist. Nach dieser Liste sollen sich in dem Haushalt befinden: 5 Kilo Weizenmehl, 3—5 Kilo Roggenmehl, 1 Kilo Graupe, 1/2 Zentner Kartoffeln, 1 Kilo Makkaroni, 2 Kilo Grütze, 1 Kilo Hafergrütze, 1 Kilo Bohnen, 1 Kilo Erbsen, 5 Kilo Zucker, 5 Kilo Kristallzucker, 1 Kilo Nüsse, 1/2 Kilo Schokolade, 1 Kilo Salz, 1/4 Kilo getrocknetes Gemüse, 1 Kilo getrocknete Pilze, 10 Suppenwürfel „Knorr", Konserven von Tomaten, ferner Zwiebeln, Knoblauch, Pfeffer usw.

Das Blatt gibt auch Anweisung dafür, wie Lebensmittel aufbewahrt werden sollen. Zum Teil sollen sie in Gläser gefüllt werden, die mit Zellophan verklebt werden. Butter, Eier usw. sollten immer da sein und die Vorräte nach Bedarf ergänzt werden. Schließlich erwähnt noch das Blatt die Möglichkeit der Anlegung einer Hausapotheke und die Einrichtung eines Luftschutzkellers, wobei ein bequemer Sessel für die Alten und Spielzeug für die Kinder nicht fehlen sollen.

Propagandatag der Luftfahrt in Polen.

Am Sonntag, dem 30. April, wird in ganz Polen ein großer Propagandatag der Luftfahrt veranstaltet. Besondere Vorführungen der Luftwaffe sind in Warschau, Krakau, Lemberg, Wilna, Kattowitz und Thorn vorgesehen, auf denen die neuesten Typen der polnischen Kampfflugzeuge und die Einrichtungen der Luftabwehr vorgeführt werden sollen.

Wettervoraussage:

Meist heiter

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wolkiges bis heiteres und trockenes Wetter bei fortschreitender Erwärmung an.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 29. April 1939.

Krakau — 3,01 (— —), Zawichost + 1,34 (+ —), Warschau + 1,00 (+ 1,02), Plock + 0,85 (+ 0,89), Thorn + 1,04 (+ 1,10) Fordon + 1,17 (+ 1,21), Culm + 1,08 (+ 1,10), Graudenz + 1,2[illegible] (+ 1,27), Kurzebrak + 1,36 (+ 1,42), Pieckel + 0,58 (+ 0,67) Dirschau + 0,65 (+ 0,72), Einlage + 2,42 (+ 2,48), Schiewenhorst + 2,64 (+ 2,66).

(In Klammern die Meldung des Vortages).

(Schluß der Führer-Rede.)

tes auch keinen Anteil genommen. Ich habe mich als von der Vorsehung berufen angesehen, nur meinem eigenen Volk zu dienen und es aus seiner furchtbaren Not zu erlösen. Ich habe daher in diesen nunmehr zurückliegenden 6½ Jahren Tag und Nacht stets der einen Aufgabe gelebt, die eigenen Kräfte meines Volkes angesichts des Verlassenseins von der ganzen anderen Welt zu erwecken, auf das äußerste zu steigern und sie für die Rettung unserer Gemeinschaft einzusetzen. Ich habe das Chaos in Deutschland überwunden, die Ordnung wieder hergestellt, die Produktionen auf allen Gebieten unserer nationalen Wirtschaft ungeheuer gehoben, durch äußerste Anstrengungen für die zahlreichen und fehlenden Stoffe Ersatz geschaffen, neuen Erfindungen die Wege geebnet, das Verkehrsleben entwickelt, gewaltige Straßen in Bau gegeben; ich habe Kanäle erbauen lassen, riesenhafte neue Fabriken ins Leben gerufen und mich dabei bemüht, auch den Zwecken der sozialen Gemeinschafts-Entwicklung, der Bildung und der Kultur unseres Volkes zu dienen.

Es ist mir gelungen, die uns alle zu Herzen gehenden sieben Millionen Erwerbslosen restlos wieder in nützliche Produktionen einzubauen, den deutschen Bauer trotz aller Schwierigkeiten auf seiner Scholle zu halten und diese zu retten, den deutschen Handel wieder zur Blüte zu bringen, und den Verkehr auf das gewaltigste zu fördern.

Um den Bedrohungen durch eine andere Welt vorzubeugen, habe ich das deutsche Volk nicht nur politisch geeint, sondern auch militärisch ausgerüstet, und ich habe weiter versucht, jenen Vertrag Blatt um Blatt zu beseitigen, der in seinen 448 Paragraphen die gemeinste Vergewaltigung enthält, die jemals Völkern und Menschen zugemutet worden ist. Ich habe die uns 1919 geraubten Provinzen dem Reich wieder zurückgegeben, ich habe Millionen von uns weggerissener tiefunglücklicher Deutscher wieder in die Heimat geführt, ich habe die tausendjährige historische Einheit des deutschen Lebensraumes wiederhergestellt, und ich habe, Herr Präsident, mich begnügt dies alles zu tun, ohne Blut zu vergießen und ohne meinem Volk oder anderen daher das Leid des Krieges zuzufügen. Ich habe dies, Herr Präsident,

als ein noch vor 21 Jahren unbekannter Arbeiter und Soldat meines Volkes,

aus meiner eigenen Kraft geschaffen, und kann es daher vor der Geschichte in Anspruch nehmen, zu jenen Menschen gerechnet zu werden, die das Höchste leisteten, was von einem Einzelnen billiger- und gerechterweise verlangt werden kann.

Sie, Herr Präsident, haben es demgegenüber unendlich leichter. Sie sind, als ich 1933 Reichskanzler wurde, Präsident der Amerikanischen Union geworden. Sie sind damit im ersten Augenblick an die Spitze eines der größten und reichsten Staaten der Welt getreten. Sie haben das Glück, kaum 15 Menschen auf den Quadratkilometer Ihres Landes ernähren zu müssen. Ihnen stehen die unendlichsten Bodenreichtümer der Welt zur Verfügung. Sie können durch die Weite Ihres Raumes und die Fruchtbarkeit Ihrer Felder jedem einzelnen Amerikaner das Zehnfache an Lebensgütern sichern, wie es in Deutschland möglich ist. Die Natur hat Ihnen dies jedenfalls gestattet. Obwohl die Zahl der Einwohner Ihres Landes kaum ein Drittel größer ist als die Zahl der Bewohner Großdeutschlands, steht Ihnen mehr als 15 mal so viel Lebensfläche zur Verfügung. Sie können daher Zeit und Muße finden, bestimmt durch die Größe Ihrer ganzen Verhältnisse, sich mit universalen Problemen zu beschäftigen. Für Sie ist daher sicherlich auch deshalb die Welt so klein, daß Sie glauben mögen, überall mit Nutzen eingreifen und wirken zu können.

In diesem Sinne können daher Ihre Besorgnisse und Anregungen einen viel größeren und weiteren Raum umspannen als die meinen, denn meine Welt, Herr Präsident Roosevelt, ist die in die mich die Vorsehung gesetzt hat, und für die ich daher zu arbeiten verpflichtet bin. Sie ist leider räumlich viel enger. Sie umfaßt nur mein Volk! Allein ich glaube, dabei noch am ehesten dem zu nutzen, was uns allen am Herzen liegt:

Der Gerechtigkeit, der Wohlfahrt, dem Fortschritt und dem Frieden der ganzen menschlichen Gemeinschaft!

Die historische Reichstags-Sitzung.

In der Diplomatenloge fehlten Englands und Frankreichs Vertreter.

Von der historischen Reichstagssitzung am 28. April gibt der „Berliner Lokal-Anzeiger" folgendes Stimmungsbild:

Schlicht und würdevoll zeigt sich der Sitzungssaal des Reichstags in seinem Schmuck an diesem Tage historischen Geschehens, an dem der Führer sein außenpolitisches Programm aller Welt verkündet und dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt seine Antwort erteilt. Das große Hoheitszeichen auf weißem Grunde an der Rückwand der Regierungstribüne, flankiert auf beiden Seiten von den Fahnen der deutschen Freiheitsbewegung, beherrscht den Saal. Der Blick schweift über die Reihen der Abgeordnetensitze, die um 7 auf 862 vermehrt worden sind, und ruht auf der Diplomatenloge. Die Vertreter der ausländischen Staaten haben es sich nicht nehmen lassen, die bedeutungsvolle Rede des Führers mit eigenem Ohr zu hören. Nur die Botschafter Englands und Frankreichs fehlen. Im ersten Rang sind die 200 Plätze für die in- und ausländische Presse voll besetzt. Rund 600 ZZuschauer haben im ersten und zweiten Rang Plätze gefunden und erwarten gespannt das Erlebnis der Führerrede.

Adolf Hitler betritt kurz nach 12 Uhr, begleitet von Reichstagspräsident Göring, dem Stellvertreter des Führer, Reichsminister Rudolf Heß, Reichsminister Dr. Frick, Reichsführer SS Himmler und seinen persönlichen und militärischen Adjutanten, den Sitzungssaal. In diesem Augenblick löst sich die Spannung. Mit spontanen, tosenden Ovationen begrüßen die Abgeordneten, die sich von ihren Plätzen erheben, mit erhobener Hand ihren Führer. Adolf Hitler nimmt auf dem ersten Stuhl der Bänke der Reichsregierung Platz, legt lächelnd das Manuskript seiner Rede auf den Tisch und stützt, wie zur Bekräftigung der Zielsicherheit seiner kommenden politischen Erklärung, die Hand mit Wucht auf die Blätter. Im Augenblick erkennen die Abgeordneten die Bedeutung dieser Geste. Brausender Beifall bricht los, der in ein fröhliches Lachen ausklingt.

Einen Augenblick herrscht die tiefe Stille der Erwartung. Dann eröffnet Reichstagspräsident Göring die Sitzung und gedenkt der Abgeordneten, die seit der letzten Zusammenkunft des Hauses am 30. Januar dieses Jahres verstorben sind. Das Haus ehrt die Toten durch Erheben von den Sitzen. Der Reichstagspräsident gibt sodann unter dem Beifall der Abgeordneten Kenntnis von der Berufung der Abgeordneten des Memellandes und des Reichsprotektorats Böhmen und Mähren. Unter atemloser Spannung nimmt nun der Führer das Wort.

Schlußwort Hermann Görings.

Unter tosenden Heilrufen hat der Führer geendet. Die Abgeordneten erheben sich von den Bänken, ihre stürmischen Ovationen wollen kein Ende nehmen. Reichstagspräsident Göring macht sich zum Dolmetsch der Empfindungen, die in diesem Augeblick jeden Deutschen beseelen. Er erhebt sich und hält folgende Ansprache:

„Mein Führer! Sie sagten vorhin, Sie wollten die Antwort auf das Telegramm des Präsidenten Roosevelt geben, und dann würde der Reichstag bestätigen oder ablehnen.

Mein Führer! Was immer Sie getan haben und tun werden, wird nicht nur der Deutsche Reichstag, wird das ganze Volk mit leidenschaftlichem Herzen bestätigen. Denn das Vertrauen zu Ihnen und der Glaube an Sie sind unbegrenzbar und ewig in uns.

Unser Führer Sieg Heil! Sieg Heil! Sieg Heil!"

Das Sieg Heil auf den Führer und das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied, die zum Schluß der Sitzung aufklangen, wurden zu einem starken Bekenntnis für den Führer.

Das Welt-Echo.

Washington: Hitler hat die Tür nicht zugeschlagen!

Washington, 29. April. (PAT) In hiesigen parlamentarischen Kreisen wird darauf hingewiesen, **daß Deutschland die Tür zu einer friedlichen Lösung der europäischen Gegensätze nicht zugeschlagen habe.** Staatssekretär Hull studiere gegenwärtig die Rede Hitlers, ein offizieller Kommentar wurde bis jetzt nicht veröffentlicht. Das Staatsdepartement hat lediglich bekanntgegeben, es betrachte die Rede nicht als eine formale Antwort auf den Appell des Präsidenten Roosevelt. Manche Mitglieder des Kongresses seien erstaunt über den Ton der Rede, andere nennen sie einen „Bluff".

Aus maßgebenden Washingtoner Kreisen berichtet der „Ilustrowany Kurjer Codzienny", die Regierung der Vereinigten Staaten stehe auf dem Standpunkt, daß die durch den Präsidenten Roosevelt an Hitler und Mussolini gerichtete Botschaft eine offizielle Antwort, nicht aber eine Antwort auf dem mittelbaren Wege durch die Ansprache im Reichstage erfordere. Aus diesem Grunde werde Roosevelt auf die Hitlerrede nicht reagieren. Übrigens habe Roosevelt um 18 Uhr nach amerikanischer Zeit, als Hitler seine Rede hielt, wie gewöhnlich geschlafen.

London: Eine Sensation.

Die Rede des Führers hat trotz aller Versuche, das Interesse daran herabzusetzen, oder zu lähmen, in London nicht nur einen ungeheuer starken, sondern vielleicht unerwarteten Eindruck gemacht. Zwar war der Rundfunkempfang, soweit er beurteilt werden konnte, sehr schlecht, aber die englische Rundfunkgesellschaft brachte kurz vor 3 Uhr eine im ganzen sachliche und sehr ausführliche Wiedergabe des Inhalts der Rede, zum großen Teil mit wörtlichen Zitaten. Die Zeitungen brachten zuerst Auszüge und dann immer ausführlicher werdende Wiedergaben der Rede in schnell aufeinanderfolgenden Ausgaben, die reißenden Absatz fanden. Die Zeitungsplakate an den Ständen verkündeten nichts als Adolf Hitlers Rede; jedes übrige Interesse war völlig ausgesetzt.

Im Laufe des Spätnachmittags kam über den Rundfunk eine inspirierte Mitteilung heraus, die den Stempel der Downing Street trug. Darin wurde behauptet, daß die englische Politik keine Einkreisungspolitik sei, daß sie sich nicht mit dem Schutz der einzelnen Länder, sondern mit dem Schutz des Prinzips befasse, Angriffe zu verhindern. Diese rabulistische Äußerung steht im Widerspruch mit der Donnerstag-Rede des Premierministers, der dem Unterhaus offen eingestanden hat, daß er seine Meinung geändert hätte und der mit großen Worten das Recht auf politische Meinungsänderung verteidigte.

Paris: Noch keine amtliche Stellungnahme.

Auch die französische Nachmittagspresse veröffentlicht die Reichstagsrede des Führers in fast wörtlichem Text mit riesigen sensationellen Schlagzeilen, wobei natürlich die Kündigung des deutsch-englischen Flottenabkommens und des deutsch-polnischen Vertrages von 1934 überall besonders hervorgehoben werden.

Eine amtliche Stellungnahme liegt noch nicht vor, da man diese bis zum Vorliegen des amtlichen Textes zurückzuhalten pflegt. In politischen Kreisen begrüßt man die erneute Betonung des Führers, daß zwischen Frankreich und Deutschland nichts wirklich Trennendes liege, äußert aber gelegentlich den Verdacht, daß es das Ziel der deutschen Politik sei, Frankreich von England zu trennen, was man natürlich weit von sich weise. Man erklärt zusammenfassend, daß die Rede in ihrem Ton wie in ihrem Inhalt zu irgendwelchen Befürchtungen keinerlei Anlaß biete.

Wojewodschaft Posen.

& **Posen (Poznań)**, 27. April. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wies der Stadtpräsident Ruge auf das 20jährige Bestehen des Posener Stadtparlaments hin, von dem in dieser Zeit 462 Vollsitzungen abgehalten wurden; der Schriftführer des Stadtparlaments Direktor Tyrakowski konnte sein 20jähriges Jubiläum als Schriftführer begehen. Der stellvertretende Präsident Zaleski erwiderte einem Interpellanten, daß er als Dezernent der Posener Messe angeordnet habe, daß die Firma „Persil", gegen die eine Boykottbewegung im Gange ist, auf der Messe nicht vertreten sein dürfe. Angenommen wurde die Magistratsvorlage über den Straßenburchbruch am Wojewodschaftsamt, sowie die Satzung über die Erhebung einer Wegebausteuer und die Umbenennung der ul. Koszarowa (fr. Kleiststraße) in ul. pułkownika Szyllinga" nach dem Namen eines im Bolschewistenkriege 1920 gefallenen Posener Obersts.

Selbstmord verübt hat auf dem Boden des Hauses Posenerstraße 28/30 ein Miximilian Bączyński, indem er sich aus unbekannter Ursache erhängte. — Durch Trinken von Lysol versuchte sich der 21jährige Tadeusz Handka in der ul. Marszałka Focha 17 zu vergiften und wurde in bedenklichem Zustande dem Stadtkrankenhause zugeführt.

Bei dem Zusammenstoß eines Personenkraftwagens mit einem Motorrade an der Ecke der ul. Ludgarda und Neuenstraße wurden beide Fahrzeuge schwer beschädigt.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Das Deutsche Generalkonsulat Posen gibt bekannt: „Aus Anlaß des Nationalfeiertages unseres Volkes findet am Montag, dem 1. Mai d. J., um 18.30 Uhr, im Saale des Evangelischen Vereinshauses in Posen, Al. Marsz. Pilsudskiego 19, eine Feier statt, bei welcher ein Redner aus dem Reich sprechen wird. Alle in der Wojewodschaft Posen wohnenden und sich an diesem Tage in ihr aufhaltenden Reichsdeutschen sind dazu herzlich eingeladen. Der Reisepaß, welcher als Ausweis gilt, ist unbedingt mitzubringen. Reichsdeutsche Volksgenossen, welche ihren Paß wegen Verlängerung usw. bei der Behörde abgegeben haben, lassen sich von der betreffenden Behörde eine Bescheinigung über die Abgabe ausstellen. Diese Bescheinigungen ermöglichen an Stelle des Passes den Einlaß zur Feier." 3281

Die sich vorübergehend im Bezirk der Wojewodschaft aufhaltenden Reichsdeutschen werden auf die polizeiliche Meldepflicht aufmerksam gemacht.

Briefkasten der „Deutschen Rundschau".

Nr. 100. 1. Von dem Nachlaß des Vaters, d. h. von der Hälfte des ganzen Grundstücks, erbte die Mutter ein Viertel und die Kinder zusammen drei Viertel. Die Mutter ist also jetzt Eigentümerin von fünf Achteln der Wirtschaft und die Kinder zusammen von drei Achteln. Über die ganze Wirtschaft können nur alle Erben zusammen verfügen, aber eine ordnungsmäßige Verwaltung der Wirtschaft kann durch Stimmenmehrheit der Erben beschlossen werden, und da die Stimmenmehrheit nach der Größe der Anteile berechnet wird, hat die Mutter mit ihren fünf Achteln der Wirtschaft immer die Stimmenmehrheit und kann die Bewirtschaftung nach ihrem Willen ordnen. Gegen den Willen der Mutter können Sie also die Wirtschaft nicht führen. Dagegen können Sie in der väterlichen Wirtschaft weiter Unterkunft behalten, wenn dadurch der Mitgebrauch der übrigen Erben nicht beeinträchtigt wird.

„Stiefmütterchen." Ohne Genehmigung der Bank Polski resp. der Devisenkommission ist Überweisung resp. Mitnahme von Geld und Devisen nach dem Auslande vollständig ausgeschlossen. Wie die Dinge sich in Zukunft weiter gestalten, weiß man nicht. Wenn die Devisengesetze aufgehoben werden, was ja einmal erfolgen wird, dann brauchen Sie keine Mittelsperson mehr, um über Ihre Forderungen verfügen zu können. Aber wann der normale Geldverkehr wiederkehrt, **weiß heute kein Mensch.**

Bank für Handel und Gewerbe Poznań
Poznański Bank dla Handlu i Przemysłu
Spółka Akcyjna

Geschäftsbericht für das Jahr 1938.

Die politischen Ereignisse des Jahres 1938 waren für das Wirtschaftsleben auch unseres Landes von weittragender Bedeutung. Sie führten zu einer Neuregelung der Grenzen Mitteleuropas. Auch Polen konnte bei dieser Gelegenheit das Olsa-Gebiet wieder in Besitz nehmen und erhielt dadurch einen erheblichen Zuwachs an wichtigen Rohstofflagern und an bestentwickelten Industrien.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland konnten ausgebaut und der Warenaustausch erweitert werden. Die politische Unsicherheit hatte im Herbst des Jahres u. a. Angst-Abhebungen von Spareinlagen zur Folge. Diese Abhebungen sollen, wie die Presse berichtete, vorübergehend bis zu 10 Prozent der Gesamtspareinlagen unseres Landes betragen haben. Unsere Bank ist von diesen Abhebungen fast ganz verschont geblieben. Wir konnten vielmehr, nachdem die Sparer sich wieder beruhigt hatten, eine Zunahme unserer Sparkonten feststellen.

Die fremden Mittel unserer Bank haben sich im Berichtsjahr weiter um mehr als eine halbe Million Zloty erhöht und damit die 10-Millionen-Grenze überschritten. Der gesteigerten Liquidität stand leider nicht ein entsprechender Kreditbedarf, der eine unbedingt sichere Zinszahlung und eine einwandfreie Sicherheit des Kapitals gewährleistete, gegenüber. Die fremden Mittel fanden daher Anlage in Staatsschatzscheinen. Gerechtfertigten Kreditwünschen unserer Kundschaft haben wir auch in diesem Jahre in vollem Maße entsprochen. Das Sorten- und Devisen-Geschäft brachte nur bescheidene Gewinne gegenüber den früheren Jahren. Dagegen wiesen das Provisions- und das Zinsenkonto steigende Gewinnzahlen auf. Die Flüssigmachung einiger bisher eingefrorener Forderungen hat hierzu wesentlich beigetragen. Die Umsätze sind im Verhältnis zum Vorjahre nur wenig geringer. Dagegen hat sich die Arbeitsleistung weiter vergrößert und dadurch die Einstellung weiteren Personals notwendig gemacht. Die Bankunkosten haben sich im Verhältnis zum Vorjahre etwas erhöht. Diese Steigerung ist darauf zurückzuführen, daß wir einen teilweisen Umbau unserer Geschäftsräume durchführen mußten. Die Inkassoaufträge sind weiter erheblich gestiegen. An der Entwicklung unseres Geschäfts waren auch in diesem Jahre unsere Filialen in befriedigendem Maße beteiligt. Ebenso erbrachten unsere Beteiligungen an fremden Unternehmungen zufriedenstellende Erträgnisse.

Der Roh-Ertrag für das abgelaufene Jahr beträgt zł 223 128,86.

Es ist auch noch im abgelaufenen Jahre notwendig gewesen, den größten Teil dieses Gewinnes zu Abschreibungen auf Konten, die in den Krisenjahren notleidend geworden waren, zu verwenden.

Zur Verfügung der Generalversammlung verbleibt ein Reingewinn von

zł 12 004,33 von dem wir
zł 1 210,— dem Reservefonds zuzuführen und

den Rest von zł 10 794,33 als Vortrag für das Geschäftsjahr 1939 zu verwenden beantragen.

Die erhöhten Anforderungen, die wir durch die eingangs schon geschilderte Arbeitsleistung an unsere Beamtenschaft stellen mußten, sind von dieser freudig erfüllt worden. Als äußerliches Zeichen unseres Dankes hierfür, haben wir der Beamtenschaft zum Jahresschluß erstmalig wieder eine Sonderzuwendung in Höhe eines vollen Monatsgehalts gewährt. Wir stehen aber auch nicht an, unserer Beamtenschaft auch noch an dieser Stelle für ihre aufopfernde Tätigkeit unseren Dank auszusprechen.

Herr Joachim Leyde legte im Laufe des Jahres sein Amt als Vorstandsmitglied unserer Bank nieder. An seine Stelle berief der Aufsichtsrat Herrn Alfred Klose aus Poznań.

Die turnusmäßig ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats, Herr Rittergutsbesitzer Carl Stübner, Wierzchosławice, und Herr Rittergutsbesitzer Curt Sondermann, Przyborówko, wurden in der Generalversammlung unserer Bank am 26. April 1938 einstimmig wiedergewählt. In der Aufsichtsratssitzung nach der Generalversammlung wurden Herr Rittergutsbesitzer Otto von Hantelmann, Baborówko, wiederum zum Vorsitzenden und Herr Verbandsdirektor Dr Friedrich Swart, Poznań, zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats unserer Bank gewählt.

Bank für Handel und Gewerbe Poznań
Poznański Bank dla Handlu i Przemysłu
Spółka Akcyjna

(—) Pfeiffer. (—) Kabisch. (—) Klose.

Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung ist von uns geprüft und in Ordnung gefunden worden. Dem Bericht des Vorstandes schließen wir uns an.

Der Aufsichtsrat:

Poznań, den 28. März 1939. (—) Otto von Hantelmann, Vorsitzender.

Bilanz per 31. Dezember 1938.

Aktiva	zł	gr	Passiva	zł	gr
Kasse und sofort greifbare Mittel	823 998	48	Aktienkapital	2 000 000	—
Schatzanweisungen	1 130 000	—	Reserven	320 750	—
Sorten	7 429	32	Einlagen	6 910 285	08
Wertpapiere	43 319	88	Laufende Rechnungen	3 476 342	70
Wertpapiere des Reservefonds	165 054	56	Sofort zahlbare Verpflichtungen	43 905	98
Beteiligungen	608 500	—	Inländische Banken	353 674	50
Inländische Banken	326 598	05	Ausländische Banken	870 450	97
Ausländische Banken	174 849	70	Diskontierte Akzepte der Akzeptbank	19 163	—
Diskontierte Wechsel	1 802 471	38	Verschiedene Rechnungen	227 643	41
Protestierte Wechsel	46 470	76	Gewinn	12 004	33
Kredite in laufender Rechnung	6 548 345	13			
Befristete Darlehen	2 550 423	86			
Verschiedene Rechnungen	6 758	85			
	14 234 219	97		14 234 219	97
Bürgschaftsdebitoren	267 189	04	Bürgschaftsverpflichtungen	267 189	04
Inkassi	1 788 309	51	Inkassi	1 788 309	51
	16 289 718	52		16 289 718	52

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1938.

Debet	zł	gr	Credit	zł	gr
Gezahlte Zinsen und Provisionen	511 989	31	Gewinnvortrag	10 781	11
Handlungsunkosten	537 761	92	Vereinnahmte Zinsen und Provisionen	1 194 882	96
Steuern	46 081	38	Gewinn auf Effekten, Sorten und Devisen	92 114	16
Abschreibungen auf Mobilien	4 111	—	Eingang früher abgeschriebener Beträge	21 183	24
Abschreibungen auf Debitoren	203 013	53			
Rückstellung für Umbau	4 000	—			
Gewinn	12 004	33			
	1 318 961	47		1 318 961	47

Die turnusmäßig ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Georg Frhr. von Massenbach, Herr Max Reich und Herr Direktor Christian Rollauer wurden von der Generalversammlung vom 29. April 1939 wiedergewählt. Außerdem wurde Herr Berndt von Saenger, Hilarów, neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Der Vorstand:
(—) Pfeiffer. (—) Kabisch. (—) Klose.

Wojewodschaft Pommerellen.

Bromberg (Bydgoszcz)

29. April.

Auch am 3. Mai keine Umzüge und Veranstaltungen unter freiem Himmel.

Wie polnische Blätter melden, werden in Warschau auch am 3. Mai keinerlei Umzüge oder Versammlungen unter freiem Himmel erlaubt sein. An diesem Tage wird nur eine große Parade auf dem Platz Wolnosci gegenüber dem Kriegsministerium stattfinden.

Auch in den übrigen Städten Polens sind ähnliche Anordnungen erlassen worden.

Arbeiten — und mitfeiern!

Die Burgstarostei in Bromberg veröffentlicht eine Verlautbarung, die wir nachstehend in deutscher Sprache wiedergeben:

„In der Stadt Bromberg kommen fast täglich Fälle vor, daß Fahnen geweiht, Tagungen, Festveranstaltungen abgehalten, Umzüge, Festversammlungen usw. organisiert werden, Erscheinungen, die grundsätzlich das Vereinsleben positiv beeinflussen, die Volksgemeinschaft jedoch in ständiger Spannung erhalten, die Vereinigungen wiederum von ihrem wesentlichen Ziel, der normalen Alltagsarbeit, entfernen.

Mit Rücksicht darauf, sowie in Anbetracht der Augenblicke, die wir durchleben, wendet sich der Burgstarost als Aufsichtsbehörde der Vereinigungen hiermit an die Vorstände der Organisationen, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, sich der angestrengten normalen Alltagsarbeit zu widmen, auf die Organisierung von Festlichkeiten und Umzügen zu verzichten, mit Ausnahme der außergewöhnlichen Festlichkeiten wie der nationalen Feiertage und speziellen besonders begründeten Feiern. Statt der jetzt so häufigen Stiftungen von Fahnen, der Tagungen, und statt der Empfänge schlägt die Burgstarostei vor, einen entsprechen Betrag für den Nationalen Verteidigungsfonds zu spenden.

Gleichzeitig erinnert der Burgstarost daran, daß die Veranstaltung von öffentlichen Feiern die Genehmigung der Verwaltungsbehörden erfordert und empfiehlt im Zusammenhange damit, sich dieser Genehmigung zu vergewissern, bevor die Initiative zu derartigen Veranstaltungen ergriffen wird."

Ein interessanter Prozeß

fand vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts statt. Zu verantworten hatte sich ein ehemaliger Geistlicher der Nationalkirche, und zwar der in Iwno, Kreis Schubin, wohnhafte 29jährige Alfons Pióra. Die Anklageschrift legt dem P. zur Last, daß er Anfangs Mai v. J. den in Zielonke wohnhaften Władysław Bomba der kommunistischen Tätigkeit beschuldigte. Der Anklageschrift liegt folgender Tatbestand zugrunde:

Zwischen dem Angeklagten und der Ehefrau des Bomba hatte sich ein engeres Verhältnis angebahnt, wobei Pióra alle Anstrengungen machte, die Frau für sich zu gewinnen und sich sogar schriftlich verpflichtete, ihr eine lebenslängliche Rente auszustellen. Es kam so weit, daß Frau B. ihren Mann verließ, jedoch später wieder zu ihm zurückkehrte. Am 7. Mai v. J. wurde in der Marsz. Focha (Wilhelmstraße) von einem Straßenpassanten eine Brieftasche gefunden, die der Finder der Polizei übergab. In der Brieftasche befanden sich in einem an den Władysław Bomba adressierten Briefumschlag mehrere Flugblätter kommunistischen Inhalts. Unterschrieben waren die Flugblätter von der Kommunistischen Polnischen Partei. Noch während die Polizei gegen den Bomba die Untersuchung führte, erhielt sie ein anonymes Schreiben, in dem ihr mitgeteilt wurde, daß auf dem Gehöft des Bomba kommunistisches Material vergraben sei. Die Stelle wurde von dem anonymen Briefschreiber genau bezeichnet. In der Tat fand die Polizei bei angestellten Ausgrabungen an dieser Stelle zahlreiche kommunistische Aufrufe, die den B. somit stark belasteten. Im Laufe der weiteren Untersuchungen stellte es sich jedoch heraus, daß das ganze vorgefundene belastende Material zusammengetragen wurde, um den Bomba bei den Behörden zu verdächtigen. Pióra wurde verhaftet, da nur er ein Interesse daran haben konnte, den Bomba unschädlich zu machen.

Der Angeklagte bekennt sich vor Gericht nicht zur Schuld und gibt an, daß er mit dem Bomba freundschaftlich verkehr habe. Die Vernehmung des Bomba, sowie der übrigen Zeugen erbrachten keine genügenden Beweise, daß Pióra derjenige war, der die Brieftasche auf der Straße absichtlich verloren und das anonyme Schreiben an die Polizei gerichtet hatte. Das Gericht kam deshalb nach durchgeführter Beweisaufnahme zu einem freisprechenden Urteil.

§ **Bei der Arbeit verunglückt.** Am Freitag verunglückte während der Arbeit in der Lederfabrik Buchholz der 35jährige Arbeiter Szczepan Nowak aus der Brzozowa (Oranienstraße) 27. Er kam mit der rechten Hand in eine Walze, die ihm mehrere Finger zerquetschte. — Der in der Sperrplattenfabrik beschäftigte 28jährige Bürobeamte Adam Czerwiński wurde von einem herabfallenden Klotz verletzt. Er mußte mit dem Wagen der Rettungsbereitschaft in das Städtische Krankenhaus gebracht werden. — In der staatlichen Sägemühle fiel der 33jährige Arbeiter Stanisław Kowalski beim Aufladen vom Waggon und erlitt allgemeine Körperverletzungen. Seine Überführung in das Krankenhaus erwies sich als notwendig.

§ **Von einem Hund gebissen** wurde am Freitag der 11jährige Kazimierz Wicke aus der Thornerstraße 266. Das Kind wurde dabei übel zugerichtet und mußte mit dem Wagen der Rettungsbereitschaft ins Städtische Krankenhaus gebracht werden, da angenommen werden mußte, daß eventuell bei dem Hunde Tollwutgefahr besteht, so mußten die entsprechenden Vorbeugungsmaßnahmen ergriffen werden.

§ **Holzdiebe.** In der Nacht zum Donnerstag stahlen unbekannte Diebe vom Gelände der Försterei Brzoza Brennholz. Die Diebe kamen mit einem Wagen vorgefahren. Die sofort eingeleitete Untersuchung führte zur Entdeckung der Täter, die der Polizei übergeben wurden.

§ **Am Nationalfeiertag, dem 3. Mai d. J.** wird nach der Militärparade im Konferenzsaal der Starostei der Starost des Kreises Bromberg in Gegenwart der Vertreter der Behörden und Ämter diejenigen Personen dekorieren, die mit dem Verdienstkreuz ausgezeichnet worden sind.

§ **Bei der Arbeit verunglückt** ist am Freitag gegen 14 Uhr in einer hiesigen Tischlerei der 25jährige Bolesław Zieliński, Józefa Bradtstraße 3. Er geriet mit der linken Hand in ein Maschinengetriebe, wobei ihm der Daumen abgerissen wurde. Mit dem Rettungswagen wurde Zieliński ins Städtische Krankenhaus gebracht.

§ **Wer sind die Besitzer?** Im 1. Polizeikommissariat, Jagiellońska (Wilhelmstraße) 5, befinden sich mehrere Pakete Maschinenschrauben und Möbelschrauben, die auf der Jagiellońska (Wilhelmstraße) an einem der letzten Tage gefunden wurden. Auch eine lederne Aktentasche, in der sich eine Gärtnerscheere befand und an der Brahe gefunden wurde, kann in den Dienststunden im oben genannten Kommissariat, Zimmer 64, abgeholt werden.

§ **Der heutige Wochenmarkt** auf dem Rynek Marsz. Piłsudskiego (Friedrichsplatz) und in der Markthalle brachte sehr regen Verkehr. Zwischen 9 und 10 Uhr forderte man für Molkereibutter 1,60—1,80, Landbutter 1,40—1,55, Tilsiterkäse 1,20—1,30, Weißkäse 0,20—0,25, Eier 0,85—0,90, Zwiebeln 0,10, Kohlrabi 0,15—0,20, Mohrrüben 0,15—0,20, Suppengemüse 0,05, Radieschen 0,15—0,25, Salat 0,05—0,15, rote Rüben 0,10, Äpfel 0,60—0,70, Spinat 0,35, Rhabarber 0,15, Spargel 1,40—2,00; Hühner 2,00—3,50, Hühnchen 1,30—1,80, Tauben Paar 1,20; Speck 0,85, Schweinefleisch 0,75—0,85, Kalbfleisch 0,65—0,90. Hammelfleisch 0,60—0,80; Aale 1,00—1,20, Schleie 1,00—1,20, Plötze 3 Pfund 1,00, Dorsche 0,40 Złoty.

Graudenz.

Thorn.

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, 30. April 1939
Jubilate

* bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Konitz (Chojnice). Evangelische Kirchengemeinde. Vorm 10 Uhr Predigtgottesdienst, danach Kindergottesdienst, nachm. um 3 Uhr in der Gartenstraße Frauenstunde.

§ **Wegen Einbruchs** hatte sich vor dem hiesigen Burggericht der 21jährige Władcsław Keller zu verantworten. K. hatte mit zwei Komplicen, die bereits abgeurteilt wurden, bei einem Einbruch bei dem hier wohnhaften Franciszek Sanigórski eine Tischwaage, 50 Kilo Tomaten und andere Sachen entwendet. Ferner stahl er dem angetrunkenen Bernard Gronowski eine silberne Herrenuhr mit Kette. Der Angeklagte, der bereits mehrfach vorbestraft ist, wurde zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

§ **Wegen Beamtenbeleidigung** hatte sich der 25jährige Dominik Wyderski vor dem hiesigen Burggericht zu verantworten. W. wurde von einem Polizeibeamten zwecks Feststellung seiner Personalien nach dem Arrestlokal gebracht, wobei er den Beamten beleidigte. Das Gericht verurteilte ihn zu sechs Wochen Arrest.

Graudenz (Grudziądz)

× **Apotheken-Nacht- und Sonntagsdienst.** In der Zeit von Sonnabend, 29. April d. J., bis einschließlich Freitag, 5. Mai d. J., haben Nacht- und Sonntagsdienst die Adler-Apotheke (Apteka pod Orlem), Oberthornerstr. (3-go Maja), Tel. 1360, sowie die Greif-Apotheke (Apteka pod Gryfem), Lindenstraße (Legionów), Tel. 1524. *

× **Das Kontrollkomitee in Sachen der Luftschutzanleihe** hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Namen derjenigen, die ihrer Pflicht gegenüber der Rüstung des Staates nachkommen, in der Presse zu veröffentlichen. Mit Bitternis wurde festgestellt, daß im Wettbewerb der Opferwilligkeit zugunsten der Flugschutzanleihe zwar die weniger vermögenden Bevölkerungskreise sich beteiligten, diejenigen jedoch, die besser situiert sind, in bezug auf das Verständnis für ihre nationale und staatliche Pflicht größeres Widerstreben an den Tag legen.

× **Keine Plomben von elektrischen Sicherungen und Zählern abreißen!** Die Stadtverwaltung bringt hiermit allen Beziehern elektrischer Energie zur Kenntnis, daß das eigenmächtige Abreißen der Plomben von elektrischen Sicherungen und Zählern verboten ist. Für sämtliche Manipulationen bei elektrischen Einrichtungen des städtischen Elektrizitätswerks ist auf Grund des § 6 der Lieferungsbedingungen elektrischer Energie der Strombezieher verantwortlich. Im Falle des Abreißens oder der Beschädigung der Sicherungsplomben hat der Stromempfänger eine Entschädigung in Höhe von 5 Złoty zu entrichten. Bei allen anderen Manipulationen an den Einrichtungen des Elektrizitätswerks wird die zu zahlende Entschädigung jedesmalig besonders festgesetzt. Falls ein Durchbrennen der plombierten Sicherungen bzw. Zähler durch einen konzessionierten Installateur festgestellt worden ist, so muß davon die Elektrische Bereitschaft, die bis 22 Uhr tätig ist (Tel. 2000), in Kenntnis gesetzt werden. *

× **Die Vereinigung der Zuckerrübenbauer der Zuckerfabrik Melno** hielt am Mittwoch im „Tivoli" ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Den Vorstands- und Kassenbericht für die Zeit vom 5. 4. 38 bis 26. 4. 39 erstattete der zweite Vorsitzende Stencel, während Vorsitzender Wyganowski über die Wirksamkeit der Kontrolleure bei der Fabrik in Melno während der letzten Kampagne berichtete. Direktor Gottow besprach die Kontrakte für die Kampagne 1939/40, wobei er die vorgenommenen Änderungen eingehend einer Beleuchtung unterzog. Nach der Verlesung des Protokolls über die erfolgte Kassen- und Sekretariatsrevision wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. An Stelle zweier satzungsgemäß ausgeschiedener Vorstandsmitglieder wurden die Herren Fromowicz wieder- und A. Rutkowski-Lessen (Łasin) neugewählt. Der Vorsitzende verlas ein Schreiben des Verwaltungsrats des Verbandes der Vereinigungen der Zuckerrübenproduzenten, demzufolge sich die organisierten Zuckerrübenanbauer mit je 4 Groschen für ein Dz. Rüben Kat. A und B aus der Kampagne 1939/40 zur Zeichnung der Flugschutzanleihe besteuern sollen. Beschlossen wurde, den Vorstand zur Ausarbeitung einer entsprechenden Resolution in der Angelegenheit der Erhöhung des Zuckerrübenkontingents für die Fabrik in Melno, sowie zur weiteren Ausarbeitung eines darauf bezüglichen Memorials für das Landwirtschaftsministerium und das pommerellische Wojewodschaftsamt zu ermäßigen. Zum Schlusse der Versammlung hielt Ingenieur Sucharski einen Vortrag über Zuckerrübenkrankheiten und deren Bekämpfung, der eine lebhafte Aussprache nach sich zog.

× **Vor dem hiesigen Bezirksgericht** kam jetzt ein Auftritt zur Verhandlung, der sich am 26. August v. J. in der Sienkiewicza (Börgenstrr.) zutrug und einen großen Menschenauflauf zur Folge hatte. Dort war es zwischen zwei Personen, und zwar Antoni Hamelski aus Graudenz und einem gewissen Leon Szubski aus Wangerau (Węgrowo), Kr. Graudenz, zu Auseinandersetzungen gekommen, die in Tätlichkeiten ausarteten. Die Gerichtsverhandlung ergab durch die Zeugenvernehmung, daß als Schuldiger dieses Vorfalls Szubski anzusehen ist. Demgemäß wurde er auf Grund der Artikel 239, 255 und 256 St.G.B. zu einer Arreststrafe von 14 Tagen, sowie zu einer Geldbuße von 40 Złoty verurteilt. *

Thorn (Toruń).

⧧ **Der Wasserstand der Weichsel** ging im Laufe der letzten 24 Stunden wieder um 8 Zentimeter zurück und betrug Freitag früh an der Thorner Pegelstation 1,10 Meter über Normal. Infolge erheblicher Erwärmung der Luft ist die Wassertemperatur auf fast 10 Grad Celsius angestiegen. — Schlepper „Minister „Lubecki" traf mit vier beladenen Kähnen, von unten kommend, im Weichselhafen ein und fuhr mit fünf beladenen Kähnen stromauf weiter. Schlepper „Uranus" brachte von oben drei leere Kähne her und dampfte mit einem beladenen Kahn talwärts weiter. Sodann trafen noch Schlepper „Gdańsk" mit vier leeren Schlepper „Delfin" mit drei beladenen Kähnen am Ladekai ein. Auf der Fahrt von der Hauptstadt nach Dirschau bzw. umgekehrt passierten die Personen- und Güterdampfer „Atlantik" bzw. „Mars", zwischen Danzig und Warschau „Sowiński".

v **Die Frühjahrsreinigung** aller im Stadtbereich befindlichen Abzugsgräben, Kanäle, Wasserläufe und Rohrleitungen hat, wie die Stadtverwaltung bekanntgibt, bis zum 10. Mai d. J. zu erfolgen. * *

t **Die hiesige Ortsgruppe** des Pommerellen-Verbandes selbständiger christlicher Handwerker wählte in ihrer Generalversammlung, die Donnerstag abend im Saale des „Tivoli" stattfand, nach erfolgter Berichterstattung und Entlastungerteilung in den Vorstand die Herren Fr. Wieneck und Oliwkowski (Präses und Vizepräses) sowie Tułodziecki (Schriftführer) und P. Kmieć (Kassierer). Zu Beisitzern wurden die Herren Domagalski, Łęgowski, Malkowski, Raciniewski, Rolewski, Zielinski und Żak gewählt, in die Revisionskomission Wojtowicz und Zaremba. Beschlossen wurden die Beteiligung an der Luftschutzanleihe mit 200 Złoty aus der Vereinskasse, ferner kamen der Bau einer Fortbildungsschule und des Handwerker-Heims zur Besprechung. Die Herren Jakub Sulecki und Władysław Katafias wurden zu Ehrenmitgliedren ernannt. Zum Schluß erbrachte eine für den Nationalen Verteidigungsfonds aufgelegte Sammlung den Betrag von 68,50 Złoty. * *

⧧ Verkehrsunfall. Auf dem Plac Teatralny (Theaterplatz) wurde Donnerstag abend gegen 19 Uhr der Arbeiter Jan Szydlowski durch ein von Tadeusz Rzymkowski von hier gesteuertes Personenauto angefahren und zu Boden geworfen. Sz. wurde ins Städtische Krankenhaus eingeliefert und hier stellte der Arzt bei ihm einen Bruch des linken Beines fest. Die Polizei hat eine Untersuchung zwecks Klärung der Schuldfrage eingeleitet. * *

‡ **Ein aufregender Vorfall** trug sich Freitag vormittag gegen 11.45 Uhr in der ul. Żeglarska (Seglerstraße) zu. Das Pferd einer vom Rynek Staromiejski (Altstädtischen Markt) kommenden leichten Britschke, auf der sich ein altes Ehepaar vom Lande befand, war scheu geworden und jagte mit dem Wagen die Straße zur Weichsel hinab, wobei es vor dem Kittlerschen Hause auf den Bürgersteig geriet. Der alte Mann wäre in dem Bemühen, das Pferd zum Stehen zu bringen, beinahe vom Wagen gestürzt, wenn nicht im letzten Augenblick zwei Passanten beherzt hinzugesprungen und dem aufgeregten Tier in die Zügel gefallen wären. Bei der wilden Fahrt war ein Laternenhalter des Wagens abgebrochen. * *

‡ **Straßenunfall.** Als der in der ul. Jęczmienna (Gerstenstraße) 14 wohnhafte Zahntechniker Antoni Kadziński Donnerstag abend auf seinem Motorrade durch die ul. Lubicka (Leibitscherstraße) fuhr, lief ihm plötzlich ein Hund vor seine Maschine. K. stürzte und blieb mit verschiedenen Verletzungen auf dem Pflaster liegen. Nachdem ihm ein Arzt erste Hilfe geleistet hatte, wurde der Verunglückte in einem Auto in das Städtische Krankenhaus in Thorn-Mocker (früheres Diakonissenhaus) eingeliefert. * *

t **Wegen Pfandbruchs** hatte sich der betagte Fr. Kuś aus Brzeczko hiesigen Kreises vor dem Burggericht zu verantworten. Da es ihm an Saatgetreide mangelte, hatte er 100 Kilo Roggen, die seitens des Gerichtsvollziehers für Steuerschulden gepfändet waren, zur Aussaat benutzt. Er hatte sich angeblich nichts schlimmes gedacht, da er die zwei Zentner von der Ernte wieder hätte zurückgeben können. In Anbetracht seines Alters und seiner bisherigen Unbestraftheit kam K. sehr milde davon. Er wurde nur zu zwei Wochen Arrest verurteilt und bekam zweijährigen Strafaufschub zugebilligt. * *

•

⧧ **Aus dem Landkreise Thorn,** 28. April. Dem in Przysiek (Wiesenburg) wohnhaften Stanisław Kowalski wurden in der Nacht zum Dienstag durch unbekannte Einbrecher zwölf Hühner und eine Pute aus dem Geflügelstall gestohlen. Er erleidet dadurch einen Schaden von 46 Złoty. Die Polizei fahndet nach den Tätern.

Dirschau (Tczew)

de **Ärzte-Nacht- und Sonntagsdienst** hat für die Mitglieder der Sozialversicherung und Eisenbahn von Sonnabend, den 29. April, 14 Uhr, bis Montag, den 1. Mai, 8 Uhr, ebenso am Feiertag, 3. Mai, Dr. Cymbrowski, Mickiewicza (Langestraße) 6, Fernruf 1203. — Apotheken-Nacht- und Sonntagsdienst hat vom 29. April bis zum 6. Mai die Neustadt-Apotheke.

de **Laut einer Bekanntmachung des Magistrats** findet am Montag, dem 1. Mai, im Gemeindesaal der Josefsgemeinde Neustadt eine Versammlung für Reflektanten von Parzellen, gelegen zwischen der Danziger- und Schöneckerstraße statt. Eintritt haben nur diejenigen Personen, die sich mit einer Einladung legitimieren können. Reflektanten, die noch keine Einladung erhalten haben, können eine solche in den Dienststunden im Bureau des Stadtbauamtes erhalten.

de **Der Männergesangverein von 1850** führte unter Leitung seines Vorsitzenden, des Ehrenchormeisters Lyzeallehrers Emil Simon am Donnerstag abend in der Herberge die Jahreshauptversammlung durch. Zu Beginn der Versammlung sangen die Mitglieder das Bundeslied „Brüder reicht die Hand zum Bunde". Der Vorsitzende begrüßte die Erschienenen und gab einen Rückblick über die Vereinstätigkeit im verflossenen Geschäftsjahr. Ferner stellte der 1. Vorsitzende fest, daß das Publikum regen Anteil an den Veranstaltungen genommen hatte. Durch Abwanderungen sind dem Verein leider viele Kräfte verloren gegangen. Nach der Verlesung des Geschäftsberichts folgten der Kassenbericht und die Entlastung des Vorstandes. Der Verein hat zur Zeit 31 aktive und 36 passive Mitglieder. Es fanden zwei Ausflüge und eine Weihnachtsfeier statt. Am 7. Mai 1938 fand im großen Saale der Stadthalle ein Liederabend statt. Ausführende waren der Danziger Lehrer-Gesangverein mit seinem Frauenchor, wobei der hiesige Männerchor gemeinsam mit dem Danziger Männerchor zwei Lieder singen konnte, u. a. Richard Wagners „Wach auf" aus den Meistersingern. Am 20. Februar fand ein gutgelungener „Bunter Abend" statt. — Es folgte nun die Vorstandswahl. Der Vorstand wurde mit Ausnahme eines abgewanderten Mitgliedes wiedergewählt und setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Lyzeallehrer E. Simon, 2. Vorsitzender Direktor Ernst Lietz, 1. Schriftführer Bernhard Wardatzki, 2. Schriftführer Willi Schröder, Kassierer Willi Nieckwitzki, 1. Chormeister Herbert Kuhlmann, 2. Chormeister Edmund Karlikowski, Notenwart Berthold Wiechert, Vergnügungsausschuß Robert Schulz, Max Busch, Paul Jahnke, und die beiden Kassenprüfer Kuhlmann sen. und Arandt. Der 2. Vorsitzende dankte dem 1. Vorsitzenden für seine aufopfernde Arbeit. Volle Anerkennung fand auch die rührige Arbeit des 1. Chormeisters H. Kuhlmann. Nach Verlesung des Protokolls und Schlußworten des Vorsitzenden wurde die Jahreshauptversammlung geschlossen. Nachträglich wurde von dem Ableben des früheren Vorsitzenden Fabrikbesitzer Emil Kelch, der in Berlin verstorben ist, Kenntnis genommen.

de **Vor den Schranken des Gerichts** stand ein Alfons K., der von einem Kaufmann 15 Złoty zum Salzeinkaufen erhalten hatte. Auf dem Wege traf der Angeklagte einen Kollegen, mit welchem er die 15 Złoty in Getränke umsetzte. Das Gericht verurteilte ihn zu vier Monaten und seinen Freund zu zwei Monaten Arrest.

de **Gestohlen** wurden einem Stępnakowski aus seinem Stall sieben Hühner und einem Rap sechs Hühner.

Konitz (Chojnice)

rs **Lebensmittelausschreibung.** Die Gefängnisverwaltung hat eine Submission auf Lieferung von Lebensmitteln ausgeschrieben. Angebote sind bis zum 6. Mai, vormittags 10 Uhr, bei der Gefängnisverwaltung abzugeben.

rs **Bestrafte Baumdiebe.** Vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts hatte sich der 22jährige Jażdżewski zu verantworten, welcher den Gärtnern Błaszczyk und Martschinke 20 Obstbäume gestohlen hatte. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis. +

rs **Vom Gericht.** Bezirksrichter Józef Roszczynialski ist mit dem ersten Mai an das Bezirksgericht in Stargard versetzt worden.

rs **Czersk,** 28. April. Blutige Schlägerei. In dem Hause des Reisenden Kosiedowski kam es zwischen drei Männern, welche aus Gdingen hier ankamen, nach einer ausgiebigen Zecherei zu einem Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Im Verlauf dessen zog ein gewisser Wilczek ein Messer und versetzte seinem Kollegen Kołodziejak einen Stich in den Rücken, daß derselbe zusammenbrach und schwer verletzt nach dem Borromäuskrankenhaus in Konitz transportiert werden mußte.

t **Culmsee** (Chełmża), 28. April. Wegen Verbreitung unwahrer Nachrichten wurde vom Burggericht in nichtöffentlicher Verhandlung Erich Eberhardt aus Dziemiany zu fünf Monaten Gefängnis und 50 Złoty Geldstrafe verurteilt. Er wurde nach der Urteilsverkündung sofort ins Gefängnis abgeführt.

00 **Debenke** (Dębionek), 28. April. Am vergangenen Sonntag fand eine Visitation der Kirchengemeinde Debenke und Hermannsdorf statt. An der Kirchentür begrüßte eine Konfirmandin Superintendent Fengler-Nakel mit einem Gedicht. Pastor Zempel predigte über den 23. Psalm. Alsdann rief Superintendent Fengler die Gemeinde zu Gebet und Fürbitte auf. Der Gottesdienst schloß mit einer Prüfung der Jugend. Kirchen- und Posaunenchor hatten mit ihren Vorträgen den Gottesdienst festlich ausgestaltet. Am Montag besuchten Superintendent Fengler und Pastor Zempel sämtliche Friedhöfe unserer Kirchengemeinde.

z **Güldenhof** (Złotniki Kuj.), 29. April. Während einer Familienfeier, an der nur deutsche Gäste teilnahmen, wurden von bisher unermittelten Tätern durch Steinwürfe mehrere Fensterscheiben zertrümmert. Als die Gebrüder Fritz und Otto Brettschneider den Heimweg in der dunklen Nacht antraten, fielen einige Rowdies über diese her und schlugen sie derart mit Zaunlatten, daß sie schwere Verletzungen erlitten haben. — Der 42jährige Vereinsbote Johann Polasiński zog sich infolge Bruchs der Fahrradgabel nicht unerhebliche Gesichts- und Kopfverletzungen zu. Er war mit seinem Rade gegen einen Steinhaufen gefahren, wobei es zu dem Bruch der Fahrradgabel und einem folgenschweren Sturz kam.

z **Inowrocław,** 29. April. Von einem Taschendieb bestohlen wurde während des letzten Wochenmarkts der Uhrmacher Viktor Wirkiewicz, Staromieście 2. Ein fremder Mann bot ihm eine Krawattennadel zum Kauf an und

steckte sie probeweise dem Uhrmacher in den Schlips. Aus dem Kauf wurde aber nichts und der Fremde entfernte sich. Nach einiger Zeit stellte Wirkiewicz fest, daß der Fremde ihm die Taschenuhr im Werte von 60 Złoty während des Ansteckens der Krawattennadel auf geschickte Weise gestohlen hatte.

In der Nacht zum Mittwoch kam es auf dem Marktplatz zwischen Josef Sobierajski, Zygmunt Snieg, Stanisław Bierkowski und Bolesław Malicki zu einer heftigen Schlägerei, wobei sich alle gegenseitig blutig schlugen. Erst das Eintreffen der Polizei brachte die Rauflustigen auseinander.

Im Zusammenhang mit den aufgetauchten Gerüchten über angebliche Unregelmäßigkeiten bei der Arbeitslosenhilfsaktion wurde ein Untersuchungsausschuß einberufen, der die ganze Angelegenheit prüfen soll.

Auf dem Vieh- und Pferdemarkt in Heinrichsdorf (Płośnica), der genügenden Auftrieb aufzuweisen hatte, sind die Preise etwa 10—15 Prozent höher als in Soldau gewesen.

t **Löbau** (Lubawa), 28. April. Bürgermeister Czesław Wojciechowski wurde vom Amt suspendiert. Seine Amtsgeschäfte übernahm der Vizebürgermeister Fr. Jankowski.

+ **Wirsitz** (Wyrzysk), 26. April. Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum Dienstag bei Pastor Herrmann in Netzthal (Osiek) verübt. Die nächtlichen Besucher zertrümmerten eine Fensterscheibe der Speisekammer. Durch die entstandenen Geräusche erwachte Pastor Herrmann, der die Diebe vertreiben konnte, die bereits sieben Mäntel, ein Damenfahrrad und Lebensmittel im Hofe zum Mitnehmen bereitgelegt hatten. Alle Zimmer des Hauses hatten die Diebe durchsucht. Durch die Störung konnten die Diebe nur 15 Złoty mitnehmen, die sie auf dem Schreibtisch vorfanden.

Während der Impfzeit gegen Diphtherie, vom 20. April bis 15. Mai wird der Kreisarzt Interessenten nur in der Zeit von 8—9,30 Uhr im Kreisstarostwo, Zimmer Nr. 15, empfangen.

+ **Wirsitz** (Wyrzysk), 28. April. Ein gewisser Majek aus Dębowo wollte kürzlich ein Motorrad ausprobieren. Auf der Fahrt in Richtung Nakel verlor er die Gewalt über die Maschine und stürzte, wobei er schwere Verletzungen erlitten hat.

v **Zempelburg** (Sępolno), 28. April. Wegen Menschenschmuggels hatte sich vor dem Konitzer Bezirksgericht der 36jährige Leon Krzemiński aus Słupowo zu verantworten. Der Anklageakt legt K. zur Last, daß er am 12. März d. J. drei Personen auf unlegalem Wege über die Grenze nach Deutschland schmuggeln wollte. Die betreffenden Personen haben sich noch wegen Devisenschmuggels vergangen, da bei ihnen im Brot versteckt 166,40 Złoty vorgefunden wurden. Das Gericht verurteilte Krzemiński zu drei Monaten Gefängnis, sowie die übrigen drei Personen zu je drei Monaten Gefängnis, sowie Beschlagnahme des Geldes.

Stammschäferei Merino-Précos in Sucumin

Auktion

von ca. 25 schweren Böcken

findet am **Donnerstag, dem 4. Mai 1939,** mittags 12 Uhr, statt. 3075

Zuchtleiter: Schäfereidirektor Inż. Jelowicki.

Wagen stehen auf Station Starogard.

ALBRECHT
Sucumin, pow. Starogard (Pomorze).

Gesangbücher

empfiehlt

A. Dittmann T. z o. p. **Bydgoszcz**
Marsz. Focha 6. Telefon 3061

Unsere Abonnements- und Anzeigen-Annahmestelle in Danzig
befindet sich jetzt
Kohlenmarkt 13
bei Frau H. Schmidt
Geschäftsstelle der Deutschen Rundschau

Heirat

Geschäftsmann im Vorort Danzigs, Mitte 50er, Witwer, mit kl. Grundstück **sucht** evgl. Dame, Witwe od. Fräulein, mit 8—10000 zł Vermögen, auch Besitzerstochter. — Angebote unter **W 12** an Filiale Dt. Rundschau **Danzig,** Kohlenmarkt 13.

Herr in gesicherter, gehobener Lebensstellung mit tadellosem Auftreten, Herzensbildung und Charakter, wünscht auf diesem Wege junge Dame bis 24 Jahren **zwecks Heirat** kennen zu lernen. Bedingung: Gut aussehend, erbgesund, kinderlieb, häuslich, kompl. Aussteuer u. etwas Vermögen, Diskretion. Angeb. m. Bild, das zurückgesandt wird, u. **H 15** a. Fil. Dt. Rdsch. **H. Schmidt, Danzig,** Kohlenmarkt 13.

Landwirtssohn, evgl., 25 J., dunkelblond, 8000 Zl. Barverm., wünscht

Einheirat

in Landwirtschaft von 60 Morg. aufw. Nur ernstgem. Zuschriften unter **M 1369** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Wirtschaftl. Mädel

aus achtbarer Familie, gute Erschein., musikal., mit Vermög., wünscht strebsam., soliden Geschäftsmann od. Angest. i. sicher. Position zwecks

Heirat

kennen zu lernen. Ernstgemeinte Bildofferten unter **R 1385** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Offene Stellen

Lediger, energ., tücht., landwirtschaftl.
Beamter
per sofort od. 1. Juni 39, desgleichen lediger
Stellmacher
mit eigen. Handwerkszeug gesucht. Offerten unter **T 3290** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Suche z. 15. 5. od. 1. 6. **geweckten Bauernsohn** mit Vorkenntn. als jg.
landw. Beamten
für mittl. Landwirtsch. Offert. m. Lebenslauf u. Gehaltsanspr. u. **O 3243** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Gesucht zum 1. 5. 1939 unverheirateter 3337
jüngerer Förster
der Feldschutz zu übernehm. hat, m. Waffenschein. Vertraut m. der Neuanl. von Kulturen, beider Landessprachen mächtig.
Gutsverwaltung Wery, p. Drzycim, pow. Swiecie, Pomorze

Schneidergesellen
stellt sofort ein 3321
J. Hoffmann, Tczew, Hallera 17, Wohng. 9.

Tüchtiger, jüngerer
Feilenhauer
auf Frowein-Maschin.
v. sofort gesucht
Angebote an
Gerhard Schag,
Feilenhauermeister
Ohra bei Danzig
Ostbahn 3. 3308

Suche von sofort jung.
Gärtner 3328
oder ausgel. Lehrling, der mit Bienen umzugehen versteht. Nur schriftliche Meldungen an Frau **v. Pflug,**
Bartoszewice,
Płużnica (Pom.)

Ein lediger, tüchtiger
Schweizer
für Danzig gesucht. Gefl. Offerten an **Adams Gärtnerei, Bydgoszcz,** Zmudzka 11. 1144

Zum frohen Dienen
in Krankenhäusern, Gemeindepflegen, Kindergärten, Altenheimen usw. sind ernst christlich gesinnte Mädchen von 18 bis 34 Jahren), die
Diakonisse
werden möchten, jederzeit willkommen im
Diakonissen-Mutter- und Krankenhaus
Danzig, Neugarten 2/6, Bedingung. anfordern.

Säuglingsschwester
zu 6 Wochen alten Jungen p. 15. Mai gesucht mit Zeugnissen und Lichtbild.
Frau M. Schulemann,
Borzeciczki,
pow. Krotoszyn.

Bürohilfe
(auch Anfänger.), mögl. m. Kenntn. i. Sten. u. Schreibmasch., p. sof. ges.
Gärtnerei 3316
Jul. Ross,
Grunwaldzka 2).

Evgl. Buchhalterin
Deutsch u. Polnisch in Wort und Schrift, mit Buchführung auf größ. Gut vollkommen vertr., sofort oder zum 1. Juni gesucht. Off. unt. **P 3257** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Wegen Verheiratung der jetzigen, 10 J. hier, suche zum 15. 6. eine tücht., arbeitsfreudige, evangelische 3302
Jungwirtin
f. größ. Gutshaushalt. Angeb. nebst Zeugniss. zu richten an
Frau Sperling,
Maj. Wostostwo,
Post Gniewkowo, pow. Inowrocław.

Erfahrenes, gesundes
Kindermädchen
für 4 Kinder (2—10 J.) zum sofortigen Antritt in Gutshaush. gesucht. Bewerbung. mit Lichtbild, Zeugnisabschrift. und Gehaltsansprüchen erbittet Frau Pfarrer **Th. Diestelkamp, Inowrocław,** Toruńska 7. 3299

Evangelisch., sauberes
Hausmädchen
mit Kochkenntnissen für Geschäftshaushalt ab 1. od. 15. 5. gesucht. 3261
M. Borchert, Książki,
Pomorze.

In Ost und West, in Süd und Nord
„TORNEDO" RAD
schlägt den Rekord!
Das leichtlaufende Qualitätsrad seit 1904
W. TORNOW
BYDGOSZCZ, Dworcowa 49

Suche zum 15. 5. 1939 oder später ehrliches
Stubenmädchen
evgl., mit Näh- und Plättkenntnissen; desgleichen einfache bescheidene **Stütze oder Köchin** für mittleren Gutshaushalt (Dauerstellung). Zeugnisse, Lohnansprüche u. Bild unter **B 3202** an die „Deutsche Rundschau."

Suche vom 1. 5. oder später für Landhaushalt zuverlässiges
Küchenmädchen
mit gut. Kochkenntniss. Offerten unter **U 3301** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Fleiß., ehrlich., evangl.
Mädchen
für alle Hausarbeit. v. sofort f. dauernd gesucht
Pomorska 55, Wohn. 3,
von 2—4 Uhr. 3068

Zum 1. Mai wird zur Führung eines mittleren frauenlos. Landhaushaltes ein
Mädchen für alles
gesucht. Offerten mit Bild sind zu richten unter **H 3214** an die Geschäftsst. dies. Zeitg.

Bilanzbuchhalter
(Landwirtssohn), der deutsch. u. poln. Spr. in Wort u. Schr. mächtig, **sucht Stellung** auf Gut per 1. 6. oder später. Angebote unt. **O 1376** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Rendant 32 Jahre alt, 17 Jahre Praxis in großen landwirtschaftl. Betrieben vertraut mit allen einschlägig. Arb., Uebersetzung, perfekt Polnisch und Deutsch, Schreibmaschine **sucht** gestützt auf gute Zeugnisse u. Empfehlung.
Vertrauensstellg.
wo Heirat möglich. Gefl. Zuschrift. u. **U 1342** a. d. Geschst. d. Ztg. erb.

Müllermeister
verheir., 24 J. alt, sucht
Dauerstellung.
Nehme auch Stelle als **Ober- oder erster Geselle** an. Zuschr. m. Gehaltsangabe unt. **„Mühle"** a. d. Geschst. d. Zeitg. 1368

Schofför
sucht zum 1. Mai oder später **Stellung.** Bin 26 Jahre, evgl., Landw.-Sohn, nicht Trinker. Zuschrift. unter **E 1356** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Schweizer-Melker
ledig, sucht 3326
sofort Stellung.
B. Cieplinski,
Bydgoszcz 11,
Pagórek 12.

Suche von bald oder später eine **Stelle** als
lediger Schäfer.
Habe gute Zeugnisse u. bin gut empfohlen. Off. unter **J 1318** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Erfahrene, selbständige
Wirtschafterin
28 J., m. langjähr., gut. Zeugniss., **sucht Stellung** in einem Gutshaushalt zum 1. 5. oder spät. Gefl. Angebote unter **G 1359** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Waise, 23 Jahre alt, evangel., **sucht** nach beendetem Lehrjahr **Stellung** als
Jungwirtin.
Glanzplätten, etwas Näh- und Handarbeitskenntnisse vorhanden. Frdl. Angb. m. Gehaltsang. unter **L 1321** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Suche z. 1. 5. evtl. früh.
Stellg. als Wirtin
i. Stadt- od. Landhaushalt. Zeugn. vorhand. Offerten unter **F 1245** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Haustochter, 19 jähr., evgl., deutsch u. polnisch sprech., **sucht Beschäftigung** in Wirtschaft und Gartenarbeiten. Offert. mit Bedingungen **Warszawa,** Wspólna 18—17, **Boy.** 3319

Stellengesuche

Suche von sofort oder später nach 1 jähr. Lehrzeit **Stellung**
als Eleve oder 2. Beamter.
Evgl., der deutschen und polnischen Sprache in Wort u. Schrift mächt. Offerten unter **F 1358** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Brennereiverwalter
sucht Stelle
verheir., 35 Jahre, 14 J. Praxis, gute Zeugnisse, kann auch in der Wirtschaft behilflich sein. Kenntnis in der elektr. Lichtanlage. Gefl. Angebote **A. Węgrzynowski Radostowo,** p. Subkowy powiat Tczew. 1357

Suche Stellung
vom 15. Mai
als erstes Stuben- od. Hausmädchen.
Schon als solches tätig gewesen. Zuschriften unter **D 3207** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Landwirtstocht., selbst.,
sucht Stellung
in besserem Haushalt. Zuschriften unt. **O 1325** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Junges Mädchen
m. Handelsschulkenntn. **sucht Anfangsstellung** im Büro. Zuschriften unter **C 1352** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Evangl. Mädchen aus anständig. Hause **sucht** v. sof. od. spät. **Stellung**
als Kochlehrling.
Größer. Gut bevorzugt. Offerten unter **W 1345** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Pfingsten W+F... Pfingsten Wieder Freude...

Kommen Sie nach Danzig und zu W+F

Wir sind dazu da, Sie gut und preiswert zu beraten, und wir tun es gern. Denn Ihre Freude an Ihrer neuen Pfingst-Kleidung ist dann auch unsere.

Pfingsten W+F... Pfingsten Wieder Freude...

Walter & Fleck

Das Modehaus im Herzen Danzigs Langgasse 62-66

An- und Verkäufe

Landwirtschaft Danziger Höhe
600 Morg. groß mit vollem Inventar, Brennereianteil 22000 Liter. Erforderliches Kapital ca. 50000 G. 3260

Pachtung Landwirtschaft 600 Morg.
Erford. Kapit. 30—35000 G zur Uebernahme des Invent. Kann auch in Polen gezahlt werden.

Kurhaus Bohnsack im Jahre 1932 neu erbaut, mit 12 Fremdenzimmern, Saal, Dampferanlegestelle, hart am Wald und Ostsee, wegen Erbausauseinandersetzung sehr günstig bei einer Anzahlung von 15—20000 G **zu verkaufen.** Für geeignete Fachleute **Goldgrube!** 3260

Kurhaus Kl. Plehnendorf wegen Auseinandersetzg. sofort zu verkaufen. Erforderliches Kapital 12—15000 G. Auch dieses ist ein **Gelegenheitskauf** für passende Bewerber. **Landgasthäuser** in verschiedenen Größen für gelernte Kaufleute gute Brotstellen.
Heinrich Penner, Neumünsterberg
Telefon Schöneberg a. W. 27.

Fette Schlachtpferde
zum Export kauft ständig **W. Preuß,** Bydgoszcz, Dworcowa 84, **Tel. 3355.** 2599

Restaurationseinrichtung
gebraucht, in gutem Zustande bestehend aus: **Schanktisch, 3 m lang mit zwei kompl. Bierausschankapparaten u. eingelassener Spülwanne ferner ein Büfett, 3-teil. 2,50 × 2,50 m, sow. and. Gebrauchsgegenstände** sofort preiswert **zu verkaufen.**
Charlotte Kolata, Nowy Tomyśl, Stary rynek 21

Haus in Bydgoszcz
zu kaufen gesucht. Anzahlung bis 6000 zł. Vermittler sind ausgeschlossen. — Offerten unter **D 1353** an die „Deutsche Rundschau".

Haus
in **Mrocza** mit 2 Wohn.,
1) 7 Zimmer, Küche, Nebengel. u. Gart.,
2) 4 Zimmer, Küche, Nebengelaß,
sofort zu verpacht. Gefl. Zuschriften unt. **W 3331** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Kaufe kleineres
Wohnhaus oder Bauplatz
i. Bydgoszcz od. Toruń. Offerten unter **B 3320** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Gut eingeführtes **Lebensmittelgeschäft**
in Bydgoszcz, Hauptstraße, für ca. 2500.- zł zu verkauf. Off. unt. **U 2188** an d. Gschst d. Z.

Ein sehr gut rentables
Grundstück 1365
zwangswirtschaftsfrei, in der besten Verkehrslage Zoppots
zu verkaufen.
Auszahlg. bar 40000.— Off. unt. **„Zoppot"** an die Deutsche Rundsch.

2 dt. Schäferhunde
scharf, Alter 3/4 bis 1½ Jahre, **zu kaufen gesucht.** Off. m. genauer Beschreibung u. Preisforderung u. **L 3231** a. d. „Deutsche Rundschau".

Wegen Agrarreform hat preiswert abzugeben aus eingetrag., alt. Klassenherde-Merino-Prekos, Zuchtleiter Witold v. Alkiewicz, Poznań: 3298
ca. 80 hochtragende Muttern
ca. 140 Muttern
ca. 35 Zutreter (2-jährig)
ca. 100 Mutterlämmer (1—1½-jährig)
u. ca. 250 diesjährige Winterlämmer.
Maj. Łukowo,
p. Oborniki.
Telef. Oborniki 44. 3260

26 Zutreter
Merino-Precoce, zur Zucht, und 3239
6 Jagdhundwelpen
Deutsch - Kurzhaar, Vater u. Mutter mehrfach präm., 7 Woch. alt, gibt ab
v. Fischer, Jarcewo,
Chojnice.

Eleg. Eßzimmer
mit Danziger Ecke (dkl. Eiche) **zu verkauf.**
Gutmann, Danzig,
Weißmönchenhintergasse 1—2, 1 Tr. 3334

Flügel, Fabr. Irmler, in sehr gutem Zustande, zu verkaufen. Anfrag. an Frau 3215 Oberinspektor **Fischer, Twierdzin,** p. Mogilno.

Pianino
gebr., zu kaufen gesucht. Offerten unter **H 1362** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Sofa, Sessel, Spiegel, Schreibtisch, Kleiderschrank
verkauft 1381
Krasińskiego 13.

Eßzimmer (Eiche **Schlafzimmer u. Küche** verk **Petersona** 4, W. 4. 1378

Autom. Billard
bill. zu verkauf. **Restauracja,** Toruńska 10. 310

D. K. W.
300 ccm, erste Bereifg., Preis 550 Zł.;
Klavier
Preis 350 Zł., zu verkaufen. Off. u. **B 1351** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Gold und Silber
sowie **Silbergeld**
kauft **B. Grawunder**
Dworcowa 57. Tel. 1698
2601

Gelegenheitskauf!
Contax-Fotoapparat
Zeiß-Ikon, Objektiv 1,2, wenig gebraucht, preiswert **zu verkaufen.** Anfragen unter **S 3277** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Brotwagen,
Fleischerwagen
mit Gummirädern,
Auto Ford 1091
zu verk. **Kujawska 5.**

2 Motorräder
mit u. ohne Beiwagen sof. billig zu verk. 1371
Młyn Trzeciewiec,
pow. Bydgoszcz.

Adler-Pers.-Wag.
8-Cylinder, 6-Sitzer, in gutem Zustande, als Taxe geeignet, sehr preiswert zu verkaufen **„Lukullus" — Bydgoszcz Poznańska 16, Tel. 1670/4**

Austro-Daimler
6-Sitzer-Limousine, in tadellosem Zustande, billigst abzugeben. 3133
Benzke & Duday,
Grudziądz,
Br. Pierackiego 61/63.

Personen-Auto
„Renauld", 4 Zylind., Jahrgang 1938, 4 türig, für 5 Personen, zu verk.
Seifert, 1379
ulica Gdańska 28.

Suchen zu kaufen liegd.
Dampfkessel und Maschine
neuere Anlage, einwandfreie Papiere, 45 PS. stark, zum Antrieb eines Sägewerks. Angebote an 3264
Forstverw. Sypniewo,
k. Więcbork.

Feldbahnschienen
gebraucht, gut erh., ca. 1000 lfdm., 80 bis 100 mm hoch, zu kauf. gesucht. 3223
A. Medzeg,
Toruń.

Wohnungen

Schöne, sonnige
3-Zim.-Wohnung
(1. Etage)
m. gr. Balk., Bad u. Mädchenstube v. 1. 6. z. verm. Off. u. **S 1334** a. d. G. d. Z.

2—3-Zimm.-Wohn.
von 2 ält. Damen ges. Offerten unter **J 1363** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

2—3-Zimm.-Wohn.
von ält. Ehep. gesucht. Miete im voraus, bezw. gewähre Darlehn. Off. unter **M 3238** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Sonnige 2-Zimmer-Wohnung zum 1. od. 15. Mai gesucht. Miete voraus. Off. u. **S 1281** an d. Geschst. d. Bl.

Zwei ält. Leute suchen
1 Zimmer u. Küche
in ruh. Hause. Pünktl. Zahler, ein Jahr im voraus. Off. unt. **G 1248** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Möbl. Zimmer

2 gut möbl. Zimm.
Herr.- u. Schlafz., z. vrm.
Kościuszki 18, Wg. 3. 1374

Möbl. Zimmer
Chrobrego 23, W. 7.

Fräulein findet nette **Schlafstelle,** Balkon, Radio mon. 15 Zł. Off. u. **N 1375** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Pachtungen

Berufslandwirt
mit 25- bis 30000 Złoty
sucht ein Gut
zu pachten. Offerten unter **L 1367** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Verpachte Wiese.
Meyer, Prądki, poczta Ciele. 13366

Lagerräume
zu vermieten.
Spedit. Wodtke
Bydgoszcz, Gdańska 76.
Tel. 3015. 3274

Freitag vormittag um 11 Uhr, verschied plötzlich nach schwerem Leiden mein lieber guter Mann, mein liebes gutes Vätichen, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel der Besitzer

Paul Janke

im Alter von 40 Jahren.

Im tiefsten Schmerz

Else Janke geb. Radtke
und Töchterchen Hilma - Winnfriede

Trzemiętówko, den 29. April 1939.

Die Todesstunde schlug zu früh,
Doch Gott, der Herr, bestimmte sie.

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 2. Mai, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt. 1383

„Miele“ - „Motorräder“ mit Starter und Ballonbereifung
„Nähmaschinen“ Seidel Naumann Pfaff u. andere Marken
„Fahrräder“ „Orig. Tornedo“, „Rekord“, „Diamant“
Reparatur-Werkstatt, Julius Reeck
Bydgoszcz, Dworcowa 17, Telefon 3559.

Hartmann, Oborniki

Gartenbaubetrieb u. Samenhandlung
offeriert: **Feld-, Gemüse- und Blumen-Samen sowie Baumschulenartikel.** 1239
Illustrierte Preisliste auf Wunsch.

Ersatzteile

Mercedes-Benz - Citroën - Chevrolet
Opel - Buick - und sämtliche anderen Marken
sowie Bedienungs-Station

BRZESKIAUTO S. A. – BYDGOSZCZ

Dworcowa 51, Telefon 28-40 3275

Reisen? Ja!

Aber nicht ohne **Füllhalter**
von **A. Dittmann** T. z o. p.
Tel. 3061 Bydgoszcz, Marsz. Focha 6.

Dr. Prodoehl

Zahnarzt
Danzig
verzogen
nach
Reitbahn 2, II.

Möbel

aus bester Fabrikation, deren Qualität seit Jahrzehnten erwiesen, empfiehlt in größter Auswahl ab Lager
Dworcowa 21
Warmińskiego 19 Tel. 1921
das Einrichtungshaus
Ign. D. Grajnert
bei reeller und fachgemäßer Bedienung 2893

Getreidemäher „Deering“

Grasmäher „Deering“
neueste Modelle, Getriebe im Oelbad, 3309
Bindemäher „Deering“
Pferderechen,
Gabelheuwender
Schwadenwender

sämtliche Ersatzteile zu Mähmaschinen.

Gebrüder Ramme

Bydgoszcz, ul. Grunwaldzka 24.

Unser Speicher

befindet sich jetzt
Ks. Czartoryskiego 4/6
vis à vis Maschinenfabrik Eberhardt.
Wir empfehlen sämtliche 3305
Futtermittel zu billigst. Tagespreisen
(Schrot, Kleie und Oelkuchen).
Eigene Schrotmühle.
Moderne elektrische Kleereinigung.
Samengroßhandlung
WIEFEL & Co.
Długa 42 Bydgoszcz Tel. 3820
Speicher-Telefon 3819.

Markisen-Stoffe

Liegestuhl-Gartenschirm-**Stoffe**
Moderne Möbelbezüge
E. Dietrich
BYDGOSZCZ
GDAŃSKA 78 - TEL. 3782

Umzüge

auch Sammelladungen nach u. von Deutschland. – **Autotransporte in Polen u. nach Deutschland. – Möbellagerung in Einzelkabinen.** – An- und Abrollspedition – übernimmt
W. Wodtke, Gdańska 76. Tel. 3015. 2777

Schreib- und Rechenmaschinen
neu u. gebraucht, unter Garantie. **Ersatzteile, Büromöbel, Bürogeräte**
Skóra i Ska., Poznań,
Al. Marcinkowskiego 23
7771

Für den Herrn
jetzt ein 2836
neuer Hut.

M. Zweiniger Nachf.,
Inh. **Felix Sauer**
Bydgoszcz, Gdańska 1
bietet Ihnen größte Auswahl.

Wir stellen auf der
diesjährig. Posener Messe

vom 30. April bis zum 7. Mai
folgendes aus:

1 Raupenschlepper „Caterpillar“
65 PS. für Holzgasbetrieb
1 Raupenschlepper „Cletrac“
40 PS. für Holzgasbetrieb
1 Radschlepper „Deering“
30 PS. für Holzgasbetrieb
1 stationären Motor
12 PS. für Holzgasbetrieb.

Interessenten werden hiermit gebeten, sich selbst von der Leistungsfähigkeit der mit
Imbert-Holzgas-Generatoren
ausgerüsteten **Antriebs- u. Zugmaschinen** zu überzeugen.
Wir erwarten Sie bestimmt auf **unserm Stand Nr. 52.** 3192
HAWEKA Sp. z o. odp., **Toruń.**

Merino-Fleischwollschaf

Stammschäferei DOBRZYNIEWO

Alle Auktionsböcke sind von der P. I. R., Toruń gekört.

Auf allen Ausstellungen höchste Auszeichnungen, wie goldene Medaille für Wolle.

Bock-Auktion

3232
am Sonnabend, 13. Mai 1939 um 13 Uhr in Dobrzyniewo.
Gleichzeitiger Verkauf von Jungebern u. Bullen (v. imp. Ostfriesen)
E. Kujath-Dobbertin in Dobrzyniewo, p. Wyrzysk.
Station Osiek n. Not. (Bydgoszcz–Nakło) Telefon Wyrzysk 141
Zuchtleiter: Insp. **Witold Alkiewicz**, Poznań, Jasna 16, Tel. 68-69.
Auf Wunsch Wagen z. all. Zügen i. Osiek n. Not., Nakło u. Chodzież.
Autobusl.: Bydg.-Łobżenica, Bydg.-Wyrzysk, Poznań-Wyrzysk.

Hebamme
erteilt guten Rat und Hilfe. Distret. zugesich.
Danek, Dworcowa 66.

Tapeten Farben
E. Kerber, Gdańska 66
Telefon 36-25. 2823

Kurzwaren
Stickgarne, Strümpfe und Trikotagen, sowie Wäsche-, Oberhemden- u. Schürzen-Stoffe empfiehlt
Emma Mutke
ul. Sienkiewicza 45.
3263 Telefon 1800.

Poltermöbel, Kutsch- und Arbeitsgeschirre, Galanteriewaren, Sportartikel. Eigene Anfertigung. Verkaufe billig. **Waclawski,** Wełniany Rynek 1, Bydgoszcz.

Besohl-Anstalt
Hetmańska 8. 1344
Damens. u. Abs. 1,90-2,30
Herrens. u. Abs. 2,90-3,40
Allerbestes Material.

Bielitzer Stoffe
für Damen und Herren, Frühjahrs- u. Sommerneuheiten. Angestellte, Kameraden günstige Teilzahlung. 875
G. Wichmann,
Bydgoszcz, Pomorska 29

REKORD
Jedem Weg angepasst
IST DAS FAHRRAD
ORIGINAL-REKORD
ÜBERAUS HALTBAR
ÜBER 100.000 IM GEBRAUCH
Erhältlich in Fachgeschäften

Sämtliche 324
NOTEN

soweit nicht am Lager
besorgt auf schnellstem Wege
W. Johne's Buchhandlung
Bydgoszcz, ul. Gdańska 28.

Wer erteilt
dtsch. Konversat.?
Off. m. Beding. u. P 1377 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Herren- u. Hauswäsche
nehme an zum Waschen und Plätten, Gardinen zum Spannen. Gehe plätten ins Haus. 1382
E. Winkler,
Warszawska 5, W. 8.

Sämtliche 3244
Malerarbeiten
auch außerhalb Toruń führt **erstklassig** und **prompt** aus
Malermeister
Franz Schiller,
Toruń, Wielk. Garbary 12

Wanzen, Motten, Russen samt Brut
kann man für immer vertilgen durch Vergasung mittels **Sulfeder Kerzen.** In allen Drogerien zu haben. Auskünfte, Anleitung und Großverkauf **Sanater, Bydgoszcz,** Stroma 4. Telefon 2032. 137

Altbekannte Stammschäferei Bąkowo (Bankau) schweres
Merino-Fleisch-Schaf (merino precose mięsno wełnisty) Gegründet 1862.
Anerkannt durch die Pom. Izba Rolnicza. Landesausstellung Poznań 1929 große goldene Medaille und große silberne Staatsmedaille.
Sonnabend, d. 20. Mai 1939 mittags 1½ Uhr
Auktion

über ca. 30 sprungfähige, ungehörnte, sehr frühreife, bestgeformte und wollreiche, schwere Merino-Fleischschafböcke, mit langer, edler Wolle zu zeitgemäßen Preisen. Zuchtleiter: Herr Schäfereidirektor von Alkiewicz, Poznań, ulica Jasna 16. 3267
Bei Anmeldungen Wagen bereit Warlubie oder Grupa.
F. GERLICH, Bąkowo, Kr. Swiecie. Post u. Telefon Warlubie 31.

Bücherei d. Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft

Bydgoszcz, Gdańska 20, Tel. 1034

Ausleihezeit für Erwachsene tägl. von 11 – 13 Uhr. Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend von 17 – 19 Uhr.
Ausleihezeit für Jugendliche: Montag u. Donnerstag v. 16–18 Uhr.
Ausleihezeit für auswärtige Leser: tägl. von 8–13 Uhr und von 17 – 19 Uhr. Versand auch nach auswärts.
Der Lesesaal ist täglich von 10 – 13 Uhr und Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend von 17–19 Uhr geöffnet.
Die Leihgebühren sind so niedrig, daß jeder die Bücherei benutzen kann.

Nun ist es wieder soweit...

daß Sie eine neue 3101
Tapete

brauchen, die Ihr Heim behaglicher macht.
Diese finden Sie in größter Auswahl bei
Fa. O. Klann, Inh. Freter
Dworcowa 15. Tel. 3828.

---

10 Stammrosen
in verschieden. Sorten (von 1.– bis 1.50 m) 15.– zł, **10 Stammrosen** (2. Qualität) in verschiedenen Sorten von 1.00–1.40 m = 10 zł, **Nil- und Trauerstämme in jeder Höhe.** Preise auf Anfrage. –
Willy Busch, Rosenschule, Niałek Wielki, powiat Wolsztyn. 2909

Waschen u. Plätten
sowie **Gardinen zum Spannen** nehme an. Garantie saub. Arbeit und billig. 809
Plätterei „Astra“,
Parkowa 2, neb. Hot. Adler

Grundstücks-Vermittler
gesucht. Off. unt. 4958 an Annoncen-Exped. **Wallis, Toruń.** 3292

Frl. bittet edle Herrsch.
um alte Möbel
für Zimmer und Küche. Baldigste Angebote unter H 1316 an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Für den Geschäftsmann unserer Zeit
Ist Werben Selbstverständlichkeit!
Am besten ist ein Inserat,
Das immer seine Wirkung hat!

Dressur
von **Hunden** übernimmt Fachmann. Garantiert prima Ausbildung. Angeb. unter „Tresura“, Toruń 3, poste restante. 13 8

Mitgliederversammlung des Evgl. Vereins für Landmission in Polen
am Mittwoch, dem 10. Mai, vorm. 11.30 Uhr im Evangelischen Vereinshaus, Poznań, Aleje Marszałka Piłsudskiego 19.

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Voranschlag für 1939/40.
4. Verschiedenes.

W. Birschel, Vorsitzender.

Treibriemen
gebrauchte, z. Wiederbenutzung, verkauft
2103 Długa 8/5.

Ein Klang von vollendeter Reinheit, das ist der Klang unserer längsterprobten Klaviere u. Flügel, ein Klang, der Lehrer und Schüler in gleicher Weise begeistert.
B. SOMMERFELD
Sp. z o. o. 2840
BYDGOSZCZ, Śniadeckich 2.
Größte Klavier- u. Flügelfabrik in Polen
Niedrige Preise! Günst. Zahlungsbedingung.
Wir stellen auf d. **Posener Messe in Halle 7** aus, u. bitten unseren Stand zu besichtig.

Kiefern-Sägespäne
Frühbeet-Fenster
gibt ab 3897
Sägewerk
Fordońska 48
Tel. 3099

Deutsche Bühne

Bydgoszcz, T. z.
Sonntag, 30. April 39, abends 8 Uhr,
Abschieds-Vorstellung
für **Anita Mey**
zum letzten Male!

Ein ganzer Kerl.

Komödie in 5 Akten von Fritz Peter Buch.
Eintrittskarten wie üblich.
Vorbestellte Karten werden nur bis 7.30 Uhr zurückgehalten. Blockkarten eintauschen.
Schluß der Spielzeit 1938/39
Mittwoch, 3. Mai
3288 Die Bühnenleitung.

Die heutige Nummer umfaßt 20 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“. Hierzu: „Illustrierte Weltschau“ Nr. 18.

Zakład graficzny i miejsce odbicia, wydawca i miejsce wydania: Drukarnia A. Dittmanna T. z o. p., Bydgoszcz, Dworcowa 13.
Naczelny redaktor: Gotthold Starke. Odpowiedzialni redaktorzy: Za politykę: Johannes Kruse, za dział gospodarczy: Arno Ströse, za kronikę lokalną, prowincjalną jakoteż za cały inny dział niepolityczny: Marian Hepke, za ogłoszenia i reklamy: Edmund Przygodzki, wszyscy w Bydgoszczy.
Zarządzający zakładem graficznym: Hermann Dittmann, Bydgoszcz.

Von der ganzen Welt mit Spannung erwartet!

Adolf Hitlers große außenpolitische Rede

am 28. April 1939 vor dem großdeutschen Reichstag in Berlin.

Berlin, 28. April. (DNB) Die große Rede des Führers im Reichstag hat folgenden Wortlaut:

Abgeordnete, Männer des Reichstages!

Der Präsident der Nordamerikanischen Union hat an mich ein Telegramm gerichtet, dessen eigenartiger Inhalt Ihnen bekannt ist. Da, ehe ich als Empfänger dieses Dokument zu sehen bekam, die andere Welt durch Rundfunk und Presse davon bereits Kenntnis erhalten hatte, und wir außerdem aus zahllosen Kommentaren demokratischer Weltorgane die freundliche Aufklärung erhalten hatten, daß es sich bei diesem Telegramm um ein sehr geschicktes taktisches Papier handle, das bestimmt sei, den volksregierten Staaten die Verantwortung für die kriegerischen Maßnahmen der Plutokratien aufzubürden, habe ich mich entschlossen, den Deutschen Reichstag einberufen zu lassen, um damit Ihnen, meine Abgeordneten des Reichstages, die Möglichkeit zu geben, als die gewählten Vertreter der deutschen Nation, meine Antwort zu allererst kennenzulernen und sie entweder zu bestätigen oder abzulehnen.

Darüber hinaus aber hielt ich es für zweckmäßig, dem von Herrn Präsidenten Roosevelt eingeschlagenen Verfahren treu zu bleiben und von meiner Seite aus und mit unseren Mitteln der übrigen Welt Kenntnis von meiner Antwort zu geben.

Ich will diese Gelegenheit aber auch wahrnehmen, um den Empfindungen Ausdruck zu verleihen, die mich angesichts der gewaltigen geschichtlichen Geschehnisse des Monats März d. J. bewegen. Meine tiefsten Gefühle kann ich nur in der Form eines

demütigen Dankes der Vorsehung gegenüber

abstatten, die mich berufen hat, und die es mir gelingen ließ, als einziger Unbekannter Soldat des Krieges zum Führer meines heißgeliebten Volkes emporzusteigen. Sie hat mich die Wege finden lassen, um ohne Blutvergießen unser Volk aus seinem tiefsten Elend frei zu machen und wieder aufwärts zu führen. Sie hat es gestattet, die einzige Aufgabe meines Lebens zu erfüllen: mein deutsches Volk aus seiner Niederlage zu erheben und es aus den Fesseln des schandvollsten Diktates aller Zeiten zu lösen.

Denn dies war das alleinige Ziel meines Handelns. Ich habe seit dem Tag, da ich mich dem politischen Leben zuwandte, keinem anderen Gedanken gelebt, als dem der

Wiederringung der Freiheit der deutschen Nation

der Aufrichtung der Kraft und Stärke unseres Reiches, der Überwindung der Zersplitterung unseres Volkes im Innern, der Beseitigung der Trennung nach außen und seiner Sicherung in bezug auf die Erhaltung seines wirtschaftlich und politisch unabhängigen Lebens.

Ich habe nur wiederherstellen wollen, was andere einst mit Gewalt zerbrochen hatten, wollte nur wieder gutmachen, was satanische Bosheit oder menschliche Unvernunft zerstörten oder verdarben. Ich habe daher auch keinen Strich vollzogen, der fremde Rechte verletzte, sondern nur das vor 20 Jahren verletzte Recht wiederhergestellt. Im Rahmen des heutigen Großdeutschen Reiches befindet sich kein Gebiet, das nicht seit ältesten Zeiten zu ihm gehört hat, mit ihm verbunden war oder seiner Souveränität unterstand.

Längst ehe ein amerikanischer Kontinent von Weißen entdeckt oder gar besiedelt wurde, hat dieses Reich bestanden,

nicht nur in seiner heutigen Größe, sondern um viele, seitdem verlorene Gebiete und Provinzen darüber hinaus.

Die Welt wurde um den Frieden betrogen!

Als vor 21 Jahren der blutige Krieg sein Ende fand, brannte in Millionen von Gehirnen die heiße Hoffnung, daß ein Friede der **Vernunft und der Gerechtigkeit** die von der furchtbaren Geißel des Weltkrieges heimgesuchten Völker belohnen und beglücken würde. Ich sage „belohnen"; denn alle diese Menschen hatten ihrerseits, ganz gleich wie auch die Feststellungen der Historiker lauten mögen, keine Schuld an diesem furchtbaren Geschehen. Und wenn es auch in einigen Ländern heute noch Politiker gibt, die schon damals verantwortlich genannt werden konnten für dieses grausamste Gemetzel aller Zeiten, dann war die große Masse der kämpfenden Soldaten aller Länder und Völker höchstens zu bemitleiden, auf keinen Fall aber schuldig. Ich selbst — wie Sie wissen — war ein vor dem Kriege politisch nie hervorgetretener Mann, der deshalb nur wie Millionen andere als anständiger Bürger und Soldat die ihm zukommende Pflicht erfüllte. Ich konnte daher in und nach dem Kriege mit reinstem Gewissen für die Freiheit und die Zukunft meines Volkes eintreten. Ich kann daher aber auch im Namen der Millionen und Abermillionen ebenso Unschuldigen sprechen, wenn ich erkläre, daß sie alle, die nur in treuester Pflichterfüllung für ihre Völker gekämpft hatten, ein Anrecht besaßen auf einen Frieden der Vernunft und der Gerechtigkeit, so daß man in gemeinsamer Arbeit endlich wieder an die Heilung der gemeinsamen Schäden herantreten konnte.

Um diesen Frieden aber wurden diese Millionen damals betrogen!

Denn nicht nur die Deutschen oder die anderen auf unserer Seite kämpfenden Völker sind durch die Friedensverträge geschlagen worden, nein, ihre Wirkung war eine vernichtende auch für die Sieger! Damals zeigte sich zum ersten Male das Unglück, daß Männer die Politik bestimmten, die im Kriege nicht gekämpft hatten; denn die Soldaten kannten keinen Haß, wohl aber jene alten Politiker, die ihr eigenes kostbares Leben sorgfältig vor der Schrecknis des Krieges verschont hatten, aber nunmehr als wahnsinnig gewordene Rachegeister über die Menschheit herfielen. Haß, Bosheit und Unvernunft waren die intellektuellen Urheber des Versailler Diktates. Tausendjährige Lebensräume und Staaten wurden willkürlich zerschlagen und aufgelöst, seit ewigen Zeiten zueinander gehörige Menschen voneinander gerissen, wirtschaftliche Lebensvoraussetzungen mißachtet, die Völker selbst aber als Sieger und Besiegte in alleinberechtigte Herren und rechtlose Knechte verwandelt. Dieses Dokument von Versailles ist zum Glück einer späteren Menschheit schwarz auf weiß niedergelegt. Denn ohne dem würde man es später nur für die sagenhafte Ausgeburt einer wüsten, verdorbenen Phantasie halten.

Nahezu 115 Millionen Menschen wurden nicht von den siegreichen Soldaten, sondern von wahnsinnigen Politikern in ihrem Selbstbestimmungsrecht vergewaltigt, willkürlich aus alten Gemeinschaften gelöst und zu neuen Gemeinschaften zusammengeschlossen ohne Rücksicht auf Blut, auf ihr Herkommen, auf die Vernunft und auf alle wirtschaftlichen Lebensbedingungen.

Die Folgen waren entsetzlich!

Denn was die Staatsmänner damals zu zerstören vermochten, eine Tatsache konnten sie nicht beseitigen: Diese gigantische, in Mitteleuropa lebende Menschenmasse, die auf beengtem Raum zusammengedrängt überhaupt nur in höchster Intensität der Arbeit und damit der Ordnung sich das tägliche Brot sicherstellen kann. Was haben aber die Staatsmänner der sogenannten demokratischen Imperien von diesen Problemen gewußt? Eine Schar dümmster Ignoranzen, die auf die Menschheit losgelassen wurde, die in Lebensräumen, in denen fast 140 Menschen auf den Quadratkilometer ihr Auskommen finden müssen, eine fast 2000 Jahren geschichtlicher Entwicklung gebührende Ordnung einfach zerrissen und in eine Unordnung verwandelten, ohne dabei aber die Probleme selbst lösen zu können oder auch nur lösen zu wollen, die dem Zusammenleben dieser Menschen nun einmal gestellt sind, und für die sie damals als Diktatoren der neuen Weltordnung die Verantwortung übernommen hatten.

Allerdings, als diese Weltordnung sich in ihren Folgen später als eine katastrophale herausstellte, da waren die demokratischen Friedensdiktatoren amerikanischer und europäischer Herkunft so feige, daß keiner die Verantwortung für das Geschehene zu übernehmen wagte. Einer schob die Schuld auf den anderen und versuchte sich damit selbst vor dem Urteil der Geschichte zu retten. Die von ihrem Haß und ihrer Unvernunft aber mißhandelten Menschen waren leider nicht in der Lage, sich dieser Rettung ihrer Verderber anschließen zu können.

Die Stationen des Leides unseres eigenen Volkes aufzuzählen, ist unmöglich.

Um seinen ganzen kolonialen Besitz beraubt, an allen Barmitteln ausgeplündert und damit verarmt, mit sogenannten „Reparationen" erpreßt, stürzte unser Volk in die düsterste Zeit seines nationalen Unglücks. Und wohlgemerkt, das war nicht das nationalsozialistische Deutschland, sondern das demokratische Deutschland. Jenes Deutschland, das einen Augenblick schwach genug gewesen war, den Versprechungen demokratischer Staatsmänner zu trauen!

Das daraus entstehende Elend, die andauernde Not begann unser Volk politisch der Verzweiflung auszuliefern. Die anständigsten und fleißigsten Menschen Mitteleuropas glaubten, in der rechtlosen Zerstörung der scheinbar gewordenen Ordnung die Möglichkeit einer Erlösung zu sehen. Jüdische Parasiten plünderten die Nation auf der einen Seite unbarmherzig aus und verhetzten auf der anderen die verelendeten Massen. Indem für diese Rasse das Unglück unseres Volkes zum Selbstzweck wurde, gelang es dann in dem entstehenden Heer der Erwerbslosen für die bolschewistische Revolution die geeigneten Elemente zu züchten. Der Zerfall der politischen Ordnung, die Verwirrung der öffentlichen Meinung durch eine unverantwortliche jüdische Presse führte zu immer stärkeren Erschütterungen des wirtschaftlichen Lebens und damit zur steigenden Not und zu einer erhöhten Empfangsbereitschaft bolschewistischer Umsturzgedanken. Die Armee der jüdischen Weltrevolution, wie man das Arbeitslosen-Heer bezeichnete, stieg endlich auf fast 7 Millionen. Deutschland hatte diese Zustände früher nie gekannt. Im Lebensraum des großen deutschen Volkes und des zu ihm gehörenden alten Habsburgischen Staates war bei aller Schwere des Lebenskampfes, bedingt durch die Übersiedelung des Bodens, die Sicherheit des wirtschaftlichen Lebens im Laufe der Zeiten nicht geringer, sondern im Gegenteil, immer größer geworden. Fleiß und Arbeitsamkeit, ein ausgeprägter Sparsinn, sowie die Liebe zu einer gewissenhaften Ordnung haben den Menschen in diesem Lebensraum wohl keine übergroßen Reichtümer zu schenken vermocht, sie aber dafür auch vor verbitternder Verelendung bewahrt.

Um so entsetzlicher empfanden aber alle diese nunmehr in Versailles Verdammten die Folgen des ihnen von den demokratischen Diktatoren aufgezwungenen Friedens. Wir kennen heute die Gründe für diesen furchtbaren Ausklang des Weltkrieges. Erstens war es die Gier nach Beute. Was im einzelnen menschlichen Leben schon selten von Nutzen ist, glaubte man, in millionenfacher Vergrößerung der Menschheit als nützliches Experiment vorexerzieren zu können. Man plündere große Völker aus, expresse ihnen ab, was erpreßt werden kann, und man wird dann sein eigenes Leben unbesorgt feiern können. Das war die Meinung dieser wirtschaftlichen Dilettanten. Zu diesem Zweck mußten aber auch

1. **die Staaten selbst zerrissen werden. Man mußte Deutschland seinen kolonialen Besitz rauben, obwohl dieser für die Weltdemokratien gänzlich wertlos war. Man mußte in die wichtigsten Rohstoffgebiete einbrechen und sie — wenn nötig — dem eigenen Einfluß unterstellen, und vor allem,**
2. **man mußte verhindern, daß sich die unglücklichen Opfer dieser demokratischen Völker- und Menschenmißhandlung jemals würden wieder erholen oder gar erheben können.**

So hat man den teuflischen Plan entwickelt, Generationen mit dem Blut dieser Diktate zu beladen. 60, 70 oder 100 Jahre lang sollte Deutschland Beträge zahlen, deren praktisches Aufbringen vollkommen schleierhaft bleiben mußte. Die Realisierung solcher gigantischen Beträge war weder gold- oder devisenmäßig, noch auf dem Wege laufender Produktionsabgaben denkbar, ohne daß nicht auch die verblendeten Tributeinnehmer daran zugrunde gehen mußten. Tatsächlich haben diese demokratischen Friedens-Diktatoren mit ihrem Versailler Wahnsinn die Weltwirtschaft gründlich zerstört. Ihre geistlose Zerreißung von Völkern und Staaten führte zur Vernichtung der im Laufe langer Jahrhunderte eingespielten wirtschaftlichen Produktions- und Handelsgemeinschaften, damit zum Zwang aus Selbständigkeitsbestrebungen und damit wieder zur Vernichtung bisheriger allgemeiner Weltwirtschafts-Bedingungen.

Als ich mich vor 20 Jahren als siebentes Mitglied der damaligen Deutschen Arbeiter-Partei in München in das Buch des politischen Lebens eintrug, sah ich um mich die Erscheinungen dieses Verfalls überall wirksam werden. Zunächst — wie schon betont — die daraus resultierende vollständige Verzweiflung der Masse, das Verschwinden jeglichen Vertrauens in die menschliche Vernunft oder gar Gerechtigkeit bei den Gebildeten, ebenso aber das brutale Hervortreten der Selbstsucht aller egoistisch veranlagten Kreaturen.

Inwieweit es mir nun möglich wurde, im Laufe von nunmehr 20 Jahren aus diesem chaotischen Verfall wieder eine Nation zu formen, und eine neue Ordnung herzustellen, gehört schon jetzt der deutschen Geschichte an.

Was ich heute vor Ihnen als Einleitung aber klarstellen will, ist vor allem die Zielsetzung meiner politischen Absichten nach außen und ihre Verwirklichung.

Die Zerreißung des deutschen Volkes und Lebensraumes.

Zu den schandbarsten Vergewaltigungen des Versailler Diktates gehört für alle Zeiten die Zerreißung der deutschen Nation, sowie die politische Auflösung des Lebensraumes, in den sie nun einmal seit Jahrtausenden gestellt ist.

Ich habe, meine Abgeordneten, Männer des Reichstages, niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß es an sich in Europa nicht möglich ist, jemals eine allseitig befriedigende Übereinstimmung staatlicher und volklicher Grenzen zu finden. Die im Laufe der letzten Jahrhunderte allmählich zum Stillstand gekommene volkliche Wanderung einerseits und die Bildung großer Gemeindewesen andererseits schuf auf diesem Gebiet einen Zustand, der nach der einen oder anderen Seite hin von dem Betroffenen fast stets als unbefriedigend empfunden werden wird. Allein gerade die Art des allmählichen Ausklingens dieser volklichen und staatlichen Formungen ließ im vergangenen Jahrhundert für viele die Hoffnung als berechtigt erscheinen, daß am Ende zwischen der Respektierung des nationalen Eigenlebens der europäischen Völker und der Anerkennung gewordener staatlicher Gebilde ein Kompromiß gefunden werden würde, der ohne Zerstörung der staatlichen Ordnung in Europa und damit der nun einmal in ihr gegebenen wirtschaftlichen Grundlagen trotzdem die Erhaltung der Einheit ermöglichen würde.

Diese Hoffnungen hat der Weltkrieg beseitigt. Durch das Versailler Friedensdiktat ist weder dem einen noch dem anderen Prinzip Genüge getan worden. **Es wurde weder das Selbstbestimmungsrecht der Völker beachtet, noch wurden die staatlichen oder gar wirtschaftlichen Notwendigkeiten oder Bedingungen der europäischen Entwicklung in Rechnung gestellt.** Trotzdem aber habe ich nie darüber einen Zweifel gelassen, daß — wie schon betont — eine Revision des Versailler Vertrages irgendwo ihre Grenze finden würde. Und ich habe dies in freimütiger Weise auch immer offen ausgesprochen; und zwar nicht aus taktischen Gründen, sondern aus tiefinnerster Überzeugung.

Ich habe als nationaler Führer des deutschen Volkes keinen Zweifel darüber gelassen, daß es mir mit dieser Auffassung ernst ist. Ich habe aus diesem Grunde für **eine ganze Anzahl von strittigen Gebieten endgültige Entscheidungen getroffen** und sie nicht nur nach außen, sondern auch nach innen bekanntgegeben und ihre Respektierung durchgesetzt.

Das Problem Elsaß-Lothringen.

Ich habe nicht, wie Frankreich im Jahre 1870/71 es tat, die Abtretung Elsaß-Lothringens als für die Zukunft untragbar bezeichnet, sondern ich habe hier einen Unterschied gemacht zwischen dem Saargebiet und den beiden einstigen Reichsländern. Und in dieser meiner Einstellung ist weder eine Revision erfolgt, noch wird eine Revision erfolgen. Und ich habe diese Einstellung im Innern weder publizistisch noch sonst irgendwie ein einziges Mal durchbrechen oder in Frage stellen lassen. Die Rückkehr des Saargebietes hatte sämtliche territorialen Probleme zwischen Frankreich und Deutschland in Europa aus der Welt geschafft.

Ich habe es allerdings immer als bedauerlich empfunden, daß die französischen Staatsmänner diese Haltung als etwas Selbstverständliches betrachteten.

So liegen diese Dinge nicht!

Ich habe diese Einstellung nicht etwa gepredigt aus Angst vor Frankreich. Ich sehe als einstiger Soldat keinerlei Veranlassung für eine solche Angst. Außerdem habe ich ja in bezug auf das Saargebiet keinen Zweifel gelassen, daß die Nichtrückgabe dieses Gebietes an Deutschland von uns nicht hingenommen werden würde. Nein, ich habe diese Einstellung Frankreich gegenüber getätigt, als den Ausdruck einer Einsicht in die Notwendigkeit, in Europa irgendwie zum Frieden zu kommen, und nicht durch die Offenhaltung unbegrenzter Forderungen und ewiger Revisionen den Keim für eine fortdauernde Unsicherheit oder gar Spannung zu legen. Wenn diese Spannung nun trotzdem entstanden ist, dann ist dafür nicht Deutschland verantwortlich, sondern es sind jene internationalen Elemente, die diese Spannung planmäßig herbeiführen, um ihren kapitalistischen Interessen dienen zu können. Denn ich habe

einer ganzen Reihe von Staaten bindende Erklärungen

abgegeben. Keiner der Staaten kann sich beklagen, daß auch nur einmal die Andeutung einer Forderung Deutschlands an ihn gerichtet worden wäre, die zu dem im Gegensatz stände. Keiner der nordischen Staatsmänner z. B. kann behaupten, daß ihm von seiten der Deutschen Reichsregierung oder von seiten der deutschen öffentlichen Meinung jemals ein Angehen gestellt wäre, das mit der Souveränität oder Integrität dieser Staaten nicht vereinbar gewesen wäre.

Ich war glücklich darüber, daß eine Anzahl europäischer Staaten diese Erklärungen der Deutschen Reichsregierung zum Anlaß nahmen, um auch ihrerseits den Willen zu einer unbedingten Neutralität auszusprechen und zu vertiefen. Dies gilt für Holland, Belgien, die Schweiz, Dänemark usw. Ich habe Frankreich schon erwähnt. Ich brauche nicht zu erwähnen Italien, mit dem uns die tiefste und engste Freundschaft verbindet, oder Ungarn und Jugoslawien, mit denen wir auch als Nachbarn das Glück haben, herzliche Freunde zu sein. Ich habe umgekehrt vom ersten Augenblick meiner politischen Tätigkeit an keinen Zweifel darüber gelassen,

daß es andere Zustände gab, die eine so gemeine und grobe Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes unseres Volkes darstellen, daß wir sie niemals würden akzeptieren können.

Es existiert von mir nicht eine Zeile und es gibt keine Rede, in denen ich gegenüber den vorher erwähnten Staaten eine andere Haltung angenommen hätte als die angegebene. Es gibt aber ebensowenig keine Zeile und keine Rede, in der ich in den anderen Fällen etwas anderes ausgedrückt habe, als was ich durch mein praktisches Handeln seitdem erhärtete.

1. Oesterreich!

Die älteste Ostmark des deutschen Volkes war einst die Schutzmark der Deutschen Nation nach dem Südosten des Reiches. Die Deutschen in diesem Lande rekrutieren sich aus Siedlern aus allen deutschen Stämmen, wenn auch der bajuvarische Stamm den Hauptanteil gestellt haben mag. Später wurde diese Ostmark die Hausmacht eines halbtausendjährigen Deutschen Kaisertums und Wien damit die Hauptstadt des damaligen Deutschen Reiches. Dieses Deutsche Reich ist im Zuge einer allmählichen Auflösung durch den korsischen Napoleon endgültig zerschlagen worden, lebte aber dann als Deutscher Bund weiter und hat, wenn auch nicht mehr in staatlicher, so doch in volklicher ersehnter Einheit den größten Krieg aller Zeiten neuerdings gemeinsam gekämpft und gemeinsam erduldet. Ich selbst bin ein Kind dieser Ostmark. Durch die Versailler Verbrecher wurde nicht nur das Deutsche Reich zerschlagen, Österreich aufgelöst, sondern auch

den Deutschen verboten, sich zu jener Gemeinschaft zu bekennen,

der sie über tausend Jahre lang angehört hatten. Diesen Zustand zu beseitigen, habe ich stets als meine höchste und eiligste Lebensaufgabe angesehen. Diesen Willen zu proklamieren, habe ich nie unterlassen. Und ich war zu jeder Stunde entschlossen, diese mich Tag und Nacht verfolgenden Gedanken zu verwirklichen. Ich hätte mich an meiner Berufung durch die Vorsehung versündigt, wenn ich in dem Bestreben, meine Heimat und mein deutsches Volk der Ostmark an das Reich und damit zur deutschen Volksgemeinschaft zurückzuführen, zum Verräter geworden wäre.

Ich habe damit aber auch die schandbarste Seite des Versailler Vertrages ausgelöscht. Ich habe für 7½ Millionen Deutsche das Selbstbestimmungsrecht wiederhergestellt. Ich habe die demokratische Vergewaltigung dieser 7½ Millionen beseitigt. Ich habe das Verbot, über ihr Schicksal abzustimmen, aufgehoben und vor der Geschichte diese Abstimmung durchgeführt. Sie hat ein Resultat ergeben, das nicht nur ich erwartet habe, sondern das auch die Versailler demokratischen Völkervergewaltiger genau vorausgesehen hatten. Denn warum hätten sie sonst die Abstimmung über den Anschluß verboten?

Böhmen und Mähren.

Als im Zuge der Völkerwanderung deutsche Stämme aus dem heutigen böhmisch-mährischen Raum aus uns unerklärlichen Ursachen weiterzuwandern begannen, schob sich in diesen Raum und zwischen die noch zurückbleibenden Deutschen ein fremdes slawisches Volk. Sein Lebensraum wird seitdem vom deutschen Volkstum hufeisenförmig umschlossen. Wirtschaftlich ist auf die Dauer eine selbständige Existenz dieser Länder außer im Zusammenhang mit dem deutschen Volk und seiner Wirtschaft nicht denkbar. Darüber hinaus lebten aber in diesem böhmisch-mährischen Raum fast vier Millionen Deutsche. Eine besonders seit dem Versailler Diktat unter dem Druck der tschechischen Mehrheit einsetzende völkische Vernichtungspoltik, zum Teil aber auch wirtschaftliche Bedingungen und die steigende Not führten zu einer Auswanderung dieses deutschen Elements, so daß die zurückbleibenden Deutschen auf rund 3,7 Millionen absackten. Das Gebiet ist am Rande geschlossen deutsch besiedelt, besitzt aber auch im Innern große deutsche Sprachinseln. Das tschechische Volk ist seiner Herkunft nach ein uns fremdes. Allein in tausendjähriger Gemeinschaft ist seine Kultur im wesentlichen durch den deutschen Einfluß geformt und gebildet worden. Seine Wirtschaft ist das Ergebnis der Zugehörigkeit zur großen deutschen Wirtschaft. Die Hauptstadt dieses Landes war zeitweise deutsche Kaiserstadt, sie besitzt die älteste deutsche Universität. Zahlreiche Dome, Rathäuser, Adels- und Bürgerpaläste sind die Zeugen des deutschen kulturellen Einflusses.

Das tschechische Volk selbst hat sein Verhältnis zum deutschen Volk in Jahrhunderten bald enger, bald loser gestaltet. Jede Verengung führte zur Blüte des deutschen und tschechischen Volkes, jede Entzweiung zur Katastrophe.

Die Vorzüge und Werte des deutschen Volkes sind uns bekannt. Allein auch das tschechische Volk verdient in seiner Summe geschickter Fähigkeiten, seiner Arbeitsamkeit, seinem Fleiß, seiner Liebe zum eigenen Heimatboden und zum eigenen Volkstum unsere Achtung. Tatsächlich gab es Zeiträume, in denen diese Respektierung der beiderseitigen nationalen Gegebenheiten etwas Selbstverständliches war. Die demokratischen Friedensmacher von Versailles können für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, diesem tschechischen Volk die besondere Rolle eines gegen Deutschland antretbaren Trabanten zugedacht zu haben. Sie haben zu diesem Zweck den in seiner tschechischen Volkssubstanz überhaupt nicht lebensfähigen Tschecho-Slowakischen Staat geschaffen und ihm andere Gebiete willkürlich zugesprochen, d. h. andere Nationalitäten vergewaltigt, um auf diese Weise eine latente Bedrohung der deutschen Nation in Mitteleuropa staatlich sicherstellen zu können. Denn dieser Staat, dessen sogenanntes Staatsvolk in der Minorität war, konnte nur durch eine brutale Vergewaltigung der volklichen Minoritäten erhalten werden. Diese Vergewaltigung aber war wieder nur denkbar unter der Zubilligung eines Schutzes und einer Hilfe von seiten der europäischen Demokratien. Diese Hilfe aber war selbstverständlich nur dann zu erwarten, wenn dieser Staat die ihm anläßlich seiner Geburt zugedachte Rolle getreu zu übernehmen und zu spielen bereit war. Diese Rolle aber hieß nichts anderes als die Konsolidierung Mitteleuropas zu verhindern, eine Brücke bolschewistischer Aggressivität nach Europa darzustellen und vor allem

Landsknechte der europäischen Demokratien gegen Deutschland

zu sein. Alles Weitere ergab sich dann von selbst.

Je mehr dieser Staat dieser seiner Aufgabe entsprechen wollte, um so größer wurde der Widerstand der sich dem widersetzenden nationalen Minoritäten. Je größer sich aber dieser Widerstand auswuchs, um so stärker mußte die Unterdrückung einsetzen. Diese zwangsläufige Versteifung der inneren Gegensätze führte wieder zu einer um so größeren Abhängigkeit von den demokratischen europäischen Staatsbegründern und Wohltätern. Denn: sie allein waren ja in der Lage, auf die Dauer die unnatürliche künstliche Existenz dieses Gebietes wirtschaftlich aufrecht zu erhalten.

Primär hatte nun Deutschland im wesentlichen nur ein Interesse: Nämlich diese fast 4 Millionen Deutschen in diesem Land aus ihrer unerträglichen Situation zu befreien und ihre Rückkehr in ihre Heimat und damit zum tausendjährigen Reich zu ermöglichen. Daß dieses Problem sofort das gesamte übrige Nationalitätenproblem aufrollte, war selbstverständlich. Ebenso aber auch die Tatsache, daß das Abziehen aller Nationalitäten den Reststaat um jede Lebensmöglichkeit bringen mußte, etwas, was den Versailler Staatsgründern klar war, denn weil sie dieses wußten, haben sie ja die Vergewaltigung der anderen Minoritäten beschlossen und diese gegen ihren Willen in diese dilettantische Staatskonstruktion hineingezwungen.

Ich habe nun über diese meine Auffassung und Einstellung ebenfalls niemals einen Zweifel gelassen. Gewiß, solange Deutschland selbst ohnmächtig und wehrlos war, konnte man diese Vergewaltigung von fast vier Millionen Deutschen ohne praktischen Widerstand des Reiches eben durchführen. Nur ein politisches Kind aber konnte glauben, daß die Deutsche Nation für alle ewigen Zeiten im Zustand des Jahres 1919 bleiben würde.

Nur solange die vom Ausland ausgehaltenen internationalen Landesverräter die deutsche Staatsführung innehatten, war mit einer geduldigen Hinnahme dieser schandbaren Zustände zu rechnen. So wie nach dem Siege des Nationalsoizalismus diese Landesverräter ihr Domizil dorthin verlegen mußten, woher sie ja auch ihre Subsidiengelder bezogen hatten, war die Lösung dieses Problems nur eine Frage der Zeit. Und es handelte sich dabei ausschließlich um eine Frage der davon betroffenen Nationalitäten- nicht um eine Frage Westeuropas.

Daß sich Westeuropa für den in seinem Interesse geschaffenen künstlichen Staat interessierte, war ja wohl begreiflich. Daß aber die um diesen Staat liegenden Nationalitäten dieses Interesse als für sie maßgeblich ansehen würden, war ein vielleicht für manche bedauerlicher Trugschluß. Soweit dieses Interesse nun auf die finanzielle Fundierung dieses Staatswesens gerichtet war, wäre von deutscher Seite nichts einzuwenden gewesen, wenn nicht dieses finanzielles Interesse letzten Endes ebenfalls ausschließlich den machtpolitischen Beziehungen der Demokratien unterstellt gewesen wäre.

Auch die finanzielle Forderung dieses Staates verfolgte nur einen leitenden Gedanken: einen militärisch höchst gerüsteten Staat zu schaffen mit der Aufgabe,

eine in das Reich hineinreichende Bastion zu bilden,

die — sei es als Ausgangspunkt militärischer Unternehmungen in Verbindung mit westlichen Einbrüchen in das Reich oder nur als Flugzeugstützpunkt — einem unzweifelhaften Wert versprach. Was man von diesem Staat erwartet hatte, geht am eindeutigsten aus der Feststellung des französischen Luftfahrtministers Pierre Cot hervor, der es ruhig aussprach,

daß es die Aufgabe dieses Staates wäre, in jedem Konfliktfall Bombenlande- und Bombenabflugplatz zu sein, von dem man die wichtigsten deutschen Industriezentren in wenigen Stunden würde vernichten können.

Es ist daher verständlich, wenn die deutsche Staatsführung ihrerseits ebenfalls den Entschluß faßte,

diesen Bombenabflugplatz zu vernichten.

Sie hat diesen Entschluß nicht gefaßt, etwa aus Haß gegen das tschechische Volk, eher im Gegenteil. Denn im Laufe eines tausendjährigen Zusammenlebens hat es zwischen dem deutschen und tschechischen Volk oft jahrhundertelange Perioden engster Zusammenarbeit gegeben und dazwischen allerdings nur kurze Perioden von Spannungen. In solchen Spannungszeiten kann sehr wohl die Leidenschaft der in den vordersten Sappen der volklichen Stellung miteinander ringenden Menschen das Gerechtigkeitsgefühl verdüstern und dadurch zu einer falschen Gesamtbeurteilung führen. Dies ist ein Merkmal in jedem Krieg. Allein in den großen Epochen des verständnisvollen Zusammenlebens waren sich die beiden Völker noch immer darüber einig, daß sie beiderseits einen heiligen Anspruch auf die Achtung und Respektierung ihres Volkstums hätten.

Ich selbst trat aber auch in diesen Jahren des Kampfes dem tschechischen Volk nie anders gegenüber, denn als Wahrer nicht nur eines einseitigen Volks- und Reichsinteresses, sondern auch

als Achter des tschechischen Volkes selbst.

Eines ist sicher: Wenn es den demokratischen Geburtshelfern dieses Staates gelungen sein würde, ihr letztes Ziel zu erreichen, dann wäre bestimmt nicht das Deutsche Reich zugrunde gegangen, obwohl wir ebenfalls schwere Verluste erlitten haben könnten. Nein: das tschechische Volk würde vermutlich seiner Größe und seiner Lage nach viel furchtbarere, ja, wie ich überzeugt bin, katastrophale Folgen zu tragen gehabt haben. Ich bin glücklich, daß es, wenn auch zum Ärger der demokratischen Interessenten gelungen ist, diese mitteleuropäische Katastrophe dank unserer eigenen Mäßigung und dank aber auch der Einsicht des tschechischen Volkes zu vermeiden.

Das, wofür die besten und einsichtsvollsten Tschechen einst jahrzehntelang gekämpft hatten, wird diesem Volk im nationalsozialistischen Deutschen Reich von vornherein zugebilligt, nämlich das Recht auf das eigene Volkstum und das Recht auf die Pflege dieses Volkstums und das Recht auf das Ausleben dieses Volkstums.

Das nationalsozialistische Deutschland denkt nicht daran, die Rassengrundsätze, die unser Stolz sind, jemals zu leugnen.

Sie werden nicht nur dem deutschen, sondern auch dem tschechischen Volke zugute kommen. Was wir verlangen, ist die Respektierung einer geschichtlichen Notwendigkeit und einer wirtschaftlichen Zwangslage, in der wir uns alle befinden.

Als ich die Lösung dieses Problems am 22. Februar 1938 im Reichstag ankstndigte, war ich überzeugt, hier einer mitteleuropäischen Notwendigkeit zu gehorchen. Noch im März 1938 aber war ich des Glaubens, daß es gelingen könnte, auf dem Wege einer langsamen Evolution die Minoritätenfrage in diesem Staate zu lösen und früher oder später durch eine verträgliche Zusammenarbeit jene gemeinsame Plattform sicherzustellen, die nicht nur politisch, sondern vor allem auch wirtschaftlich für unser aller Interesse nützlich sein konnte. Erst, als der sich restlos in den Händen seiner international-demokratischen Finanziers befindliche Herr Benesch das Problem zu einem militärischen Auftrieb benützte und eine Welle von Unterdrückung über das Deutschtum losließ, zugleich aber

durch die bekannte Mobilmachung

versuchte, dem Deutschen Stat eine internationale Niederlage zuzufügen und sein Prestige zu schädigen, wurde mir klar, daß auf diesem Wege eine Lösung nicht mehr gelingen konnte. Denn die damalige Lüge von einer „deutschen Mobilmachung" war ja ersichtlich vom Auslande inspiriert und den Tschechen unterbreitet worden, um dem Deutschen Reich eine solche Prestige-Niederlage beizubringen.

Ich brauche es nicht noch einmal zu wiederholen, daß Deutschland im Mai des vergangenen Jahres keinen Mann mobilisiert hatte, wohl aber, daß wir alle der Meinung waren, daß gerade das Schicksal des Herrn Schuschnigg allen anderen raten müßte, auf dem Wege einer gerechteren Behandlung der nationalen Minoritäten eine Verständigung anzubahnen. Ich für meine Person war jedenfalls bereit, mit Geduld und wenn notwendig auch auf Jahre hin eine solche fredliche Entwicklung zu versuchen.

Allein gerade diese friedliche Lösung war den Hetzern der Demokratien ein Dorn im Auge!

Sie hassen uns Deutsche und möchten uns am liebsten ausrotten. Aber was sind für sie auch schon Tschechen? Ein Mittel zum Zweck! Was interessiert sie das Schicksal eines kleinen, braven Volkes, was kümmert sie das Leben von hunderttausend braven Soldaten, die das Opfer ihrer Politik werden mußten? Diesen westeuropäischen Friedenshetzern kam es nicht darauf an, Frieden zu stiften, sondern Blut vergießen zu lassen, damit es ihnen durch dieses Blutvergießen gelang, die Völker zu verhetzen und dann noch mehr Blut fließen zu lassen.

Deshalb wurde die deutsche Mobilmachung erfunden und der Prager Öffentlichkeit vorgeschwindelt. Sie sollte der tschechischen Mobilmachung die Argumente liefern. Durch sie aber glaubte man dann aber auch die nicht mehr zu umgehenden Wahlen im Sudetenland unter den erwünschten militärischen Druck setzen zu können.

Nach ihrer Meinung gab es dann für Deutschland nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Hinnahme dieser tschechischen Mobilisierung und damit das Einstecken einer beschämenden Niederlage oder die Auseinandersetzung mit der Tschechoslowakei, einen blutigen Krieg und damit vielleicht die Möglichkeit, die an diesen Dingen gar nicht inetressierten Völker Westeuropas zu mobilisieren, sie ebenfalls in den notwendigen Blutrausch zu bringen, um dann die Menschheit in eine neue Katastrophe zu tauchen, bei der die einen die Ehre besitzen, ihr Leben zu verlieren, und die anderen die Annehmlichkeit, in Kriegsgeschäften zu machen.

Sie kennen, meine Abgeordneten, meinen damals sofort gefaßten Entschluß:

1. Lösung dieser Frage, und zwar noch im Jahre 1938, spätestens am 2. Oktober,
2. Vorbereitung dieser Lösung mit all jenen Mitteln, die keinen Zweifel darüber lassen konnten, daß jeder Versuch einer Einmischung nunmehr von der geeinten Kraft der Nation abgewehrt werden würde.

marschieren würden. Und er nennt als dafür in Frage kommend: Finnland, Lettland, Litauen, Estland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Niederlande, Belgien, Großbritannien Irland, Frankreich, Portugal, Spanien, die Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg, Polen, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Rußland, Bulgarien, Türkei, Irak, Arabien, Syrien, Palästina, Ägypten und Iran.

Antwort:

Ich habe mir zunächst die Mühe genommen, bei den angeführten Staaten festzustellen:

1. ob sie sich bedroht fühlen und
2. ob vor allem diese Anfrage des Herrn Roosevelt durch eine Anregung ihrerseits oder wenigstens mit ihrem Einverständnis erfolgt sei.

Die Beantwortung war eine durchgehend negative, zum Teil schroff ablehnende. Allerdings konnte an einige der angeführten Staaten und Nationen diese Rückfrage von mir nicht zugeleitet werden, weil sie sich — wie z. B. Syrien — zur Zeit nicht im Besitz ihrer Freiheit befinden, sondern von den militärischen Kräften demokratischer Staaten besetzt gehalten und damit rechtlos gemacht sind.

Abgesehen davon haben aber alle an Deutschland angrenzenden Staaten bündigere Zusicherungen und vor allem bündigere Vorschläge erhalten, als sie sich Herr Roosevelt in seinem eigenartigen Telegramm von mir erbittet. Sollten diese von mir schon so oft abgegebenen allgemeinen und direkten Erklärungen etwa in ihrem Wert angezweifelt werden, dann würde doch wohl die Abgabe einer weiteren solchen Erklärung, auch wenn Herr Roosevelt der Empfänger sein sollte, ebenso wertlos sein. Denn entscheidend ist letzten Endes ja nicht die Bewertung, die Herr Roosevelt an solchen Erklärungen vornimmt, sondern entscheidend ist der Wert, den die in Frage kommenden Staaten solchen Erklärungen beimessen.

Ich muß aber nun auch Herrn Roosevelt außerdem noch auf einige historische Irrtümer aufmerksam machen. Er erwähnte z. B. auch Irland und bittet um die Erklärung, daß Deutschland Irland nicht angreife. Ich habe nun soeben eine Rede des irischen Ministerpräsidenten de Valera gelesen, in der dieser nun eigentümlicherweise im Gegensatz zur Meinung des Herrn Roosevelt nicht Deutschland beschuldigt, Irland zu unterdrücken, sondern England vorwirft, daß Irland unter der fortwährenden Aggression dieses Staates zu leiden habe. Bei aller Einsicht Roosevelts in die Nöte und Sorgen anderer Staaten ist immerhin trotzdem anzunehmen, daß der Irische Präsident die Gefahren, die sein Land bedrohen, doch wohl noch besser kennen wird als der Präsident der Amerikanischen Union.

Ebenso ist Herrn Roosevelt ersichtlich die Tatsache entgangen, daß Palästina zur Zeit ja gar nicht von deutschen Truppen, sondern von Engländern besetzt ist und mit brutalsten Mitteln in seiner Freiheit beschränkt und um seine Unabhängigkeit gebracht wird und zugunsten jüdischer Eindringlinge die grausamsten Mißhandlungen erduldet. Die in diesem Lande lebenden Araber dürften sich gegenüber Herrn Roosevelt daher sicher nicht über eine deutsche Agression beschwert haben, aber sie beklagen sich in andauernden Appellen an die Weltöffentlichkeit übr die barbarischen Methoden, mit denen England dort ein seine Freiheit liebendes und nur seine Freiheit verteidigendes Volk niederzuzwingen versucht.

Auch dies wäre vielleicht ein Problem, das man nach der Auffassung des Herrn Roosevelt am Konferenztisch würde lösen müssen, vor einem gerechten Richter also, und nicht durch brachiale Gewalt, durch militärische Mittel, durch Massenerschießungen, durch das Niederbrennen von Dörfern, Sprengungen von Häusern usw. Denn eines steht doch unzweifelhaft fest, daß England in diesem Falle nicht in Abwehr eines drohenden arabischen Angriffs auf England handelt, sondern als von niemand gerufener Eindringling in einem England nicht gehörenden fremden Gebiet seine Gewalt aufrichten will.

Es wäre noch eine Reihe ähnlicher Irrtümer des Herrn Roosevelt festzustellen, ganz abgesehen von der Schwierigkeit militärischer Operationen Deutschlands in Staaten und Ländern, die zum Teil 2000, zum Teil 5000 und mehr Kilometer von uns entfernt sind.

Ich will aber abschließend hier folgendes erklären: Die Deutsche Regierung ist trotzdem bereit, jedem dieser genannten einzelnen Staaten, wenn er es wünschen sollte und sich selbst an Deutschland mit einem entsprechenden Vorschlag wendet, um eine Zusicherung der von Roosevelt gewünschten Art zu erhalten, diese Zusicherung unter der Voraussetzung der unbedingten Gegenseitigkeit auch zu geben. Bei einer ganzen Reihe der von Roosevelt angeführten Staaten dürfte sich dies allerdings von vornherein erledigen, weil wir mit ihnen ohnehin sogar entweder verbündet oder zumindest eng befreundet sind.

Auch über die Zeitdauer dieser Abmachungen ist Deutschland gern bereit, mit jedem einzelnen Staat die von ihm gewünschten Vereinbarungen zu treffen.

Ich möchte aber diese Gelegenheit doch nicht vorübergehen lassen, ohne dem Präsidenten der Nordamerikanischen Union vor allem eine Versicherung über die Gebiete abzugeben, die doch wohl in erster Linie für seine Besorgnis in Frage kämen, nämlich die Nordamerikanische Union selbst und die übrigen Staaten des amerikanischen Kontinents.

Und hier erkläre ich feierlich, daß alle irgendwie verbreiteten Behauptungen über einen beabsichtigten deutschen Angriff oder Eingriff auf oder in amerikanische Gebiete plumper Schwindel oder grobe Unwahrheit sind, ganz abgesehen davon, daß solche Behauptungen übrigens auch vom militärischen Standpunkt aus nur einer albernen Phantasie entstammen können.

19. Herr Roosevelt

erklärt nun im Zusammenhang damit, daß er sich dann vor allem die Erörterung der wirksamsten und schnellsten Art und Weise, nach der die Völker der Welt von der erdrückenden Last der Rüstungen befreit werden könnten, als wichtigstes Moment vorstelle.

Antwort:

Herr Roosevelt weiß, daß dieses Problem, soweit es Deutschland betrifft, schon einmal vollständig gelöst war. Das Deutsche Reich hatte — und die alliierten Kommissionen bestätigten dies ausdrücklich — schon in den Jahren 1919—1923 restlos abgerüstet, und zwar in folgendem Umfang:

Es wurden zerstört **im Heer:** 1. 59 000 Geschütze und Rohre, 2. 130 000 Maschinengewehre, 3. 31 000 Minenwerfer und Rohre, 4. 6 007 000 Gewehre und Karabiner, 5. 243 000 Maschinengewehrläufe, 6. 28 000 Lafetten, 7. 4390 Minenwerfer-Lafetten 8. 38 750 000 Geschosse, 9. 16 550 000 Tank- und Gewehrgranaten, 10. 60 400 000 scharfe Zünder, 11. 491 Millionen Schuß Handwaffen-Munition, 12. 335 000 Tonnen Geschoßhülsen, 13. 23 515 000 Tonnen Kartusch- und Patronenhülsen, 14. 37 600 Tonnen Pulver, 15. 79 000 Munitionsleeren, 16. 212 000 Fernsprecher, 17. 1072 Flammenwerfer usw. usw.

Es wurden weiter zerstört: Schlitten, fahrbare Werkstätten, Schlacht-Geschützwagen, Stahlhelme, Gasmasken, Maschinen der ehemaligen Kriegsindustrie, Gewehrläufe.

Es wurden weiter zerstört **in der Luft:** 1. 15 714 Jagd- und Bombenflugzeuge, 2. 27 757 Flugzeug-Motoren.

Und **zur See** wurden zerstört: 26 Großkampfschiffe, 4 Küstenpanzer, 4 Panzerkreuzer, 19 Kleine Kreuzer, 21 Schul- und Spezialschiffe, 83 Torpedoboote, 315 U-Boote.

Ferner sind noch zerstört worden: Fahrzeuge aller Art, Gaskampf- und zum Teil Gasschutzmittel, Treib- und Sprengstoffmittel, Scheinwerfer, Visiereinrichtungen, Entfernungs- und Schall-Meßgeräte, optische Geräte aller Art, Pferdegeschirre usw. usw., alle Flugzeug- und Luftschiffhallen usw.

Nach den Deutschland einst gegebenen feierlichen Versicherungen, die sogar im Friedensvertrag von Versailles ihre Erhärtung fanden, sollte dies nur eine Vorschußleistung sein, um der anderen Welt es ohne Gebahr zu ermöglichen, nunmehr ebenfalls abzurüsten. Auch hierin ist Deutschland, wie in allen anderen Fällen, in seinem Vertrauen auf die Einlösung eines gegebenen Wortes auf das schändlichste getäuscht worden! Alle Versuche, in langjährigen Verhandlungen am Konferenztisch die Abrüstung der anderen Staaten ebenfalls herbeizuführen — was wirklich nur ein Element der Klugheit und Gerechtigkeit und darüber hinaus auch die Durchführung versprochener Verpflichtungen gewesen wäre — scheiterten bekanntlich.

Ueber den rechten Staatsmann.

„Gott hat zweierlei Leute auf Erden: etliche haben einen sonderlichen Stern vor Gott, die kehrt und erweckt er selbst, wie er sie haben will. Die haben guten Wind auf Erden und Glück und Sieg. Was sie anfangen, das geht fort, und wenn alle Welt dawider stehen sollte, so muß es hinan ungehindert. Und nicht allein gibt er solche Leute unter sein Volk, sondern auch unter den Gottlosen und Heiden und nicht allein in Fürstenständen, sondern auch in Bürgern, Bauern und Handwerkern. Wie in Persien den König Cyrus, in Griechenland den Themistkles und Alexander, bei den Römern den Augustus und Vespasian. Solche Leute heiße ich nicht gezogen oder gemacht, sondern geschaffene und von Gott getriebene Fürsten und Herren.

Es ist eine hohe Gabe, wo Gott einen Wundermann gibt, der selbst regiert. Der mag König, Fürst und Herr heißen mit Ehren, er sei selbst ein Herr oder nur Rat am Hof. Aber die gesunden Helden sind selten, und Gott gibt sie teuer.

Gottes Wunderleute sind so getan, daß sie deines und meines Rates nicht bedürfen, weil sie einen besseren Meister haben, der sie schafft und treibt. Das sind so geschickte Leute, daß sie nicht viel Lehrens bedürfen, was und wie sie tun sollen. Ehe man sie es lehrte, haben sie es getan.

Geschriebene Gesetze gehören für das Volk und den gemeinen Mann. Der hohe natürliche Verstand aber steht sonderlichen Wunderleuten zu.

Darum bleibt es der Welt gemeiniglich eitel Flickwerk und Bettelei. Wir müssen flicken und pletzen, uns beihelfen aus den Buchstaben, mit der Heiden Recht, Sprüchen und Exempel und machen's doch nimmermehr so gut, sondern kriechen hintennach und halten uns dran, wie an Bänken und Stecken, folgen daneben auch dem Rat der Besten, die mit uns leben — bis die Zeit kommt, daß Gott wieder einen Wundermann gibt, der das Recht entweder ändert oder meistert, also daß im Lande alles grünet und blühet, daß er bei seinem Leben aufs höchste gefürchtet, geehrt, geliebt und nach seinem Tode ewig gerühmt wird."

D. Martin Luther.

Ich selbst, Herr Roosevelt, habe eine ganze Reihe von praktischen Vorschlägen zur Diskussion gestellt und versuchte, darüber eine Erörterung einzuleiten, um wenigstens eine allgemeine Rüstungsbegrenzung auf niedrigstem Stand zu ermöglichen.

Ich schlug eine Höchststärke für alle Armeen von 200 000 Mann vor, desgleichen die Abschaffung aller zum Angriff geeigneten Waffen, Abschaffung aller Bombenflugzeuge, des Giftgaskrieges usw. usw.

Es war aber leider nicht möglich, diese Vorschläge einer übrigen Welt gegenüber durchzusetzen, obwohl Deutschland selbst schon vollständig abgerüstet war.

Ich stellte dann die Vorschläge über ein 300 000 Mann-Heer zur Diskussion. Mit dem gleichen negativen Resultat. Ich habe dann eine ganze Anzahl detaillierter Abrüstungs-Vorschläge gemacht und zwar stets vor dem Forum des Deutschen Reichstages und damit vor der ganzen Weltöffentlichkeit. Es fiel niemandem ein, darüber auch nur in eine Erörterung einzutreten. Dafür aber begann die übrige Welt, ihre an sich schon vorhandenen enormen Rüstungen noch mehr zu verstärken.

Und erst, als im Jahre 1934 der letzte meiner umfassenden deutschen Vorschläge, der ein 300 000 Mann-Heer betraf, endgültig abgelehnt worden war, gab ich den Befehl zu einer deutschen, nunmehr allerdings gründlichen Wiederaufrüstung.

Trotzdem möchte ich kein Hindernis sein für die Erörterung von Abrüstungsfragen, an denen Sie, Herr Roosevelt, selbst teilzunehmen beabsichtigen. **Nur bitte ich, sich zunächst nicht an mich und Deutschland, sondern an die anderen zu wenden.** Ich sehe hinter mir die Kette negativer Erfahrungen und bin daher solange skeptisch veranlagt als ich nicht durch die Wirklichkeit eines besseren belehrt werde.

20. Herr Roosevelt

versichert endlich, daß er bereit sei, an der praktischen Art und Weise der Erschließung internationaler Handelswege teilzunehmen, mit dem Ziel, daß jede Nation der Erde in den Stand gesetzt wird, mit dem gleichen Recht auf dem Weltmarkt zu kaufen und zu verkaufen und die Sicherheit zu haben, Rohstoffe und Erzeugnisse des friedlichen Wirtschaftslebens zu erlangen.

Antwort:

Ich glaube, Herr Roosevelt, daß es sich nicht darum handelt, solche Probleme theoretisch zu erörtern, sondern, daß es sich zunächst darum handelt, durch Taten die wirklichen Hemmungen der internationalen Wirtschaft zu beseitigen. Die schlimmsten Hemmungen lieger aber

innerhalb der einzelnen Staaten selbst.

Die bisherige Erfahrung zeigt jedenfalls, daß die größten Weltwirtschaftskonferenzen einfach darum gescheitert sind, daß die einzelnen Staaten ihre Innenwirtschaft nicht in Ordnung halten konnten, oder daß sie durch Währungsmanipulationen die Unsicherheit in den internationalen Kapitalmarkt-Kriegen, und vor allem die Bewertung der Währung untereinander fortgesetzten Schwankungen unterwarfen. Ebenso ist es eine unerträgliche Belastung weltwirtschaftlicher Beziehungen, wenn es den Ländern möglich ist, aus irgend welchen ideologischen Gründen über andere Völker und ihre Waren

eine wilde Boykotthetze loszulassen

und diese damit praktisch vom Markt auszuschließen. Ich glaube, Herr Roosevelt, daß es ein großes Verdienst sein würde, wenn Sie zunächst in der Amerikanischen Union gerade diese Hemmungen eines wirklichen freien Wirtschaftsverkehrs mit Ihrem starken Einfluß beseitigen würden.

Denn ich glaube nun einmal, daß, wenn es den Führern der Völker schon nicht einmal möglich sein sollte, die Produktionen innerhalb ihrer eigenen Staaten in Ordnung zu bringen oder die aus ideologischen Gründen getriebenen Boykotthetzen, die dem Wirtschaftsverkehr der Völker untereinander so sehr zu schaden vermögen, zu beseitigen, daß es dann noch viel weniger geschehen könnte, durch internationale Vereinbarungen etwas wirklich Fruchtbares zur Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen zu leisten. Nur so wird das gleiche Recht, auf dem Weltmarkt zu kaufen und zu verkaufen, sichergestellt und zwar für alle!

Im übrigen hat hier das deutsche Volk sehr konkrete Forderungen aufgestellt, und es würde mich freuen, wenn Sie, Herr Präsident, als einer der Nachfolger des einstigen Präsidenten Wilson dafür eintreten wollten, daß nunmehr endlich das Wort eingelöst wird, auf Grund dessen Deutschland einst seine Waffen niederlegte und sich in die Hand der sogenannten „Sieger" begab. Ich denke dabei zunächst weniger an die Deutschland abgepreßten zahllosen Milliarden an sogenannten „Reparationen" als vielmehr an die Rückgabe der Deutschland geraubten Gebiete.

Denn das deutsche Volk hat in Europa und außerhalb Europas rund drei Millionen Quadratkilometer Land verloren. Dabei ist das ganze deutsche koloniale Reich zum Unterschied von den Kolonien anderer Nationen, nicht durch Kriege erworben worden, sondern nur durch Verträge oder durch Kauf. Präsident Wilson hat uns in feierlicher Weise sein Wort verpfändet, daß der deutsche koloniale Anspruch genau wie jeder andere, der gleichen gerechten Prüfung unterliege. Statt dessen aber wurde den Nationen, die an sich schon die größten Kolonial-Reiche aller Zeiten besitzen, auch der deutsche Besitz noch zugeschlagen, und unser Volk einer, besonders heute und in Zukunft wirksam werdenden großen Sorge ausgeliefert.

Es würde eine edle Tat sein, wenn der Präsident Franklin Roosevelt das Wort des Präsidenten Woodrow Wilson zur Einlösung bringen würde. Dies würde vor allem ein praktischer Beitrag zur moralischen Konsolidierung der Welt und damit ihrer Wirtschaft sein.

21. Herr Roosevelt

erklärt dann abschließend, daß die Chefs aller großen Regierungen in diesem Zeitpunkt für das Geschick der Menschheit verantwortlich seien. Sie müßten die Stimmen ihrer Völker hören, um sie vor den vorauszusehenden Chaos des Krieges zu schützen. Und dafür trüge auch ich eine Verantwortung.

Antwort:

Herr Präsident Roosevelt! Ich verstehe ohne weiteres, daß es die Größe Ihres Reiches und der imense Reichtum Ihres Landes Ihnen erlauben, sich für die Geschichte der ganzen Welt und für die Geschicke aller Völker verantwortlich zu fühlen. Ich, Herr Präsident Roosevelt, bin in einen viel bescheideneren und kleineren Rahmen gestellt. Sie haben 135 Millionen Menschen auf 9½ Millionen Quadratkilometern. Sie haben ein Land mit einem ungeheueren Reichtum, allen Bodenschätzen, fruchtbar genug, um mehr als eine halbe Milliarde Menschen zu ernähren und mit allem Notwendigen zu versorgen.

Ich übernahm einen Staat, der dank seinem Vertrauen auf die Zusicherung einer anderen Welt, sowie durch das schlechte Regime demokratischer Staatsführungen vor dem vollkommenen Ruin stand. In diesem Staat leben nicht wie in Amerika 15, sondern rund 140 Menschen auf dem Quadritkilometer. Die Fruchtbarkeit unseres Landes ist nicht zu vergleichen mit der Fruchtbarkeit des Ihren. Zahllose Bodenschätze, die Ihnen in unbegrenzten Mengen die Natur zur Verfügung stellt, fehlen uns.

Die Milliarden deutscher Ersparnisse aus langen Friedensjahren in Gold und Devisen wurden uns weggenommen. Unsere Kolonien haben wir verloren. Im Jahre 1933 hatte ich in meinem Lande 7 Millionen Erwerbslose, einige Millionen Kurzarbeiter, Millionen verelendeter Bauern, ein vernichtetes Gewerbe, einen ruinierten Handel, kurz: ein allgemeines Chaos.

Ich habe seit dieser Zeit nur eine einzige Aufgabe erledigen können. Ich kann mich nicht für das Schicksal einer Welt verantwortlich fühlen, denn diese Welt hat an dem jammervollen Schicksal meines eigenen Vol-

(Fortsetzung auf der letzten Seite des Hauptblattes!)

Wirtschaftliche Rundschau.

Der neue Finanzabschnitt des Reiches.

Ab 2. Mai wird mit Steuergutscheinen gezahlt.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Ende März, wenige Tage nach den umwälzenden Ereignissen in Böhmen, Mähren und im Memelgebiet, trat der Staat mit dem „Neuen Finanzplan“ an die Öffentlichkeit. Er bekundete damit seine Absicht, neue Wege zur Erschließung der Steuer- und Finanzquellen, aus denen der große Finanzbedarf eines aufwärts strebenden Reiches gespeist wird, zu beschreiten. Mit den ersten Tagen des Mai bginnt nun das gewaltige und feingliedrige Räderwerk des Plans abzurollen. Ab 2. Mai zahlen das Reich und, wie die Durchführungsverordnung aus den letzten Apriltagen erkennen läßt, auch die NSDAP, der Reichsnährstand, die Reichswirtschaftskammer, die Industrie- und Handelskammern, der Deutsche Gemeindetag und andere Organisationen und Verbände mit Steuergutscheinen. Ein Zahlungsmittel eigener Art tritt damit aus der Fülle finanzpolitischer Theorien in das helle Tageslicht der Öffentlichkeit und beginnt, im Wirtschaftsleben manche geldlichen Verhältnisse umzugestalten und sich neben den Zahlungsmitteln und Geldpapieren der Gegenwart häuslich einzurichten, d. h. sich den ihm gebührenden Platz zu erobern.

Der

Ausgabe der Steuergutscheine,

die letzten Endes nichts anderes bezwecken, als den Graben zu überbrücken, der heute noch das so überaus hohe Steueraufkommen des Reiches von den Ausgaben zur Finanzierung staatspolitisch wichtiger Aufgaben trennt, ging eine Erläuterung des Neuen Finanzplanes voraus. Staatssekretär Reinhardt, der eigentliche Vater dieses Planes, gab sie in oFrm der umfangreichen Durchführungsverordnung. Fünfzig Paragraphen der Verordnung zeugen für das Bemühen, die Grundgedanken des Planes zu vertiefen und ihnen lebendige praktische Gestalt zu vermitteln. Darüber hinaus spiegeln sie aber auch den Willen des Finanzministers wider, Härten und Unbilligkeiten, die mit der Einführung neuer Steuern und neuen Möglichkeiten der Bilanzaufstellung stets auftreten, auszugleichen bzw. den veränderten Umständen anzupassen. Insbesondere verdienen

die Förderungen der Ausfuhr-Industrie

und des Ausfuhrhandels durch die Durchführungsverordnung die Aufmerksamkeit der Wirtschaft. Unternehmungen der Ausfuhr-Industrie und des Ausfuhrhandels können danach eine erweiterte Bewertungsfreiheit in Anspruch nehmen, wenn sie die neuen Steuergutscheine während der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen als Anlage ununterbrochen in ihrem Besitz halten.

Anläßlich der von Staatssekretär Reinhardt vor Vertretern der Presse bekanntgegebenen amtlichen Begründung der Durchführungsverordnung zum Neuen Finanzplan wies Staatssekretär Reinhardt auf die

günstige Entwicklung des Steueraufkommens des Reiches hin.

Danach beträgt das Gesamtaufkommen im Rechnungsjahr 1938, d. h. vom 1. April 1938 bis zum 31. März 1939, 17,7 Milliarden Reichsmark gegenüber rund 14 Milliarden im Rechnungsjahr 1937. Im Voranschlag vorgesehen waren für das Rechnungsjahr 1938 16 Milliarden.

Von den 17,7 Milliarden, Reichsmark entfallen rund 300 Millionen auf die Ostmark, auf das Altreich also 17,4 Milliarden. Zu dem Betrag von 17,7 Milliarden kommen noch 500 Millionen Reichsmark bis jetzt entrichtete Juden-Vermögensabgabe, so daß insgesamt 18,2 Milliarden Reichsmark auf der Einnahmenseite erzielt wurden.

Diese außerordentlich günstige Entwicklung des Steueraufkommens ist noch nicht abgeschlossen. Sie wird nach Ansicht des Staatssekretärs Reinhardt in den nächsten Jahren im gleichen Umfang weitergehen wie bisher. Das geht schon daraus hervor, daß allein in den ersten 20 Tagen des Monats April 1939 200 Millionen RM an Steuern mehr eingekommen sind als in der gleichen Zeit im Jahre 1938, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß April nicht einmal ein besonderer Monat für Steuerfälligkeiten ist.

Es spricht für

die Elastizität der gegenwärtigen Steuergesetzgebung,

wenn für die besonders gelagerten Verhältnisse im Ausfuhrgewerbe auch besondere Vorschriften erlassen werden. Beispielsweise hat der Finanzminister auch denjenigen Unternehmungen Vergünstigungen gewährt, deren Ausfuhrumsatz nicht 25 Prozent des Gesamtumsatzes beträgt, wenn nur der Ausfuhrumsatz des einen Jahres gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist. Dem Ausfuhrhandel insbesondere, der bei nicht ausreichenden Möglichkeiten zur Inanspruchnahme der Bewertungsfreiheit sogar gewisse Beträge vom steuerpflichigen Gewinn außerhalb der Bilanz abziehen kann, bietet sich in manchen Fällen die Gelegenheit, in einem Jahr einkommensteuerfrei zu bleiben, wenn er entsprechend viele Güter in einem Jahre exportieren konnte. Der Wille der Reichsregierung, den Außenhandel mit allen Mitteln, auch durch steuerliche Maßnahmen besonders zu fördern, kommt in diesen Vorschriften eindrucksvoll zum Ausdruck. Bei dem Gewinnabzug, zu dem der Außenhandel in vielen Fällen berechtigt wird, handelt es sich um einen endgültigen Verzicht der Finanzkassen auf fällige Steuern, um eine regelrechte Steuerermäßigung. Die Bewertungsfreiheit stellt demgegenüber nur eine Verlagerung der Steuerzahlung in spätere Jahre dar.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen weiter

die Durchführungsbestimmungen zur Erhebung der Mehreinkommensteuer.

Diese neuartige Form der Erfassung der Steuerkraft, die in Wirtschaftskreisen und bei den Steuerzahlern während mehrerer Wochen lebhaft erörtert worden ist, hat erst jetzt, mit den erläuternden Paragraphen der Durchführungsverordnung, feste Gestalt bekommen. Mit den Bestimmungen, wonach für die Berechnung der Mehreinkommensteuer als Einkommen des Erstjahres in jedem Fall mindestens ein Betrag von 6000 Reichsmark zugrunde gelegt werden muß und das steuerpflichtige Mehreinkommen in jedem Fall um den Betrag von 1200 Reichsmark (Freibetrag) vermindert wird, sind mit einem Schlage die Mehrzahl aller steuerpflichtigen Deutschen von der Erfassung durch die Mehreinkommensteuer ausgenommen. Die Arbeiter, die meistenAngestellten, die Anfänger in den freien Berufen und die meisten Angehörigen des Handwerks und des gewerblichen Mittelstandes verdienen jährlich selten mehr als 6000 Mark. Es ghört auch zu den Ausnahmen, wenn sich der Verdienst eines Arbeiters oder Angestellten innerhalb eines Jahres um mehr als 1200 Reichsmark erhöht. Der Mehrgewinn von 1200 Mark aber bleibt in jedem Falle steuerfrei, unabhängig davon, ob das Jahreseinkommen 6000 Reichsmark übersteigt oder unterschreitet.

Den Finanzbeamten des Reiches wird weiter durch die allgemeine Härtebestimmung, wonach außergewöhnliche Verhältnisse zu Anträgen an das Finanzamt berechtigen, ein Mittel an Hand gegeben, das die steuerliche Belastung mittels der Mehrgewinnsteuer gerecht verteilt. Wegen der Art des Berufes, schwankender Einkommensverhältnisse kann ein Teil des Mehreinkommens freigelassen werden. So bietet der Neue Finanzplan des Reiches, der nunmehr anläuft, das Bild einer außerordentlich fein gestalteten Maschine, die nicht nach einem Schema arbeitet, vielmehr dem Leben, seinen Veränderungen und Überraschungen soweit es nur möglich ist, Rechnung trägt. Schon in Kürze wird die Öffentlichkeit erfahren, in welcher Weise sich der Neue Plan bewährt. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die finanziellen Mitarbeiter des Führers das Steueraufkommen des Reiches im letzten Rechnungsjahr auf 17,7 Milliarden Reichsmark steigern konnten, so darf man den neuen Maßnahmen volles Vertrauen schenken. Man hat das Recht, von ihnen die Bewältigung der gewaltigen Aufgaben zu erhoffen, die eine große Zeit an Volk und Reich stellen.

Bank für Handel und Gewerbe im Jahre 1938.

Unter dem Vorsitz des Herrn Otto von Hantelmann, Babarówko, fand in den Räumen der Bank in Posen die diesjährige ordentliche Generalversammlung statt. Vertreten waren 1 832 100 Zloty Aktien von dem 2 Millionen Zloty betragenden Aktienkapital.

Wie aus dem Geschäftsbericht für das Jahr 1938 hervorgeht, haben sich die fremden Mittel um mehr als eine halbe Million weiter erhöht und damit die 10 Millionen-Grenze überschritten. Die Bank konnte allen gerechtfertigten Forderungen in vollem Maße entsprechen.

Die Bilanz schließt mit einer Endsumme von 16 289 718,52 Zloty und weist einen Bruttogewinn von 223 128,86 Zloty auf.

Die Fettversorgung in Deutschland.

Durch sorgfältige Einteilung der verfügbaren Bodenfläche ist der Anbau von Ölfrüchten bis zur Grenze des Möglichen in Deutschland gesteigert worden. So ist die Ernte an Raps und Rübsen von 7000 To. 1933 auf 128 000 To. 1938 gebracht worden. Die tierische Fettversorgung kann nur durch das Zusammenwirken vieler Maßnahmen weiter gehoben werden. Neben Intensivierung ist eine Reihe technischer Maßnahmen von großer Bedeutung, wie die Erstellung von Gärfutterbehältern, Erzeugung von Futterhefen, Ausbau des Molkereiwesens und die molkereimäßige Verarbeitung der Milch, schließlich die chemische Herstellung von Futtermitteln, welche die fetthaltigen zu ersetzen geeignet sind. Der deutsche Walfang hat im Fettsektor bereits eine fühlbare Entlastung gebracht, und dürfte in diesem Jahr über 100 000 To. Walöl erbringen. Da trotz allem auf die Einfuhr von Ölfrüchten noch nicht verzichtet werden kann, sind die Versuche beachtenswert, den südöstlichen, europäischen Wirtschaftsraum durch Gewährung guter Preise zur stärkeren Pflege von Ölpflanzen zu veranlassen. Alle diese Fragen werden übrigens bei der diesjährigen Hauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Fettforschung, die unter Beteiligung der Internationalen Kommission zum Studium der Fettstoffe im September in Berlin stattfindet, eingehende Erörterung finden.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 29. April auf 5,9244 zł festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 4½%, der Lombardsatz 5½%.

Warschauer Börse vom 28. April. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 90.20, 89.98 — 90.42, Belgrad —, Berlin —.—, 212.01 — 213.07, Budapest —, Bukarest —, Danzig —.—, 99.75 — 100.25, Spanien —, Holland 283.50, 282.78 — 284.22, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 111.25 110.97 — 111.53, London 24.88, 24.81 — 24.95, Newyork —.—, 5.30 — 5.32½, Oslo 125.10, 124.78 — 125.42, Paris 14.11, 14.07 — 14.15, Riga —, Sofia —, Stockholm 128.40, 128.08 — 128.72, Schweiz 119.20, 118.90 — 119.50, Helsingfors —.—, 10.97 — 11.03, Italien —.—, 27.95 — 28.09.

Berlin, 28. April. Amtliche Devisenkurse. Newyor 2,491—2.495, London 11.655—11.685, Holland 133.01—133.27, Norwegen 58.57—58.69, Schweden 60.03—60.15, Belgien 42.15—42.23, Italien 13.09—13.11, Frankreich 6.593—6.607, Schweiz 55.94—56.06, Danzig 47.00—47.10, Warschau —.—.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 amerikanischen Dollar 5.30 zł, dto. kanadischen 5.26½ zł, 1 Pfd. Sterling 24.79 zł, 100 Schweizer Frank 118.70 zł, 100 französische Frank 14.05 zł, 100 deutsche Reichsmark in Banknoten 68.00 zł, in Silber und Nickel 76.00 zł, in Gold fest —.— zł, 100 Danziger Gulden 99.75 zł, holländischer Gulden 282.50 zł, belgisch Belgas 89.95 zł, italienische Lire 17.00 zł.

Effekten-Börse.

Warschauer Effekten-Börse vom 28. April.

Festverzinsliche Wertpapiere: 3proz. Prämien-Invest.-Anleihe I. Em. Stück 86.00, 3prozentige Präm.-Inv.-Anleihe I. Em. Serie 90.00, 3prozentige Präm.-Inv.-Anl. II. Em. Stück 84.50, proz. Präm.-Inv. Anl. II. Em. Serie 88.00, 4prozentige Dollar-Präm.-Anl. Serie III Stück 41.00, 4prozentige Konf.-Anl. 1936 63.25—62.75—62.75, 4½proz. Staatliche Inn.-Anleihe 1937 61.75—62.00, 5proz. Staatliche Konv.-Anleihe 1924 67.00, 5½proz. Pfandbriefe der Staatl. Bank Rolny Serie I-II 81, 5½prozentige Pfandbriefe der Staatl. Bank Rolny Serie III 81, 7prozentige Kom.-Obligat. d. Landeswirtschaftsbank II.-III. Em. —, 8proz. Kom.-Obligat. der Landeswirtschaftsbank I. Em. —, 5½prozentige Pfandbriefe der Landeswirtschaftsbank I. Em. 81, 5½proz. Pfandbriefe der Landeswirtschaftsbank II.-VII. Em. 81, 5½proz. Kom.-Obligat. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 81, 5½proz. Kom.-Oblig. d. Landeswirtschaftsb. II.-III. u. IIIN Em. 81, 5½proz. Kom.-Obligat. der Landeswirtschaftsbank IV. Em. 81, 6prozentige Obligat. der Landeswirtschaftsbank III. Em. 97, 4½proz. L. Z. Tow. Kred. Ziem. der Stadt Warschau Serie V 59.00—59.25, 5prozentige L. Z. Tow. Kr. d. Stadt Petrikau 1938 —, 5prozentige L. Z. T. Kr. d. Stadt Warschau 1933 69.50—71.00, 5proz. L. Z. Tow. Kred. d. Stadt Lodz 1933 61.00—62.00, 6proz. Konv.-Anleihe der Stadt Warschau 1926 71.50—72.00, 5proz. L. Z. Tow. Kr. der Stadt Radom 1933 —.

Bank Polski-Aktien 116.50, Lilpop-Aktien —, Żyrardów-Aktien —.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 28. April. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Richtpreise:

Weizen	20.75–21.25	gelbe Lupinen	14.00–14.50
Roggen	15.00–15.25	blaue Lupinen	13.00–13.50
Braugerste	–.–	Serradelle	21.00–23.00
Gerste 700-720 g/l.	19.25–19.75	Winterraps	53.50–54.50
" 673-678 g/l.	18.50–19.00	Sommerraps	50.50–51.50
" 638-650 g/l.	–.–	Leinsamen	64.00–67.00
Wintergerste	–.–	blauer Mohn	–.–
Hafer I 480 g/l.	16.10–16.50	Senf	55.00–58.00
Hafer II 450 g/l.	15.50–16.00	Rotklee 95-97%	113.00–118.00
Weizenmehl:		roher Rotklee	70.00–85.00
I 0-35%	38.50–40.50	Weißklee	220.00–260.00
I 0-50%	35.75–38.25	Schwedenklee	190.00–200.00
IA 0-65%	33.00–35.50	Gelbklee, enthülst	63.00–70.00
II 35-50%	31.75–32.75	" nicht enth.	25.00–30.00
II 35-65%	28.75–31.25	Raygras, engl.	125.00–140.00
II 50-60%	27.25–28.25	Tymothe	43.00–50.00
IIA 50-65%	26.25–27.25	Leinkuchen	25.00–26.00
II 60-65%	24.75–25.75	Rapskuchen	13.50–14.50
III 65-70%	20.75–21.75	Sonnenblumen-	
Roggenmehl:		kuchen 42–43%	20.00–21.00
0-30%	26.00–26.75	Speisekartoffeln	4.00–4.50
I 0-50%	–.–	Weizenstroh, lose	1.50–1.75
IA 0-55%	24.50–25.25	" gepr.	2.25–2.75
Kartoffelmehl		Roggenstroh, lose	1.75–2.25
„Superior“	29.50–32.50	" gepr.	2.75–3.00
Weizenkleie, grob	14.50–15.00	Haferstroh, lose	1.50–1.75
" mittelg.	12.75–13.50	" gepr.	2.25–2.50
Roggenkleie	12.25–13.25	Gerstenstroh, lose	1.50–1.75
Gerstenkleie	12.50–13.50	" gepr.	2.25–2.50
Viktoria-Erbsen	33.00–36.00	Heu, lose (neu)	6.00–6.50
Folger-Erbsen	27.00–29.00	" gepreßt	7.00–7.50
Sommerwicken	21.00–22.50	Netzeheu, lose (neu)	6.50–7.00
Peluschken	22.00–23.00	" gepreßt	7.50–8.00
Winterwicken	–.–	Sojaschrot	–.–

Gesamtumsatz 2192 t, davon 980 t Roggen, 267 t Weizen, 225 t Gerste, 75 t Hafer, 382 t Mühlenprodukte, 51 t Sämereien, 212 t Futtermittel. Tendenz bei Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mühlenprodukten, Sämereien und Futtermitteln ruhig.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 29. April. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Standards: Roggen 706 g/l. (120,1 f. h.) zulässig 1% Unreinigkeit, Weizen 746 g/l. (126,7 f. h.) zulässig 2% Unreinigkeit, Hafer 460 g/l. (76,7 f. h.) zulässig 2% Unreinigkeit, Braugerste ohne Gewicht und ohne Unreinigkeit, Gerste 673-678 g/l. (114,1-115,1 f. h.) zulässig 1% Unreinigkeit, Gerste 644-650 g/l. (109-110,1 f. h.) zulässig 1% Unreinigkeit.

Richtpreise:

Roggen	15.50–15.60	Viktoria-Erbsen	30.00–34.00
Weizen	21.00–21.25	Folger-Erbsen	25.00–27.00
Braugerste	–.–	Sommerwicken	23.50–24.50
Gerste 673-678 g/l.	19.00–19.25	Peluschken	24.50–25.50
" 644-650 g/l.	18.50–18.75	gelbe Lupinen	13.00–13.50
Hafer	16.50–16.75	blaue Lupinen	12.00–12.50
Roggenmehl:		Serradelle	21.00–23.00
0-30% m. Sack	–.–	Sommerraps	47.00–48.00
IA 0-55% m. Sack	25.00–25.50	Winterraps	52.00–53.00
70%	24.00–24.50	Winterrübsen	46.00–47.00
(ausschl. für Freist. Danzig)		Leinsamen	61.00–63.00
Roggennachm.		blauer Mohn	–.–
0-95%	20.50–21.00	Senf	53.00–57.00
Weizenmehl:	m. Sack	Rotklee, ger. 97%	120.00–130.00
Weiz.-Auszugmehl		Rotklee, roh, unger.	70.00–80.00
0-30% m. Sack	41.25–42.25	Weißklee, 97% g.	300.00–325.00
0-35%	40.25–41.25	Weißklee, roh	215.00–265.00
I 0-50%	37.25–38.25	Schwedenklee	180.00–200.00
IA 0-65%	34.75–35.75	Gelbklee, enthülst	65.00–75.00
II 35-65%	30.25–31.25	Wundklee	90.00–100.00
Weizenschrotnach-		engl. Raygras	130.00–140.00
mehl 0-95%	28.25–29.25	Tymothe, ger.	40.00–45.00
Roggenkleie	12.75–13.25	Leinkuchen	25.25–25.75
Weizenkleie, fein	13.75–14.25	Rapskuchen	14.00–14.50
" mittelg.	13.50–14.00	Sonnenblumen-	
" grob	14.25–14.75	kuchen 40/42%	25.50—26.00
Gerstenkleie	13.25–13.75	Speisekartoffeln	5.00–5.25
Gerstengrütze, fein	31.00–32.00	Roggenstroh, lose	3.00–3.50
" mittl.	32.00–33.00	" gepr.	3.50–4.00
Perlgerstengrütze	42.50–43.00	Netzeheu, lose	7.00–7.50
Feld-Erbsen	24.00–26.00	" gepr.	7.75–8.25

Tendenz: Bei Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Roggenmehl, Weizenmehl, Gerstenkleie, Hülsenfrüchten und Futtermitteln ruhig, bei Roggen- und Weizenkleie belebt.

Abschlüsse zu anderen Bedingungen:

Roggen	367 t	Gerstenkleie	25 t	Hafer	15 t
Weizen	135 t	Speisekart.	90 t	Pferdebohnen	— t
Braugerste	— t	Fabrikkart.	— t	Roggenstroh	— t
a) Einheitsg.	85 t	Saatkartoffeln	— t	Weizenstroh	— t
b) Winterg.	— t	Kartoffelflock.	— t	Haferstroh	— t
Gerste	— t	Mohn, blau	— t	gelbe Lupinen	— t
Roggenmehl	197 t	Netzeheu, gepr.	30 t	blaue Lupinen	— t
Weizenmehl	25 t	Rapskuchen	— t	Süßlupinen	— t
Vikt.-Erbsen	— t	Gemenge	— t	Peluschken	— t
Folger-Erbsen	— t	Sommerraps	— t	Wicken	— t
grüne Erbsen	— t	Leinsamen	— t	Sonnenblumenkuchen	— t
Roggenkleie	31 t	Serradelle	— t	Hülsenfrüchte	— t
Weizenkleie	40 t	Buchweizen	— t		

Gesamtangebot 1071 t.

Warschau, 28. April. Getreide-, Mehl- und Futtermittelabschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 kg Parität Waggon Warschau: Einheitsweizen 23.25—23.75, Sammelweizen 22.75—23.25, Roggen I (Standard) 15.50—15.75, Roggen II (Standard) 15.25—15.50, Braugerste 19.75—20.25, Gerste I (Standard) 19.00—19.25, Gerste II (Standard) 18.75—19.00, Gerste III (Standard) 18.50—18.75, Hafer I (Standard) 17.25 bis 17.75, Hafer II (Stand.) 16.75—17.00, Speise-Felderbsen 27.00 bis 29.00, Viktoria-Erbs. 38.00—41.00, Folger-Erbs. 32.00—34.00, Sommerwicken 23.50—24.50, Peluschken 25.50—27.00, Serradelle 95% ger. 20.00–21.00, blaue Lupinen 12.50–13.00, gelbe Lupinen 14.25–14.75, Winterraps 58.00—59.00, Sommerraps 55.50—56.50, Winterrübsen 52.50—53.50, Sommerrübsen —.—, Leinsamen 58.00—59.00, roher Rotklee ohne dicke Flachsseide 85—95, Rotklee ohne Flachsseide bis 97% ger. 115—125, roher Weißklee 260.00—280.00, Weißklee ohne Flachsseide bis 97% ger. 310.00 bis 330.00, Schwedenklee 180.00—220.00, bl. Mohn 88.00—90.00, Senf mit Sack 59.00—62.00, Weizenmehl 0—30% 42.00—43.00, 0—35% 40.00—42.00, I 0—50% 37.00—40.00, IA 0—65% 35.00 bis 37.00, IIA 30—65% 31.50—33.00, IID 50—65% 27.00 bis 28.00, Weizen-Futtermehl 16.50—17.50, Weizen-Nachmehl 0–95% —.—, Roggenmehl 0—30% 27.25—27.75, Roggenmehl I 0—55% 25.50—26.00, Roggenmehl IIA 50—55% —.—, Roggen-Nachmehl 0—95% 20.75—21.25, Kartoffelmehl „Superior“ 32.00 bis 33.00, grobe Weizenkleie 14.25—14.75, mittelgrob 13.25—13.75, fein 13.25—13.75, Roggenkleie 0—70% 12.25—12.75, Gerstenkleie —.—, Leinkuchen 25.50—26.00, Rapskuchen 13.50 bis 14.00, Sonnenblumenkuchen 20.00—20.50, Soja-Schrot —.—, Speise-Kartoffeln 5.00–5.50, Fabrikkartoffeln Basis 18% 4.50–4.75, Roggenstroh, gepreßt, 4.25—4.75, Roggenstroh, lose (in Bündel) 4.75—5.25, Heu I, gepreßt 9.00—9.50, Heu II, gepreßt 7.25—7.75.

Gesamtumsatz 2066 t, davon 705 t Roggen, 43 t Weizen, 62 t Gerste, 109 t Hafer, 301 t Weizenmehl 473 t Roggenmehl.

Tendenz bei Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Roggen- und Weizenmehl ruhig.

Marktbericht für Sämereien der Samengroßhandlung Wiefel & Co., Bromberg. Am 29. April notierte unverbindlich für Durchschnittsqualität per 100 kg: Rotklee, ungereinigt 110—120, Weißklee 200—240, Schwedenklee 200—230, Gelbklee, enthülst 70—76, Gelbklee in Hülsen 35—38, Inkarnatklee 120—140, Wundklee 100—110, engl. Raygras, hiesiges 160—180, Timothee 44—48, Serradelle 18—22, Sommerwicken 24—26, Winterwicken (Vicia villosa) 62—66, Peluschken 25—27, Viktoria-Erbsen 32—35, Felderbsen 24—26, Senf 52—56, Sommerrübsen 46—48, Winterraps 51—53, Buchweizen 18—20, Hanf 48—52, Leinsamen 61—63, Hirse 19—22, Mohn, blau 90—93, Mohn, weiß 100—120, Lupinen, blau 11—12, Lupinen, gelb 12—13 zł.

Firmennachrichten.

v **Schöneck** (Skarszewy). Zwangsversteigerung der in Schöneck belegenenund im Grundbuch Schöneck auf den Namen der Witwe Katarzyna Ligmanowska eingetragenen Grundstücke: a) Band 49, Blatt 733, einstöckiges Wohnhaus und Schuppen, Schätzungswert 6500 Zloty; b) Band 38, Blatt 649, Viehstall, Schätzungswert 550 Zloty; c) Band 16, Blatt 248, Einfamilienhaus mit 2 Anbauten usw. in der ul. Dworcowa, Schätzungswert 3000 Zloty, am 27. Mai 1939, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 11.

v **Schöneck** (Skarszewy). Zwangsversteigerung des in der Landgemeinde Schöneck, Gromade Szczodrowo, belegenen und im Grundbuch Szczodrowo, Band 13, Blatt 198, Band 1, Blatt 84 bzw. Band 3, Blatt 52, Inh. Landwirt Konrad Bietka in Szczodrowo eingetragenen landwirtschaftlichen Grundstücks von insgesamt 7,87,90 Hektar (mit Wohn- und Wirtschaftsgebäuden) am 27 Mai 1939, 11 Uhr, im Burggericht, Zimmer 11. Schätzungswert 8000, Bietungspreis 6 600 Zloty.

v **Thorn** (Toruń). Zwangsversteigerung des in Thorn, [illegible]ellienstraße 74, belegene und im Grundbuch Thorn-Bromberger Vorstadt, Blatt 46, Inh. Adolf Hugo **Dyck**, eingetragenen Grundstücks (Frontwohnhaus mit 2 Hofgebäuden) am 9. Juni 1939, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 33. Schätzungswert 52 701,30, Bietungspreis 39 525,90 Zloty.

ex **Wongrowitz** (Wągrowiec). Zwangsversteigerung des in Roscinno belegenen und im Grundbuch Roscinno, Band 1, Blatt L. 21, Inh. Eheleute Antoni und Regina Lorecki, eingetragenen Landgrundstücks (mit Wohnhaus, Anbau, Viehstall, Stall, Hofscheune, Schuppen und Ackerland in Größe von 12,06,92 Hektar sowie lebendes und totes Inventar) am 31. Mai 1939, 10 Uhr, im hiesigen Burggericht, Zimmer 13. Schätzungswert 14 942, Bietungspreis 11 205,50, Kaution 1494,20 Zloty.

ex **Znin** (Żnin). Zwangsversteigerung des in Paryż belegenen und im Grundbuch Paryż-dobra, Band 1, Blatt 1, Inh. Kazimierz Szyman, eingetragenen Landbesitzes mit Wohnhäusern des Eigentümers sowie der Beamten und Instleute, Wirtschaftsgebäude, einem Teil des Inventars und Ackerland in Größe von 218,21,50 Hektar am 16. Mai 1939, 12 Uhr, im hiesigen Burggericht, Zimmer 4. Schätzungswert 314 000, Bietungspreis 157 000, Kaution 31 400 Zloty.

Deutsche Rundschau.

Bydgoszcz / Bromberg, Sonntag, 30. April 1939

Nr. 99.

Ich habe damals den Ausbau aus unserer Westbefestigung angeordnet und befohlen.

Sie war bereits am 25. September 1938 in einem Zustand, der die Widerstandskraft der einstigen Siegfried-Linie des Krieges 30 oder 40 Mal übertraf. Sie ist nunmehr im wesentlichen fertiggestellt und erhält zur Zeit die später von mir neu angegebenen Linien von Aachen und Saarbrücken. Auch diese sind bereits in einem hohen Ausmaß verteidigungsfertig. In dem Zustand, in dem sich dieses gewaltigste Festungswerk aller Zeiten heute befindet, kann die Deutsche Nation die beruhigende Überzeugung ihr eigen nennen, daß es keiner Macht der Welt gelingen wird, diese Front jemals zu durchbrechen!

München und seine Auswirkungen.

Nachdem der erste Provokationsversuch durch die tschechische Mobilisation noch nicht zum gewünschten Ergebnis führte, begann die zweite Phase, in dem die Tendenz für diese

ausschließlich Mitteleuropa angehende Angelegenheit

erst recht unverhüllt zutage trat. Wenn heute der Schrei in der Welt erhoben wird: „Niemals wieder München!", dann ist dies die Bestätigung dafür, daß den Kriegshetzern die friedliche Lösung des Problems als das verderblichste erschien, was jemals geschah. Sie bedauern, daß kein Blut geflossen ist, nicht ihr Blut natürlich: denn diese Hetzer stehen ja nicht dort, wo geschossen, sondern nur dort, wo verdient wird — sondern das Blut vieler namenloser Soldaten. Es wäre im übrigen aber auch gar nicht notwendig gewesen, daß die Konferenz von München stattfand, denn diese Konferenz war nur deshalb zustandegekommen, weil die erst zum Widerstand um jeden Preis aufhetzenden Staaten später, als das Problem so oder so zur Lösung drängte, in einer mehr oder weniger anständigen Form versuchen mußten, sich den Rückzug zu ermöglichen; denn ohne München, d. h. ohne die Einmischung dieser westeuropäischen Staaten wäre die Lösung des ganzen Problems — wenn es überhaupt je zu einer solchen Zuspitzung gekommen sein würde — wahrscheinlich spielend leicht möglich gewesen.

Die Münchener Entscheidung führte nun zu folgendem Ergebnis:

1. Rückkehr der wesentlichsten Teile der deutschen Randbesiedelung in Böhmen und Mähren zum Reich.

2. Offenhaltung der Lösung der übrigen Probleme dieses Staates, d. h. der Rückkehr bezw. des Ausscheidens der noch vorhandenen ungarischen und jugoslawischen Minoritäten.

3. Blieb noch offen die Frage der Garantie. Die Garantie dieses Staates war, soweit es sich um Deutschland und Italien handelte, von vornherein abhängig gemacht worden von der Zustimmung aller an diesen Staat angrenzenden Interessenten. Und damit von der tatsächlichen Lösung der diese Interessenten berührenden und noch offen gebliebenen Fragen. Folgende Fragen aber waren offen geblieben:

1. Rückkehr der magyarischen Teile zu Ungarn;
2. Rückkehr der polnischen Teile zu Polen;
3. Lösung der Slowakischen Frage und
4. Lösung der Ukrainischen Frage.

Der Wiener Schiedsspruch.

Wie Ihnen bekannt ist, haben nun, nachdem kaum die Verhandlungen zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei begonnen hatten, sowohl die tschechoslowakischen als auch die ungarischen Unterhändler an Deutschland und an das an unserer Seite stehende Italien die Bitte gerichtet, als Schiedsrichter die neue Grenzziehung zwischen der Slowakei, der Karpato-Ukraine und Ungarn vorzunehmen. Damit haben die Betroffenen selbst von der Möglichkeit — an die vier Mächte zu appellieren — keinen Gebrauch gemacht, sondern ausdrücklich Verzicht geleistet, d. h. sie abgelehnt.

Und dies war selbstverständlich! Alle, die in diesem Lebensraum Wohnenden wollten Ruhe und Frieden erhalten. Italien und Deutschland waren bereit, diesem Ruf zu folgen. Ein Einspruch gegen diese an sich ja schon die Münchener Abmachung formell veranlassende Abmachung wurde weder von England noch von Frankreich erhoben und konnte nicht erhoben werden; denn es wäre ja wahnsinnig gewesen, etwa von Paris oder London aus zu protestieren gegen eine Handlung Deutschlands oder Italiens, die allein auf Grund des Ansuchens der Betroffenen selbst stattfand.

Der Schiedsspruch von Italien und Deutschland hat — wie in solchen Fällen stets — keine Seite restlos befriedigt. Er krankte von vornherein daran, daß er von beiden Seiten freiwillig anerkannt werden mußte. Als daher dieser Schiedsspruch zur Verwirklichung kam, erhoben sich auch sofort schon kurze Zeit nach der Annahme von zwei Staaten heftige Einsprüche:

Ungarn forderte aus allgemeinen und besonderen Interessen die Karpato-Ukraine,

Polen forderte desgleichen eine direkte Verbindung mit Ungarn.

Es war klar, daß unter solchen Umständen auch der Reststaat dieser einstigen Versailler Geburt zum Tode bestimmt war.

Rumänien fordert direkten Weg nach Deutschland!

Tatsache war, daß an der Aufrechterhaltung des bisherigen Status vielleicht überhaupt nur ein einziger Staat interessiert war, nämlich Rumänien, das durch seinen berufensten Mund mir persönlich zum Ausdruck brachte, wie erwünscht es wäre, über die Ukraine und Slowakei vielleicht einen direkten Weg nach Deutschland erhalten zu können. Ich erwähne dies als eine Illustration für das Gefühl der „Bedrohung durch Deutschland", unter der die Rumänische Regierung nach den Auffassungen amerikanischer Hellseher gelitten haben soll. Es war aber nun klar, daß es nicht die Aufgabe Deutschlands sein konnte, sich auf die Dauer einer Entwicklung zu widersetzen oder gar für einen Zustand zu kämpfen, für den wir niemals eine Verantwortung hätten übernehmen können.

Es kam daher jener Augenblick, in dem ich mich namens der Reichsregierung entschloß zu erklären, daß wir nicht daran dächten, uns länger mit dem Odium zu belasten, um etwa eine deutsche Vormarschstraße nach Rumänien offen zu halten, dem gemeinsamen Grenzwunsch der Polen und Ungarn zu widersprechen. Da außerdem die Tschechische Regierung zu ihren alten Methoden zurückkehrte und auch die Slowakei ihre Selbständigkeitswünsche offenbarte, war von einer weiteren Erhaltung des Staates keine Rede mehr.

Die Versailler Konstruktion der Tschechoslowakei hat sich selbst überlebt!

Sie verfiel der Auflösung, nicht weil Deutschland dies wollte, sondern weil man am Konferenztisch auf die Dauer nicht künstlich lebensunfähige Staaten konstruieren und aufrecht erhalten kann.

Deutschland hat daher auch auf eine wenige Tage vor der Auflösung dieses Staates von England und Frankreich eingegangene Anfrage über eine Garantie diese abgelehnt; denn es fehlten ja alle seinerzeit in München dafür vorgesehenen Voraussetzungen. Im Gegenteil! Als sich endlich die Deutsche Reichsregierung — nachdem das ganze Gebilde in Auflösung begriffen war, und sich auch schon praktisch aufgelöst hatte — entschloß, ihrerseits ebenfalls einzugreifen, geschah dies nur im Vollzug einer selbstverständlichen Pflicht; denn folgendes ist noch zu bemerken:

Die Deutsche Reichsregierung hat bereits beim ersten Antrittsbesuch des tschechischen Außenministers Chvalkovsky in München ihre Auffassung über die Zukunft der Tschechoslowakei klar zum Ausdruck gebracht. Ich selbst habe damals dem Herrn Minister Chvalkovsky versichert, daß wir unter der Voraussetzung einer loyalen Behandlung der in der Tschechoslowakei verbliebenen großen deutschen Minderheiten und in der Voraussetzung einer Beruhigung des ganzen Staates eine loyale Haltung Deutschlands sicherstellen würden und von uns aus diesem Staat keine Hindernisse bereiten wollten. Ich habe aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn die Tschechei irgend welche Schritte unternehmen würde, im Sinne der politischen Tendenzen des abgetretenen Herrn Dr. Benesch, Deutschland eine Entwicklung in dieser Richtung nicht hinnehmen, sondern schon im Keime auslöschen würde.

Ich wies damals auch darauf hin, daß die Aufrechterhaltung eines so gewaltigen militärischen Arsenals in Mitteleuropa ohne Sinn und Zweck nur als Gefahrenherd angesehen werden müsse.

Wie richtig diese meine Warnung war, wurde durch die spätere Entwicklung erwiesen. Durch eine fortgesetzt sich steigernde Flüsterpropaganda sowohl als durch ein allmähliches Abgleiten tschechischer Zeitungen in die frühere Tonart mußte auch dem Einfältigsten klar werden, daß in kurzer Zeit die alten Zustände wieder vorhanden sein würden. Die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung war um so größer, als ja immer damit gerechnet werden mußte, daß sich irgend welche Wahnsinnigen der aufgestapelten ungeheuren Kriegsmaterialien bemächtigen konnten. Dies barg in sich die Gefahr von Explosionen unabsehbaren Umfanges. Ich kann nicht umhin, zum Beweis dessen, Ihnen, meine Abgeordneten, einen Einblick zu geben in

die geradezu gigantisch anmutende Zahlen dieses mitteleuropäischen internationalen Sprengstofflagers.

Seit der Besetzung dieses Gebietes wurden beschlagnahmt und sichergestellt.

A) Luftwaffe:

Flugzeuge	1 582
Flakgeschütze	501

B) Heer:

1. Geschütze (leichte und schwere)	2 175
2. Minenwerfer	785
3. Panzerkampfwagen	469
4. Maschinengewehre	43 876
5. Pistolen	114 000
6. Gewehre	1 090 000

C) Munition:

1. Infanterie-Munition über eine Milliarde Schuß
2. Artillerie- und Gas-Munition über drei Millionen Schuß

D) Sonstiges Kriegsgerät aller Art wie:

Brückengerät
Horchgerät
Scheinwerfer-Gerät
Meßgerät
Kraftfahrzeuge u. Sonder-Kraftahrzeuge
In größten Mengen!

Ich glaube, es ist ein Glück für Millionen und Abermillionen von Menschen, daß es mir gelungen ist, dank der in letzter Minute wirksam werdenden Einsicht verantwortlicher Männer auf der anderen Seite eine solche Explosion verhindert und eine Lösung gefunden zu haben, die meiner Überzeugung nach dieses Problem als einen mitteleuropäischen Gefahrenherd endgültig aus der Welt schafft.

Die Behauptung, daß nun diese Lösung im Gegensatz zur Abmachung von München stünde, kann durch gar nichts begründet oder erhärtet werden. Die Münchener Lösung konnte unter keinen Umständen als eine endgültige gelten; denn sie hat ja selbst zugegeben, daß weitere Probleme noch der Lösung bedürften und gelöst werden sollten. Daß sich nun die Betroffenen — und dies ist entscheidend — nicht an die vier Mächte gewandt haben, sondern nur an Italien und Deutschland, kann wirklich nicht uns vorgeworfen werden. Ebenso wenig auch, daß der Staat endlich als solcher von selbst zerfallen war und damit eine Tschechoslowakei nicht mehr existierte. Daß aber, nachdem das ethnografische Prinzip schon längst außer Kraft gesetzt worden war, nunmehr auch Deutschland seine immerhin tausendjährigen Interessen, die nicht nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher Art sind, in seine Obhut nahm, ist wohl selbstverständlich. Ob die Lösung, die Deutschland gefunden hat, richtig oder nicht richtig ist, wird die Zukunft erweisen.

Sicher aber ist das eine, daß diese Lösung nicht einer englischen Kontrolle oder englischen Kritik untersteht

Denn die Länder Böhmen und Mähren haben als letzte Restgebiete der ehemaligen Tschechoslowakei mit der Münchener Abmachung überhaupt nichts mehr zu tun. So wenig als etwa englische Maßnahmen, sagen wir in Irland, mögen sie richtig oder falsch sein, einer deutschen Kontrolle oder Kritik unterstellt sind, so wenig ist dies bei diesen alten deutschen Kurfürstentümern der Fall.

Kündigung des deutsch-englischen Flottenabkommens.

Die Münchener Abrede Hitler-Chamberlain

Wie man aber die in München zwischen Herrn Chamberlain und mir persönlich getätigte Abmachung auf diesen Fall beziehen kann, ist mir gänzlich unverständlich; denn dieser Fall der Tschechoslowakei war ja in dem Münchener Protokoll der vier Mächte geregelt worden, soweit er eben damals geregelt werden konnte. Darüber hinaus war nur vorgesehen, daß, wenn die Beteiligten nicht zu einer Einigung kommen würden, sie sich an die vier Mächte würden wenden können. Und diese sollten dann nach drei Monaten zu einer weiteren Beratung zusammentreten. **Nun haben aber diese Beteiligten sich überhaupt nicht mehr an die vier Mächte gewandt, sondern nur an Deutschland und Italien.** Wie sehr diese dazu doch letzten Endes berechtigt waren, geht daraus hervor, daß weder England noch Frankreich dagegen Einspruch erhoben haben, sondern den von Deutschland und Italien gefällten Schiedsspruch ohne weiteres von selbst akzeptierten.

Nein, die Abmachung, die zwischen Herrn Chamberlain und mir getroffen wurde, hat sich nicht auf dieses Problem bezogen, sondern ausschließlich auf Fragen, die das Zusammenleben Englands und Deutschlands betreffen. Das geht auch eindeutig hervor aus der Feststellung, daß solche Fragen im Sinne des Münchener Abkommens und des deutsch-englischen Flottenvertrages, in Zukunft also freundschaftlich behandelt werden sollten, und zwar auf dem Wege der Konsultierung. Wenn sich aber dieses Abkommen auf jede künftige deutsche Betätigung politischer Art bezogen haben würde, dann dürfte auch England keinen Schritt mehr unternehmen, sei es z. B. in Palästina oder anderswo, ohne sich mit Deutschland erst zu konsultieren. Es ist selbstverständlich, daß wir dies nicht erwarten, ebenso aber lehnen wir jede ähnliche Erwartung, die an uns gestellt wird, ab. Wenn nun Herr Chamberlain daraus folgert, daß diese Münchener Abmachung damit hinfällig sei, weil sie von uns gebrochen worden wäre, so nehme ich nunmehr diese Auffassung zur Kenntnis und ziehe daraus die Konsequenzen.

Ich habe während meiner ganzen politischen Tätigkeit immer den Gedanken der Herstellung einer

engen deutsch-englischen Freundschaft und Zusammenarbeit

vertreten. Ich fand in meiner Bewegung ungezählte gleichgesinnte Menschen. Vielleicht schlossen diese sich mir auch wegen dieser meiner Einstellung an. **Dieser Wunsch nach einer deutsch-englischen Freundschaft und Zusammenarbeit deckt sich nicht nur mit meinen Gefühlen, die sich aus der Herkunft unserer beiden Völker ergeben, sondern auch mit meiner Einsicht in die im Interesse der ganzen Menschheit liegende**

Wichtigkeit der Existenz des Britischen Weltreiches.

Ich habe niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß ich im Bestande dieses Reiches einen unschätzbaren Wertfaktor für die ganze menschliche Kultur und Wirtschaft sehe. Wie immer auch Großbritannien seine kolonialen Gebiete erworben hat — ich weiß, es geschah dies alles durch Gewalt und sehr oft durch Brutalität — so bin ich mir doch darüber im Klaren, daß kein anderes Reich auf anderem Wege bisher entstanden ist, und daß letzten Endes vor der Weltgeschichte weniger die Methode als der Erfolg gewertet wird, und zwar nicht im Sinne des Erfolges der Methode, sondern des allgemeinen Nutzens, der aus einer solchen Methode entsteht.

Das angelsächsische Volk hat nun ohne Zweifel eine unermeßliche kolonisatorische Arbeit auf dieser Welt vollbracht. Dieser Arbeit gehört meine aufrichtige Bewunderung. Der Gedanke an eine Zerstörung dieser Arbeit erschiene und erscheint mir von einem höheren menschlichen Standpunkt aus nur als ein Ausfluß menschlichen Herostratentums. Allein dieser mein aufrichtiger Respekt vor dieser Leistung bedeutet nicht einen Verzicht auf die Sicherung des Lebens meines eigenen Volkes. Ich halte es für unmöglich, eine dauernde Freundschaft zwischen dem deutschen und dem angelsächsischen Volk herzustellen, wenn nicht auch auf der anderen Seite die Erkenntnis vorhanden ist, daß es nicht nur britische sondern auch deutsche Interessen gibt, daß nicht nur die Erhaltung des Britischen Weltreiches für die britischen Männer Lebensinhalt und Lebenszweck ist, sondern für die deutschen Männer die Freiheit und Erhal-

tung des Deutschen Reiches! Eine wirkliche dauernde Freundschaft zwischen diesen beiden Nationen ist nur denkbar, unter der Voraussetzung der gegenseitigen Respektierung. Das englische Volk beherrscht ein großes Weltreich. Es hat dieses Weltreich gebildet in einer Zeit der Erschlaffung des deutschen Volkes. Vordem war Deutschland ein großes Weltreich. Es beherrschte einst das Abendland. In blutigen Kämpfen und religiösen Streitigkeiten sowie aus Gründen einer inneren staatlichen Aufsplitterung ist dieses Reich an Macht und Größe gefallen und endlich in tiefen Schlaf versunken. Allein, als dieses alte Reich ein Ende zu nehmen schien, da sproßte bereits der Keim zu seiner Wiedergeburt. Aus Brandenburg und Preußen entstand ein neues Deutschland, das Zweite Reich, und aus ihm wurde nunmehr endlich das Deutsche Volksreich. Es müßten nur alle Engländer begreifen, daß wir nicht im geringsten das Gefühl einer Inferiorität (= Minderwertigkeit) den Briten gegenüber besitzen. Dazu ist unsere geschichtliche Vergangenheit zu gewaltig!

England hat der Welt viele große Männer geschenkt, Deutschland nicht weniger. Der schwere Kampf um die Lebensbehauptung unseres Volkes hat im Laufe von drei Jahrhunderten nur in der Verteidigung des Reiches von uns Blutopfer gefordert, die weit darüber hinausgingen, was andere Völker für ihre Existenz zu bringen hatten. Wenn Deutschland als ewig angegriffener Staat aber trotzdem seinen Besitzstand nicht zu wahren vermochte, sondern viele Provinzen opfern mußte, dann nur infolge seiner staatlichen Zielentwicklung und der daraus bedingten Ohnmacht! Dieser Zustand ist nun überwunden. Wir haben daher als Deutsche nicht im geringsten die Empfindung, dem britischen Volke etwa unterlegen zu sein. Die Achtung vor uns selbst ist genau so groß wie die eines Engländers vor England. Die Geschichte unseres Volkes hat in ihrer nunmehr fast 2000jährigen Dauer Anlässe und Taten genug, um uns mit einem aufrichtigen Stolz zu erfüllen.

Wenn nun England für diese unsere Einstellung kein Verständnis aufbringt, sondern glaubt, in Deutschland vielleicht einen Vasallenstaat erblicken zu können, dann ist allerdings unsere Liebe und unsere Freundschaft an England umsonst dargeboten worden. Wir werden deshalb nicht verzweifeln oder verzagen, sondern wir werden dann — gestützt auf das Bewußtsein unserer eigenen Kraft und auf die Kraft unserer Freunde — die Wege finden, die unsere Unabhängigkeit sicherstellen und unserer Würde keinen Abbruch tun.

Ich habe die Erklärung des britischen Premierministers vernommen, nach der er meint, in Versicherungen Deutschlands kein Vertrauen setzen zu können. Ich halte es unter diesen Umständen für selbstverständlich, daß wir weder uns noch dem englischen Volk weiterhin eine Lage zumuten wollen, die nur unter Vertrauen denkbar ist. Als Deutschland nationalsozialistisch wurde und damit seine Wiederauferstehung einleitete, habe ich im Verfolg meiner unentwegten Freundschaftspolitik England gegenüber von mir aus selbst den Vorschlag einer freiwilligen Begrenzung der deutschen Seerüstung gemacht. Diese Begrenzung setzte allerdings eines voraus, nämlich den Willen und die Überzeugung, daß zwischen England und Deutschland niemals mehr ein Krieg möglich sein würde. Diesen Willen und die Überzeugung besitze ich auch heute noch.

Ich muß aber nunmehr feststellen, daß die Politik Englands inoffiziell und offiziell keinen Zweifel darüber läßt, daß man in London diese Überzeugung nicht mehr teilt, sondern im Gegenteil der Meinung ist, daß ganz gleich, in welchen Konflikt Deutschland einmal verwickelt werden würde, Großbritannien stets gegen Deutschland Stellung nehmen müßte. Man sieht also dort den Krieg gegen Deutschland als etwas Selbstverständliches an. Ich bedauere dies tief, denn die einzige Forderung, die ich an England stellte und immer stellen werde, ist die nach Rückgabe unserer Kolonien. Ich ließ aber keine Unklarheit darüber, daß dies niemals der Grund für eine kriegerische Auseinandersetzung sein würde. Ich war immer des Glaubens, daß England, für das diese Kolonien keinen Wert haben, einmal Verständnis für die deutsche Lage aufbringen würde und die deutsche Freundschaft dann höher bewerten müßte, als den Besitz dieser Kolonien, die keinerlei realen Nutzen für England abwerfen, während sie für Deutschland lebenswichtig sind.

Ich habe aber, davon abgesehen, nie eine Forderung gestellt, die irgendwie britisches Interesse berührt haben würde oder diesem Weltreich hätte gefährlich werden können und mithin für England irgend einen Schaden bedeutet haben könnte. Ich habe mich immer nur im Rahmen jener Forderungen bewegt, die auf das engste mit dem deutschen Lebensraum und damit dem ewigen Besitz der Deutschen Nation zusammenhängen. Wenn nun England heute in der Publizistik und offiziell die Auffassung vertritt, daß man gegen Deutschland unter allen Umständen auftreten müßte und dies durch die uns bekannte Politik der Einkreisung bestätigt, dann ist damit die

Voraussetzung für den Flottenvertrag beseitigt!

Ich habe mich daher entschlossen, dies der Britischen Regierung mit dem heutigen Tage mitzuteilen. Es handelt sich dabei für uns nicht um eine materielle Angelegenheit — denn ich hoffe noch immer, daß wir ein Wettrüsten mit England vermeiden können — sondern um einen Akt der Selbstachtung. Sollte die Britische Regierung aber Wert darauf legen, mit Deutschland über dieses Problem noch einmal in Verhandlungen einzutreten, dann würde sich niemand glücklicher schätzen als ich, um vielleicht doch noch zu einer klaren und eindeutigen Verständigung kommen zu können.

Im übrigen kenne ich mein Volk — und ich baue darauf. Wir wollen nichts, was uns nicht einst gehört hat! Kein Staat wird von uns in seinem Eigentum jemals beraubt werden, allein jeder, der Deutschland glaubt angreifen zu können, wird eine Macht und einen Widerstand vorfinden, gegenüber denen die des Jahres 1914 unbedeutend waren.

Die Rückkehr des Memellandes.

Ich möchte im Zusammenhang damit auch gleich jenen angeblichen „Fall" besprechen, der von denselben Kreisen, die einst die Mobilisierung der Tschechoslowakei veranlaßten, als Ausgangspunkt der neuen Kampagne gegen das Reich gewählt wurde.

Ich habe schon eingangs meiner Rede Ihnen, meine Abgeordneten versichert, daß ich niemals, sei es im Falle Österreich, oder sei es im Falle der Tschechoslowakei, in meinem politischen Leben eine andere Haltung eingenommen habe, als sie sich mit den nunmehr vollzogenen Ereignissen vereinbaren ließ. Ich habe daher auch dem

Problem des Memeldeutschtums

gegenüber stets darauf hingewiesen, daß diese Frage, wenn sie nicht von Litauen selbst in einer vornehmen und großzügigen Weise ihre Lösung finden würde, eines Tages Deutschland auf den Platz rufen müßte. Sie wissen, daß das Memelgebiet einst durch das Diktat von Versailles ebenfalls gänzlich willkürlich vom Deutschen Reich gerissen wurde und daß endlich im Jahre 1923, also schon inmitten des tiefsten Friedens, dieses Gebiet von Litauen besetzt und damit mehr oder weniger beschlagnahmt worden war.

Das Schicksal der Deutschen ist dort seitdem ein wahres Martyrium gewesen.

Es ist mir nun im Zuge der Rückgliederung Böhmens und Mährens in den Rahmen des Deutschen Reiches auch möglich geworden, eine Abmachung mit der Litauischen Regierung zu finden, die die Rückkehr dieses Gebietes ebenfalls ohne jeden Gewaltakt und ohne Blutvergießen nach Deutschland gestattete.

Auch hier habe ich nicht eine Quadratmeile mehr verlangt, als wir vorher besaßen und uns geraubt worden war. Das heißt also, es ist nur das Gebiet, das die wahnsinnigen Friedensdiktatoren von Versailles von uns gerissen hatten, wieder zum Deutschen Reich zurückgekehrt.

Für das Verhältnis Deutschlands zu Litauen

wird aber diese Lösung, dessen bin ich überzeugt, nur vorteilhaft sein. Denn Deutschland hat — dies wurde ja durch unser Verhalten bewiesen — nunmehr kein anderes Interesse, als auch mit diesem Staat in Frieden und Freundschaft zu leben und unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu ihm zu finden und zu pflegen. Und hier möchte ich grundsätzlich eines erklären:

Die Bedeutung wirtschaftlicher Abmachungen mit Deutschland

liegt nicht nur darin, daß Deutschland als Exporteur befähigt ist, alle industriellen Anforderungen zu erfüllen, sondern daß es zugleich auch als gewaltigster Konsument der Käufer zahlreicher Produkte ist, die es anderen Ländern überhaupt erst ermöglichen, ihrerseits am Welthandel teilzunehmen. Wir haben nun ein Interesse daran, diese wirtschaftlichen Märkte uns nicht nur zu erhalten, sondern vor allem, sie auch zu pflegen. Darauf basiert zu einem hohen Prozentsatz die Existenz unseres Volkes.

Warnung an alle Boykott-Hetzer!

Es gehört wieder zur „Größe" sogenannter demokratischer Staatsmänner, einen eminenten, politischen Erfolg darin sehen zu wollen, einem Volk seinen Absatz zum Beispiel durch Boykott an Verkaufsmärkten zu verschließen, um es damit — so nehme ich wohl an — zum Aushungern zu bringen. Ich brauche Ihnen nicht zu versichern, daß meiner Überzeugung nach die Völker daran nicht verhungern, sondern, daß sie unter solchen Umständen eher

immer noch lieber kämpfen

würden. Was Deutschland betrifft, ist es jedenfalls entschlossen, sich gewisse lebenswichtige Märkte nicht durch terroristische Eingriffe von außen oder Drohungen rauben zu lassen. Dies liegt aber nicht nur in unserem Interesse, sondern ebenso auch im Interesse unserer Handelspartner. Es ist hier, wie bei jedem Geschäft, nicht eine einseitige, sondern eine gegenseitige Abhängigkeit vorhanden.

Wie oft haben wir das Vergnügen, in den dilettantischen wirtschaftlichen Abhandlungen der demokratischen Presse zu lesen, daß Deutschland deshalb, weil es mit einem Land enge wirtschaftliche Beziehungen unterhält, dieses Land in seine Abhängigkeit bringt. Ein geradezu haarsträubender jüdischer Unsinn!

Denn wenn heute das Deutsche Reich einem Agrarstaat Maschinen liefert und dafür von diesem Lebensmittel erhält, dann ist das Reich als Konsument von Lebensmitteln, von diesem Agrarstaat mindestens ebenso, wenn nicht noch mehr, abhängig als der Agrarstaat, der von uns als Bezahlung Industrieprodukte empfängt. Deutschland sieht in den baltischen Staaten mit die wichtigsten Handelspartner. Wir sind aus diesem Grunde interessiert, daß sie ein eigenes und unabhängiges geordnetes nationales Leben führen. Dies ist in unseren Augen die Voraussetzung für jene innere wirtschaftliche Entwicklung, die selbst wieder die Voraussetzungen für den Tauschverkehr liefert.

Ich bin daher glücklich, daß wir auch mit Litauen den Streitpunkt, der zwischen unseren Ländern lag, beseitigen konnten. Denn damit ist das einzige Hindernis aus dem Wege geräumt für eine freundschaftliche Politik, die sich nicht in politischen Komplimenten, sondern in wirtschaftlicher, praktischer Arbeit bewähren kann, und — wie ich überzeugt bin — bewähren wird. Die demokratische Welt hat allerdings auch hier zutiefst bedauert, daß das Blutvergießen ausblieb, daß also 175 000 Deutsche in die von ihnen über alles geliebte Heimat zurückkehren konnten, ohne daß ein paar Hunderttausend Andere deshalb erschossen wurden! Dies schmerzt die humanen Weltapostel tief. Es war daher nicht verwunderlich, daß sie sofort im Anschluß daran nach neuen Möglichkeiten Ausschau hielten, die europäische Atmosphäre eben doch noch einmal gründlich zu stören und so, wie im Falle der Tschechoslowakei, griffen sie dieses Mal wieder zur Behauptung „deutscher militärischer Maßnahmen", d. h. also einer sogenannten „deutschen Mobilmachung". Das Objekt dieser Mobilmachung sollte Polen sein.

Kündigung des deutsch-polnischen Zehnjahrespakts.

Über das deutsch-polnische Verhältnis ist wenig zu sagen!

Der Friedensvertrag von Versailles hat auch hier, und zwar natürlich mit Absicht, dem deutschen Volk die schwerste Wunde zugefügt. Durch die eigenartige Festlegung des Korridors Polens zum Meer sollte vor allem auch für alle Zeiten eine Verständigung zwischen Polen und Deutschland verhindert werden. Das Problem ist — wie schon betont — für Deutschland vielleicht das allerschmerzlichste. Allein trotzdem habe ich unentwegt die Auffassung vertreten, daß die Notwendigkeit eines freien Zugangs zum Meer für den Polnischen Staat nicht übersehen werden kann und daß überhaupt grundsätzlich auch in diesem Fall die Völker, die nun einmal von der Vorsehung dazu bestimmt oder meinetwegen verdammt sind, nebeneinander zu leben, sich zweckmäßigerweise nicht künstlich und unnotwendig das Leben noch verbittern sollten.

Der verstorbene Marschall Pilsudski, der derselben Meinung anhing, war daher bereit, die Frage einer Entgiftung des deutsch-polnischen Verhältnisses zu überprüfen und endlich das Abkommen abzuschließen, durch das Deutschland und Polen in der Regelung ihrer beiderseitigen Beziehungen entschlossen waren, auf das Mittel des Krieges endgültig zu verzichten. Diese Abmachung hatte allerdings eine einzige Ausnahme: Sie wurde praktisch Polen zugestanden. Es wurde festgestellt, daß die von Polen schon bisher getroffenen Beistandspakte, etwa wie der Beistandspakt mit Frankreich, dadurch nicht berührt werden sollten. Es war aber selbstverständlich, daß sich dies ausschließlich auf den bereits vorhandenen Beistandspakt beziehen konnte und nicht auf beliebig neu abzuschließende.

Das Problem Danzig.

Tatsache ist, daß das deutsch-polnische Abkommen zur außerordentlichen Entspannung der europäischen Lage beitrug. Immerhin war zwischen Deutschland und Polen eine Frage offen, die früher oder später ganz natürlich gelöst werden mußte, die Frage der deutschen Stadt Danzig. Danzig ist eine deutsche Stadt, und sie will zu Deutschland. Umgekehrt hat diese Stadt vertragliche Abmachungen, die ihr allerdings aufgezwungen waren durch die Versailler Friedensdiktatoren mit Polen. Da außerdem der Völkerbund früher als größter Unruhestifter, nunmehr mit einem allerdings außerordentlich taktvollen Hohen Kommissar vertreten ist, muß spätestens mit dem allmählichen Erlöschen dieser unheilvollen Institution das Problem Danzig so oder so erörtert werden. Ich sah nun in der friedlichen Lösung dieser Frage einen weiteren Beitrag für eine endgültige europäische Entspannung. Denn dieser Entspannung dient man sicherlich nicht durch die Hetze wahnsinnig gewordener Kriegstreiber, sondern durch die Beseitigung wirklicher Gefahrenmomente.

Ich habe nun der Polnischen Regierung, nachdem das Problem Danzig schon vor Monaten einige Male besprochen worden war, ein konkretes Angebot unterbreiten lassen. Ich teile Ihnen, meine Abgeordneten, nunmehr dieses Angebot mit und Sie werden sich selbst ein Urteil bilden, ob es nicht im Dienst des europäischen Friedens das gewaltigste Entgegenkommen darstellt, das an sich denkbar war. Ich habe, wie schon betont, die Notwendigkeit eines Zuganges dieses Staates zum Meer stets eingesehen und damit auch in Rechnung gestellt. Ich bin ja kein demokratischer Staatsmann, sondern ein realistischer Nationalsozialist. Ich hielt es aber auch für notwendig, der Warschauer Regierung klar zu machen, daß so, wie sie einen Zugang zum Meere wünscht, Deutschland einen Zugang braucht zu seiner Provinz im Osten. Es sind dies nun einmal schwierige Probleme. Dafür ist nicht Deutschland verantwortlich, sondern jene Zauberkünstler von Versailles, die in ihrer Bosheit oder in ihrer Gedankenlosigkeit in Europa hundert Pulverfässer herumstellte, von denen jedes einzelne außerdem noch mit kaum auslöschbaren Lunten versehen worden war. Man kann nun diese Probleme nicht nach irgend einem Außenschema lösen, sondern ich halte es für notwendig, daß man hier neue Wege geht. Denn der Weg Polens zum Meer durch den Korridor und umgekehrt ein deutscher Weg durch diesen Korridor haben überhaupt keinerlei militärische Bedeutung. Ihre Bedeutung liegt ausschließlich auf psychologischem und wirtschaftlichem Gebiet. Einem solchen Verkehrsstrang eine militärische Bedeutung zuweisen zu wollen, hieße sich einer militärischen Naivität von seltenem Ausmaß ergeben.

Das deutsche Angebot an Polen.

Ich habe nun der Polnischen Regierung folgenden Vorschlag unterbreiten lassen:

1. Danzig kehrt als Freistaat in den Rahmen des Deutschen Reiches zurück.

2. Deutschland erhält durch den Korridor eine Straße und eine Eisenbahnlinie zur eigenen Verfügung mit dem gleichen exterritorialen Charakter für Deutschland, als der Korridor ihn für Polen besitzt.

Dafür ist Deutschland bereit:

1. Sämtliche wirtschaftlichen Rechte Polens in Danzig anzuerkennen.

2. Polen in Danzig einen Freihafen beliebiger Größe und bei vollständigem freien Zugang sicherzustellen.

3. Die Grenzen zwischen Deutschland und Polen endgültig anzuerkennen.

4. Einen 25jährigen Nichtangriffspakt mit Polen abzuschließen, also einen Pakt, der weit über mein eigenes Leben hinausreichen würde, und

5. die Unabhängigkeit des Slowakischen Staates durch Deutschland, Polen und Ungarn gemeinsam sicherzustellen, was den praktischen Verzicht auf jede einseitige deutsche Vormachtstellung in diesem Gebiet bedeutet.

Die Polnische Regierung hat dieses mein Angebot abgelehnt,

und sich

1. bereit erklärt, über die Frage des Ersatzes des Völkerbundkommissars zu verhandeln und

2. Erleichterungen für den Durchgangsverkehr durch den Korridor zu erwägen.

Ich habe diese mir unverständliche Haltung der Polnischen Regierung aufrichtig bedauert, jedoch, das allein ist nicht das Entscheidende, sondern das Schlimmste ist, daß nunmehr ähnlich wie im Falle der Tschechoslowakei vor einem Jahr auch Polen glaubt, unter dem Druck einer verlogenen Weltpresse Truppen einberufen zu müssen, obwohl Deutschland seinerseits überhaupt nicht einen einzigen Mann eingezogen hat und nicht daran dachte, irgendwie gegen Polen vorzugehen. Wie gesagt, dies ist an sich sehr bedauerlich, und die Nachwelt wird einmal entscheiden, ob es nun wirklich so richtig war, diesen von mir gemachten einmaligen Vorschlag abzulehnen. Dies — wie gesagt — war ein Versuch von mir, eine die ganze Deutsche Nation immer tief bewegende Frage in einem wahrhaft einmaligen Kompromiß zu lösen, und zwar zu lösen zugunsten beider Länder. Meiner Überzeugung nach war Polen bei dieser Lösung aber überhaupt kein gebender Teil, sondern nur ein nehmender; denn daß Danzig niemals polnisch wird, dürfte wohl außer Zweifel stehen.

Die Deutschland nunmehr von der Weltpresse einfach angedichtete Angriffsabsicht führte in der Folge zu dem Ihnen bekannten sogenannten Garantie-Angebot und zu einer Verpflichtung der Polnischen Regierung für einen gegenseitigen Beistand, der also Polen unter Umständen zwingen würde, im Falle eines Konflikts Deutschlands mit irgend einer anderen Macht, durch den wieder England auf den Plan gerufen würde, nun seinerseits gegen Deutschland militärisch Stellung zu nehmen. Diese Verpflichtung widerspricht der Abmachung, die ich seinerzeit mit dem Marschall Pilsudski getroffen habe. Denn in dieser Abmachung ist ausschließlich Bezug genommen auf bereits, also damals bestandene Verpflichtungen und zwar auf die uns bekannten Verpflichtungen Polens Frankreich gegenüber. Diese Verpflichtungen nachträglich zu erweitern, steht im Widerspruch zur deutsch-polnischen Nichtangriffs-Erklärung. Ich hätte unter diesen Umständen damals diesen Pakt nicht abgeschlossen. Denn was haben Nichtangriffspakte überhaupt für einen Sinn, wenn sich der eine Partner praktisch eine Unmenge von Ausnahmefällen offen läßt!

Es gibt entweder „kollektive Sicherheit", d. h. kollektive Unsicherheit und ewige Kriegsgefahr oder klare Abkommen, die aber auch grundsätzlich jede Wirkung unter den Kontrahenten ausschließen.

Ich sehe deshalb damit das von mir und dem Marschall Pilsudski seinerzeit geschlossene Abkommen als durch Polen einseitig verletzt an und damit als nicht mehr bestehend.

Ich habe dies der Polnischen Regierung mitgeteilt. Ich kann aber auch hier nur wiederholen, daß sie keine Änderung meiner grundsätzlichen Einstellung zu den angeführten Problemen bedeutet. Sollte die Polnische Regierung Wert darauf legen, zu einer neuen vertraglichen Regelung der Beziehungen zu Deutschland zu kommen, so werde ich das nur begrüßen, allerdings unter der Voraussetzung, daß eine Regelung dann auf einer ganz klaren und gleichmäßig beide Teile bindenden Verpflichtung beruht. Deutschland ist jedenfalls gern bereit, solche Verpflichtungen zu übernehmen, dann auch zu erfüllen.

Wenn nun aus diesen Anlässen in den letzten Wochen eine neue Unruhe über Europa hereingebrochen ist, dann ist verantwortlich dafür ausschließlich jene uns bekannte, im Dienst internationaler Kriegshetzer stehende Propaganda, die, von zahlreichen Organen in den demokratischen Staaten betrieben, versucht, durch eine fortgesetzte Steigerung der Nervosität, durch das Fabrizieren andauernder Gerüchte,

Europa reif für eine Katastrophe zu machen,

jene Katastrophe, von der man dann erhofft, was auf anderem Wege bisher nicht gelungen ist: die deutsche Niederlage, die Vernichtung der europäischen Kultur. Der Haß dieser Hetzer ist um so verständlicher, als ihnen unterdessen einer der größten Gefahrenpunkte der europäischen Krise dank des Heldentums eines Mannes, seines Volkes und — das darf ich aussprchen — auch dank der italienischen und der deutschen Freiwilligen entzogen wurde.

Der Sieg des nationalen Spaniens.

Deutschland hat in diesen Wochen mit der heißesten Anteilnahme den **Sieg des nationalen Spaniens** miterlebt und mitgefeiert. Als ich mich einst entschloß, dem **Ruf des Generals Franco** und seiner Bitte, gegenüber der internationalen Unterstützung der bolschewistischen Mordbrenner ihm auch durch das nationalsozialistische Deutschland Hilfe zukommen zu lassen, zu entsprechen, wurde dieser Schritt Deutschlands von diesen internationalen Hetzern in der infamsten Weise mißdeutet und beschimpft.

Man erklärte damals, daß Deutschland die Absicht habe, sich in Spanien festzusetzen, daß wir spanische Kolonien zu nehmen gedächten, ja, es wurde in einer niederträchtigen Lüge die Landung von 20 000 Mann in Marokko erfunden, kurz, man hat nichts unterlassen, den Idealismus unserer und der italienischen Unterstützung zu verdächtigen und daraus die Elemente für eine neue Kriegshetze zu finden.

In wenigen Wochen wird nun der siegreiche Held des nationalen Spaniens seinen feierlichen Einzug in die Hauptstadt seines Landes halten. Das spanische Volk wird ihm zujubeln als dem Erlöser von einem unsagbaren Grauen, als dem Befreier von Mordbrenner-Banden, die nach den Schätzungen allein an Hingerichteten und Ermordeten über 775 000 Menschen auf dem Gewissen haben.

Man hat ganze Dörfer und Städte förmlich abgeschlachtet,

unter der stillen huldvollen Patronanz westeuropäischer und amerikanischer demokratischer Humanitäts-Apostel.

An diesem seinem Siegeseinzug nehmen in den Reihen der tapferen spanischen Soldaten

neben den italienischen Kameraden auch die Freiwilligen unserer deutschen Legion

teil. Wir hoffen, sie ganz kurze Zeit später bei uns in der Heimat begrüßen zu können. Das deutsche Volk wird dann erfahren, wie tapfer seine Söhne auch auf diesem Platz für die Freiheit eines edlen Volkes mitgekämpft haben und damit letzten Endes für die Errettung der europäischen Zivilisation. Denn der Sieg des bolschewistischen Untermenschentums in Spanien hätte nur zu leicht seine Wellen über ganz Europa schlagen können. Daher auch der Haß derer, die es bedauern, daß Europa nicht wieder in Feuer und Flammen aufging. Sie wollen sich daher erst recht keine Gelegenheit entgehen lassen, zwischen die Völker das Mißtrauen zu säen und die erwünschte Kriegsstimmung anderwärts zu schaffen.

Was in den letzten Wochen diese internationalen Kriegshetzer an verlogenen Behauptungen zusammenfälschten und vor allem in den zahlreichen Zeitungen zum Besten gaben, ist zum Teil ebenso kindisch wie bösartig. Der erste Erfolg ist — soweit dies nicht den innenpolitischen Zwecken der demokratischen Regierung dienen soll — die Verbreitung einer nervösen Hysterie, die im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten zur Zeit bereits die Landung von Marsbewohnern für möglich hält. Der eigentliche Zweck soll allerdings die Vorbereitung der öffentlichen Meinung sein, die englische Einkreisungspolitik als notwendig anzusehen und sie mithin auch in jedem Falle zu unterstützen.

Das deutsche Volk kann demgegenüber mit größter Ruhe seiner Arbeit nachgehen

Seine Grenzen werden vom besten Heer der deutschen Geschichte verteidigt, sein Luftraum von der gewaltigsten Luftflotte geschützt, unsere Küsten sind für jede feindliche Macht unangreifbar gemacht. Im Westen ist das stärkste Verteidigungswerk aller Zeiten entstanden. Das Entscheidendste aber ist die Geschlossenheit des Volkskörpers selbst, das Vertrauen der Deutschen untereinander auf die deutsche Wehrmacht und — ich darf dies wohl aussprechen — das Vertrauen aller auf die Führung.

Die Achse Berlin—Rom steht fest!

Nicht geringer aber ist das Vertrauen von Führung und Volk zu unseren Freunden. Und hier an der Spitze zu dem Staat, der uns in seiner schicksalhaften Verbundenheit in jeder Hinsicht am nächsten steht. Auch in diesem Jahr hat das faschistische Italien das höchste Verständnis für die berechtigten deutschen Interessen aufgebracht. Es darf niemand wundernehmen, wenn auf unserer Seite das gleiche Empfinden gegenüber den italienischen Lebensnotwendigkeiten besteht.

Das Band, das die beiden Völker umschließt, ist unzerreißbar!

Jeder Versuch, an dieser Tatsache zu rütteln, erscheint uns als lächerlich. Er erhält in jedem Fall seine beste Illustrierung und Aufklärung in dem Artikel, den vor wenigen Tagen erst eine große demokratische Zeit schrieb, **daß man nicht mehr daran glauben dürfe, Italien und Deutschland auseinander manövrieren zu können,** um sie dann im einzelnen zu vernichten.

So hat die Deutsche Reichsregierung auch im tiefsten Verständnis das Recht der

Aktion des italienischen Freundes in Albanien

begriffen und diese daher begrüßt. Ja, der Faschismus hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht in dem Italien von Natur und Geschichte zugewiesenen Lebensraum für die Aufrechterhaltung einer Ordnung zu sorgen, durch die allein wirkliche Blüte der menschlichen Kultur begründet und gesichert erscheint. Übre die zivilisatorischen Arbeiten des Faschismus kann man in der übrigen Welt aber letzten Endes genau so wenig im Zweifel sein wie über die des Nationalsozialismus. In beiden Fällen sprechen unbestreitbare Tatsachen gegen das haltlose Geflunker und die unbewiesenen Behauptungen der anderen Seite. Die Verengung der Beziehungen Deutschlands zu Italien und zu Japan ist das dauernde Ziel der deutschen Staatsführung. **Wir sehen in dem Bestand und in der Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit dieser drei Weltmächte das stärkste Element der Aufrechterhaltung einer wirklichen menschlichen Kultur, einer praktischen Zivilisation, sowie einer gerechteren Weltordnung für die Zukunft.**

Deutsche Antwort an Präsident Roosevelt.

Wie nun schon eingangs erwähnt, erhielt die Welt am 15. April 1939 Kenntnis von dem Inhalt eines Telegramms, das ich dann später tatsächlich auch persönlich zu sehen bekam. Es ist schwierig, dieses Dokument zu klassifizieren oder in eine bekannte Ordnung einzureihen. Ich will daher vor Ihnen, meine Abgeordneten des Deutschen Reichstages, und damit vor dem ganzen deutschen Volk eine Analysierung des Inhalts dieses merkwürdigen Schriftstückes versuchen und daran anknüpfend auch gleich in Ihrem Namen und im Namen des deutschen Volkes die notwendigen Antworten geben.

1. Herr Roosevelt

ist der Meinung, daß auch ich mir darüber klar sei, daß in der ganzen Welt Hunderte von Millionen der menschlichen Wesen häufig in ständiger Furcht vor einem neuen Krieg, ja sogar vor einer Reihe von Kriegen lebten. Dies ginge auch das Volk der Vereinigten Staaten, dessen Wortführer er sei, nahe an, und ebenso müsse es auch alle die anderen Völker der ganzen westlichen Halbkugel angehen.

Antwort:

Dazu wäre zunächst zu sagen, daß diese Furcht vor Kriegen ohne Zweifel seit jeher die Menschheit und mit Recht erfüllt hat. So sind z. B. nach dem Friedensschluß von Versailles vom Jahre 1919 bis 1938 allein 14 Kriege geführt worden, an denen allerdings Deutschland in keinem Falle beteiligt war, wohl aber Staaten der westlichen Halbkugel, in deren Namen Herr Präsident Roosevelt ebenfalls das Wort ergreift. Dazu kommen aber noch im selben Zeitraum 26 Interventionen und mit blutiger Gewalt durchgeführte Sanktionen. Auch daran ist Deutschland gänzlich unbeteiligt gewesen. Die Amerikanische Union allein hat in sechs Fällen nach 1918 militärische Interventionen durchgeführt. Sowjetrußland hat seit 1918 zehn Kriege und militärische Aktionen mit blutiger Gewalt geführt. Auch hieran war Deutschland in keinem Falle beteiligt. Es war auch nicht die Ursache eines dieser Vorgänge.

Es würde also in meinen Augen ein Irrtum sein, anzunehmen, daß die Furcht der europäischen oder außereuropäischen Völker vor Kriegen gerade in diesem Augenblick auf wirkliche Kriege selbst zurückgeführt herden könnte. Der Grund für diese Furcht liegt ausschließlich in einer ungezügelten, ebenso verlogenen wie niederträchtigen Pressehetze, in der Verbreitung übelster Pamphlete über fremde Staatsoberhäupter, **in der künstlichen Panikmache, die am Ende soweit führt, daß selbst Interventionen von Planeten für möglich gehalten werden und zu heillosen Schreckensszenen führen.** Ich glaube, daß, sobald die verantwortlichen Regierungen sich selbst und ihren publizistischen Organen über die Beziehungen der Völker untereinander und insonderheit über die inneren Vorgänge bei anderen Völkern die notwendige Zurückhaltung und Wahrheitsliebe auferlegen, die Kriegsangst sofort verschwinden wird, und die von uns allen so erwünschte Ruhe eintreten könnte.

2. Herr Roosevelt

glaubt in seinem Telegramm, daß jeder größere Krieg, sogar wenn er auf andere Kontinente beschränkt bleiben sollte, sich während seiner Dauer und noch auf die ganze Lebenszeit mehrerer Generationen nachher schwer auswirken wird.

Antwort:

Dies weiß niemand mehr als das deutsche Volk; denn dem deutschen Volk wurden im Friedensvertrag von Versailles Lasten aufgebürdet, die in nicht einmal hundert Jahren abzutragen gewesen wären, obwohl gerade amerikanische Staatsrechtslehrer, Historiker und Geschichtsprofessoren nachgewiesen haben, daß Deutschland am Ausbruch des Weltkrieges genau so schuldlos war wie irgend ein anderes Volk. Allein ich glaube nicht, daß jeder Kampf sich für eine ganze Umwelt, das heißt für die ganze Erde katastrophal auswirken muß — dann, wenn man nämlich nicht künstlich durch ein System undurchsichtiger Paktverpflichtungen die ganze Erde planmäßig in solche Konflikte hineinzieht. Denn, da die Welt bisher in früheren Jahrhunderten — und wie ich eingangs in meinen Antworten nachwies — auch in den letzten Jahrzehnten fortgesetzt Krieg erlebte, würde im Falle des Zutreffens der Auffassung Roosevelts schon jetzt in der Zusammenaddierung der Auswirkung all dieser Kriege die Menschheit noch Jahrmillionen zu tragen haben.

3. Herr Roosevelt

erklärt, daß er sich schon bei einer früheren Gelegenheit an mich gewandt habe, im Interesse der Regelung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Probleme auf friedlichem Wege mit der Hoffnung, dabei ohne den Appell an die Waffen vorzugehen.

Antwort:

Ich habe diese Auffassung auch selbst stets vertreten und, wie die Geschichte es ja auch erweist, ohne Waffengewalt d. h. ohne Appell an die Waffen die notwendigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme geregelt. Leider ist diese friedliche Regelung aber durch die Hetze von Politikern, Staatsmännern und Presseleuten erschwert worden, die von den in Frage stehenden Problemen weder betroffen oder auch nur berührt werden konnten.

4. Herr Roosevelt

glaubt, daß die Zeitströmung jetzt wieder drohende Waffengewalt mit sich bringe und daß, wenn derartige Bedrohungen fortdauern, es unvermeidlich erscheine, daß ein großer Teil der Welt gemeinsam dem Verderben anheimfalle.

Antwort:

Soweit es sich um Deutschland handelt, ist mir von einer derartigen Bedrohung anderer Nationen nichts bekannt, wohl aber lese ich in den demokratischen Zeitungen jeden Tag die Lügen von derartigen Bedrohungen. Ich lese an jedem Tag von deutschen Mobilmachungen, von Truppenlandungen, von Erpressungen, und zwar alles an Staaten, mit denen wir nicht nur im tiefsten Frieden leben, sondern in vielen Fällen auf das engste befreundet sind.

5. Herr Roosevelt

glaubt weiter, daß im Falle eines Krieges siegreiche, besiegte und neutrale Nationen zu leiden haben werden.

Antwort:

Diese Überzeugung habe ich als Politiker zwanzig Jahre lang vertreten in einer Zeit, da leider die amerikanischen verantwortlichen Staatsmänner für ihre Beteiligung am Weltkrieg und für die Art des Ausganges desselben sich nicht zu gleichem Verständnis durchringen konnten.

6. Herr Reoosevelt

glaubt endlich, daß es in der Hand der Führer großer Nationen liege, ihre Völker vor dem drohenden Unheil zu retten.

Antwort:

Wenn dies zutrifft, dann ist es ein strafbarer Leichtsinn, um kein schlimmeres Wort zu gebrauchen, wenn die Führer von Völkern, die über eine solche Macht verfügen, es nicht fertig und zuwege bringen, ihrer zum Kriege hetzenden Presse die Zügel anzulegen, um dadurch die Welt vor dem drohenden Unheil einer kriegerischen Auseinandersetzung zu bewahren. Ich halte es dann weiter für unverständlich, wie diese verantwortlichen Führer, statt die diplomatischen Beziehungen der Völker untereinander zu pflegen, diese durch die Abberufung von Botschaftern usw. ohne jeden Grund erschweren, ja stören lassen können.

7. Herr Rosevelt

erklärt, daß in Europa drei und in Afrika eine unabhängige Nation ihre Existenz eingebüßt hätten.

Antwort:

Ich weiß nicht, welche Nationen unter diesen dreien in Europa verstanden werden. Sollte es sich dabei um die dem Deutschen Reich zurückgegliederten Provinzen handeln, dann muß ich den Herrn Präsidenten auf einen geschichtlichen Irrtum aufmerksam machen. Diese Nationen haben nicht jetzt in Europa ihre unabhängige Existenz eingebüßt, sondern im Jahre 1918, als man sie unter Bruch eines feierlich gegebenen Versprechens aus ihren Gemeinschaften riß und zu Nationen stempelte, die, sie nie sein wollten, nicht waren, und als man ihnen eine Unabhängigkeit aufoktroyierte, die keine Unabhängigkeit war, sondern höchstens nur die Abhängigkeit von einem internationalen Ausland, das sie haßten, bedeuten konnte.

Allein auch, was die eine Nation in Afrika anbetrifft, die dort ihre Freiheit verloren haben soll, so liegt auch hier wohl nur ein Irrtum vor, denn nicht eine Nation in Afrika hat ihre Freiheit verloren, sondern nahezu alle früheren Einwohner dieses Kontinents sind mit blutiger Gewalt der Souveränität anderer Völker unterworfen worden und haben mithin ihre Freiheit verloren. Marokkaner, Berber, Araber, Neger sind alle einer fremden Gewalt zum Opfer gefallen, deren Schwerter freilich nicht die Aufschrift „Made in Germany", sondern „Made by democracies" trugen.

8. Herr Roosevelt

spricht endlich von Gerüchten, von denen er allein glaubt, daß sie nicht zutreffen, die aber besagen, daß gegen noch weitere unabhängige Nationen weitere Angriffsakte erwogen werden.

Antwort:

Ich halte jedoch solche, durch nichts begründete Andeutung für eine Versündigung an der Ruhe und damit am Frieden der Welt. Ich sehe darin weiter eine Erschreckung oder zumindest Nervösmachung kleiner Nationen. Sollte aber Herr Roosevelt hier wirklich bestimmte Fälle im Auge haben, dann würde ich bitten, die vom Angriff bedrohten Staaten und die in Frage kommenden Angreifer zu nennen. Es wird dann möglich sein, durch kurze Erklärungen diese ungeheuerlichen allgemeinen Beschuldigungen aus der Welt zu schaffen.

9. Herr Roosevelt

erklärt, daß offensichtlich die Welt dem Augenblick zutreibt, wo diese Lage in einer Katastrophe enden muß, wenn nicht ein rationeller Weg gefunden wird, die Ereignisse zu lenken. Er erklärt endlich, ich hätte wiederholt versichert, daß ich und das deutsche Volk den Krieg nicht wünschten und daß, wenn dies zutreffe, auch kein Krieg geführt zu werden brauchte.

Antwort:

Ich darf noch einmal feststellen, daß ich 1. keinen Krieg geführt habe, daß ich 2. seit Jahren meinem Abscheu vor einem Krieg und allerdings auch meinen. Abscheu vor einer Kriegshetze Ausdruck verleihe, und daß ich 3. nicht wüßte, für welchen Zweck ich überhaupt einen Krieg führen sollte. Ich wäre Herrn Roosevelt dankbar, wenn er mir darüber Aufklärung geben wollte.

10. Herr Roosevelt

ist endlich der Meinung, daß die Völker der Erde nicht davon überzeugt werden könnten, daß irgend eine Regierungsgewalt irgend ein Recht oder irgend einen zwingenden Anlaß hat, auf ihr eigenes oder auf andere Völker die Folgen eines Krieges herabzuzwingen, es sei denn im Falle unzweideutiger Selbstverteidigung.

Antwort:

Ich glaube, dies ist die Auffassung aller vernünftigen Menschen; nur scheint es mir, daß der Fall der unzweideutigen Selbstverteidigung fast in jedem Krieg von beiden Seiten in Anspruch genommen wird, und daß jene Einrichtung auf der Welt einschließlich der Person Roosevelts nicht vorhanden ist, um dieses Problem eindeutig zu klären.

Es kann wohl keinen Zweifel darüber geben, daß z. B. Amerika in den Weltkrieg in keinem Falle zur „unzweideutigen Selbstverteidigung" eingetreten ist. Ein vom Herrn Präsidenten Roosevelt selb, eingesetzter Untersuchungsausschuß hat im Gegenteil die Ursachen des Eintritts Amerikas in den Weltkrieg untersucht und kam dabei zur Feststellung, daß dieser Eintritt im wesentlichen aus ausschließlich kapitalistischen Gesichtspunkten erfolgt ist. Trotzdem sind daraus keinerlei praktische Konsequenzen gezogen worden. Wir wollen also nur hoffen, daß wenigstens die Nordamerikanische Union diesen edlen Grundsatz endlich auch selbst in der Zukunft vertritt und nur dann gegen das eine oder andere Volk in den Krieg zieht, wenn wirklich der Fall der unzweideutigen Selbstverteidigung gegeben ist.

11. Herr Roosevelt

meint weiter, daß er nicht aus Selbstsucht, Schwäche oder Furcht so spreche, sondern nur mit der Stimme der Kraft und aus Freundschaft für die Menschheit.

Antwort:

Wenn diese Stimme der Kraft und der Freundschaft zur Menschheit von Amerika aus zur richtigen Zeit erhoben worden wäre, und wenn vor allem dieser Stimme dann ein praktischer Wert zugekommen sein würde, dann hätte wenigstens jener Vertrag verhindert werden können, der zur Quelle der größten Menschheitszerrüttung aller Zeiten wurde: nämlich das Versailler Diktat.

12. Herr Roosevelt

erklärt nun weiter, daß es für ihn feststeht, daß sich alle internationalen Probleme am Konferenztisch lösen lassen.

Antwort:

Theoretisch müßte man wirklich glauben, daß dies möglich sein könnte, denn die Vernunft würde ja in vielen Fällen die Berechtigung von Forderungen auf der einen Seite und die zwingende Notwendigkeit des Entgegenkommens auf der anderen ohne weiteres aufweisen. Zum Beispiel: Nach aller Vernunft, Logik und nach allen Grundsätzen einer menschlichen allgemeinen und höheren Gerechtigkeit, ja sogar nach den Gesetzen eines göttlichen Willens müßten alle Völker an den Gütern dieser Welt gleichen Anteil haben. Es dürfte dann nicht vorkommen, daß ein Volk so viel Lebensraum beansprucht, daß es mit noch nicht einmal 15 Menschen auf den Quadratkilometer auskommen kann, während andere Völker gezwungen sind, 140, 150 oder gar 200 Menschen auf derselben Fläche zu ernähren. Auf keinen Fall aber dürften diese glücklichen Völker dann den an sich Leidenden noch ihren vorhandenen Lebensraum beschneiden, ihnen z. B. auch noch ihre Kolonien wegrauben. Ich würde mich also freuen, wenn am Konferenztisch wirklich diese Probleme ihre Lösung finden könnten.

Meine Skepsis beruht aber darin, daß es Amerika selbst war, daß seinem Mißtrauen über die Wirksamkeit von Konferenzen den schärfsten Ausdruck verlieh. Denn die größte Konferenz aller Zeiten war ohne Zweifel der Völkerbund. Dieses nach dem Willen eines amerikanischen Präsidenten geschaffene Gremium aller Völker der Welt sollte die Probleme der Menschheit am Konferenztisch lösen. Der erste Staat aber, der sich von dieser Arbeit zurückhielt, war die Amerikanische Union. Und zwar, weil bereits der Präsident Wilson äußerste Bedenken hegte über die Möglichkeit, an einem solchen Konferenztisch die wirklich entscheidenden internationalen Probleme lösen zu können.

Ihre gute Meinung in Ehren, Herr Roosevelt, aber dieser ihrer Meinung steht gegenüber die reale Tatsache, daß es in fast 20jähriger Tätigkeit der größten permanenten Konferenz der Welt, nämlich dem Völkerbund nicht gelungen ist, auch nur ein wirklich entscheidendes internationales Problem zu lösen.

Deutschland war viele Jahre durch den Friedensvertrag von Versailles von der Teilnahme an dieser größten Weltkonferenz entgegen dem Versprechen Wilsons ausgeschlossen. Trotz vorliegender bitterster Erfahrungen glaubte aber dennoch eine Deutsche Regierung nicht, dem Beispiel der Amerikanischen Union folgen zu sollen, sondern sich später an diesen Konferenztisch setzen zu müssen. Ich selbst erst habe mich dann entschlossen, nach jahrelanger zweckloser Teilnahme das Beispiel Amerikas nachzuahmen und die größte Konferenz der Welt ebenfalls zu verlassen.

Seitdem habe ich nun die mein Volk betreffenden Probleme, die am Konferenztisch des Völkerbundes leider wie alle anderen nicht gelöst worden sind, gelöst und zwar ausnahmslos ohne Krieg.

Abgesehen davon sind aber in den letzten Jahren, wie schon betont, zahlreiche andere Probleme vor Weltkonferenzen gebracht worden, ohne daß irgend eine Lösung gelungen war. Wenn aber überhaupt diese Ihre Auffassung, Herr Roosevelt, daß jedes Problem am Konferenztisch gelöst werden kann, zutrifft, dann würden die Völker einschließlich der Amerikanischen Union im Laufe der übersehbaren sieben oder achttausend Jahre entweder von Blinden oder von Verbrechern geführt worden sein. Denn sie alle, einschließlich der Staatsmänner der Amerikanischen Union, und zwar ihrer größten, haben im wesentlichen

Geschichte nicht am Konferenztisch, sondern in Einsatz der Kraft ihrer Völker gestaltet.

Die Freiheit Nordamerikas ist so wenig am Konferenztisch errungen worden, wie der Konflikt zwischen den Nord- und Südstaaten am Konferenztisch entschieden wurde. Von den unzähligen Kämpfen der allmählichen Unterwerfung des nordamerikanischen Kontinents überhaupt will ich ganz absehen. Ich erwähne dies alles nur, um festzustellen, daß Ihre Auffassung, Herr Präsident Roosevelt, sicher aller Ehren wert ist, allein in der Geschichte weder ihres eigenen Landes, noch in der übrigen Welt eine Bestätigung findet.

Glauben Sie, Herr Roosevelt, daß, wenn letzte Völkerschicksale auf dem Spiele stehen, eine Regierung oder eine Volksführung vor einer Konferenz die Waffen niederlegen — oder vielleicht ausliefern wird, einfach in der blinden Hoffnung, daß die Klugheit der anderen Konferenzteilnehmer oder meinetwegen ihre Einsicht schon das Richtige beschließen werden?

Herr Roosevelt, es hat in der Weltgeschichte bisher nur ein Volk und eine einzige Regierung gegeben, die dieses ihr angepriesene Rezept befolgt haben: Deutschland.

Die deutsche Nation hat einst im Vertrauen auf die feierlichen Zusicherungen des amerikanischen Präsidenten Wilson und auf die Bestätigung dieser Zusicherung durch die Alliierten die Waffen niedergelegt und ging also waffenlos zum Konferenztisch. Allerdings hat man in dem Augenblick, da die deutsche Nation die Waffen niedergelegt hatte, sie nicht einmal mehr zur Konferenz eingeladen, sondern entgegen allen Zusicherungen

den größten Wortbruch aller Zeiten verfügt.

Eines Tages wurde, statt am Konferenztisch die größte Verwirrung aller Zeit zu lösen, durch das grausamste Diktat der Welt eine noch schrecklichere Verwirrung angerichtet.

Die Vertreter des deutschen Volkes aber, die im Vertrauen auf feierliche Zusicherungen eines amerikanischen Präsidenten die Waffen niedergelegt hatten und mithin waffenlos erschienen, wurden nicht einmal bei der Entgegennahme des Diktats als die Vertreter einer Nation empfangen, die immerhin im Kampf für ihre Freiheit und Unabhängigkeit über vier Jahre einer ganzen Welt mit unermeßlichem Heldenmut standgehalten hatte, sondern entehrender behandelt, als dies früher bei Sioux-Häuptlingen der Fall sein konnte.

Die deutschen Delegierten wurden vom Pöbel beschimpft, mit Steinen beworfen, wie Gefangene nicht vor den Konferenztisch der Welt, sondern vor das Tribunal der Sieger geschleift und dort mit vorgehaltener Pistole zur Annahme der schandbarsten Unterwerfung und Ausplünderung aller Zeiten gezwungen.

Herr Roosevelt, ich darf Ihnen versichern, daß es mein unerschütterlicher Wille ist, dafür zu sorgen, daß nicht nur jetzt, sondern für alle Zukunft kein Deutscher mehr wehrlos eine Konferenz besucht, sondern, daß hinter jedem deutschen Unterhändler für alle Zeit die geeinte Macht der deutschen Nation stehen soll und stehen wird, so wahr mir Gott helfe!

Wer bewirkt, daß dort, wo bisher ein Halm wuchs, nunmehr zwei wachsen, der leistet mehr für sein Volk als ein Feldherr, der eine große Schlacht gewinnt.

Friedrich der Große.

---

14. Herr Roosevelt

glaubt, daß es möglich sei, in einen Konferenzsaal hineinzugehen, wie in ein Gericht, in das beide Parteien mit gutem Glauben eintreten und davon ausgehen, daß tatsächlich beiden Gerechtigkeit zuteil werden wird.

Antwort:

Die deutschen Vertreter werden niemals mehr in eine Konferenz hineingehen, die für sie ein Tribunal ist. Denn wer soll hier Richter sein? Es gibt vor einer Konferenz keinen Angeklagten und keinen Richter, sondern nur zwei Streitende. Und wenn nicht die Vernunft der beiden Betroffenen einen Ausweg zum Ausgleich findet, dann werden sie sich niemals dem Richterspruch desinteressierter fremder Gewalten ausliefern.

Im übrigen hat es ja gerade die Amerikanische Union abgelehnt, sich in den Völkerbund zu begeben und dort das Opfer eines Gerichtshofes zu werden, der mit der Mehrheit der Stimmen in der Lage war, gegen die Interessen einzelner zu entscheiden.

Ich würde aber dankbar sein, wenn Herr Roosevelt erläutern wollte, wie denn nun der neue Gerichtshof der Welt beschaffen sein soll. Wer sind hier die Richter? Und nach welchem Verfahren werden sie ausgesucht und nach welcher Verantwortung handeln sie? Und vor allem, vor welche Verantwortung können sie gezogen werden?

15. Herr Roosevelt

glaubt, daß die Sache des Weltfriedens sehr gefördert werden würde, wenn die Nationen der Welt eine offene Erklärung über die gegenwärtige und künftige Politik der Regierungen abgeben würden.

Antwort:

Ich habe dies, Herr Roosevelt, bisher in zahllosen öffentlichen Reden stets getan. Auch in der heutigen Sitzung des Deutschen Reichstages habe ich wieder — soweit dies in zwei Stunden denkbar ist — eine solche Erklärung abgegeben. Ich muß es aber ablehnen, eine solche Erklärung jemand anderem zu geben als dem Volk, für dessen Existenz und Leben ich verantwortlich bin und das umgekehrt allein ein Recht hat, von mir Rechenschaft zu fordern. Ich gebe aber diese Zielsetzung der deutschen Politik so öffentlich, daß sie ohnehin die ganze Welt hören kann. Allein diese Aufklärungen sind so lange für die übrige Welt ohne Belang, als es einer Presse möglich ist, jede Erklärung zu verfälschen, zu verdächtigen, sie in Frage zu stellen oder mit neuen lügenhaften Antworten zu überdecken.

16. Herr Roosevelt

glaubt, daß die Vereinigten Staaten als eine der Nationen der westlichen Halbkugel nicht unmittelbar in die Streitigkeiten verwickelt seien, die in Europa entstanden sein sollen, und daß ich daher schon deshalb bereit sein müßte, als dem Oberhaupt einer so weit von Europa entfernten Nation eine solche Erklärung der deutschen Politik abzugeben.

Antwort:

1. Herr Roosevelt glaubt also ernstlich, daß die Sache des Weltfriedens wirklich gefördert werden würde, wenn für die Nationen der Welt eine offene Erklärung über die gegenwärtige Politik der Regierungen abgegeben werden könnte.

Wie kommt aber Präsident Roosevelt dazu, gerade dem deutschen Staatsoberhaupt zuzumuten, ihm eine Erklärung abzugeben, ohne das nicht auch die anderen Regierungen eingeladen werden, diese Erklärung ihrer Politik abzugeben? Ich glaube freilich, daß es nicht angängig ist, überhaupt eine solche Erklärung irgendeinem fremden Staatsoberhaupt abzugeben; sondern solche Erklärungen sollten entsprechend den seinerzeitigen Forderungen des Präsidenten Wilson über die Abschaffung der Geheimdiplomatie am besten vor der ganzen Welt bekanntgegeben werden. Dazu war ich bisher nicht nur stets bereit, sondern das habe ich, wie schon erwähnt, nur zu oft getan! Leider sind gerade die wichtigsten Erklärungen über die Ziele und Absichten der deutschen Politik in vielen sogenannten demokratischen Staaten dank der Presse entweder den Völkern vorenthalten oder verdreht worden.

Wenn aber nun der amerikanische Präsident Roosevelt sich berufen glaubt, ausgerechnet an Deutschland oder an Italien ein solche Aufforderung richten zu dürfen, deshalb, weil Amerika soweit von Europa entfernt sei, dann würde, da die Entfernung Europas von Amerika die gleiche ist, mit demselben Recht auch von unserer Seite an den Herrn Präsidenten der Nordamerikanischen Republik die Fragen gerichtet werden können, welche Ziele denn die amerikanische Außenpolitik ihrerseits verfolge, und welche Absichten denn dieser Politik zugrundeliegen, sagen wir z. B. den Mittel- und Südamerikanischen Staaten gegenüber. Herr Präsident Roosevelt wird sich in diesem Teile sicherlich auf die Monroe-Doktrin berufen und eine solche Forderung als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des amerikanischen Kontinents ablehnen. Genau die gleiche Doktrin vertreten wir Deutsche für Europa, auf alle Fälle aber für den Bereich und die Belange des Großdeutschen Reiches.

Im übrigen werde ich mir selbstverständlich nie erlauben, an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas eine solche Aufforderung zu richten, da ich annehme, daß er eine solche Zumutung mit Recht wahrscheinlich als taktlos empfinden würde.

17. Herr Roosevelt

erklärt nun weiter, daß er die ihm gewordenen Mitteilungen über die politischen Ziele Deutschlands den anderen sich bedroht fühlenden Völkern mitteilen würde, die jetzt über die Richtung dieser unserer Politik Befürchtungen haben.

Antwort:

Durch welches Verfahren hat Herr Roosevelt überhaupt festgestellt, welche Nationen sich durch die deutsche Politik bedroht fühlen und welche nicht? Oder ist Herr Roosevelt trotz der doch sicherlich auch auf ihm lastenden ungeheuren Arbeit in seinem eigenen Lande in der Lage, von sich aus alle diese inneren Seelen- und Geistes-Verfassungen anderer Völker und ihrer Regierungen zu erkennen?

18. Herr Roosevelt

verlangt endlich die Bereitwilligkeit, ihm die Zusicherung zu geben, daß die deutschen Streitkräfte die Grenzen oder die Besitzungen folgender unabhängiger Nationen nicht angreifen und vor allem nicht dort ein-